76. Jahrgang, 47–48/2026, 14. November 2026

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

1990er Jahre

Jens Balzer
KALEIDOSKOP EINES JAHRZEHNTS

Cora Schmidt-Ott
ZUKÜNFTE NACH DEM KALTEN KRIEG

Jan Eckel
WELTVERSTEHEN UND WELTVERÄNDERUNG IN DEN 1990ER JAHREN

Philipp Ther
DIE „WILDEN NEUNZIGER" IN OSTMITTELEUROPA

Clemens Meyer
ZEIT VOLLER GESCHICHTEN

Frank Dikötter
CHINAS VERGESSENES JAHRZEHNT

Valérie Schafer
DIE FRÜHEN JAHRE DES WORLD WIDE WEB

Torsten Konopka
ZWISCHEN IRAK UND AFGHANISTAN. AUSLANDSENTSENDUNGEN DER BUNDESWEHR

APuZ
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT

1990er Jahre
APuZ 47–48/2026

JENS BALZER
KALEIDOSKOP EINES JAHRZEHNTS
Der Anfang der Neunziger steht mit dem Ende des Kalten Kriegs für die Hoffnung auf Frieden und Freiheit in einer Welt, in der Grenzen verblassen. Spätestens mit dem 11. September 2001 gelangt die spielerische, globalisierte Postmoderne an ihr Ende.
Seite 04–09

CORA SCHMIDT-OTT
ZUKÜNFTE NACH DEM KALTEN KRIEG
Die Thesen, die Francis Fukuyama und Samuel P. Huntington in den 1990er Jahren formulierten, waren das Produkt eines besonderen historischen Moments – aber über sie diskutiert wird bis heute. Ein genauerer Blick zeigt nicht nur Unterschiede, sondern offenbart auch Gemeinsamkeiten.
Seite 10–15

JAN ECKEL
WELTVERSTEHEN UND WELTVERÄNDERUNG IN DEN 1990ER JAHREN
Die Vorstellung der Globalisierung hatte in den 1990er und 2000er Jahren eine wichtige Funktion für die gesellschaftliche Selbstverständigung in Deutschland und darüber hinaus. Sie prägte Zeit- und Geschichtsdeutungen und beeinflusste das politische Handeln.
Seite 16–21

PHILIPP THER
DIE „WILDEN NEUNZIGER" IN OSTMITTELEUROPA
In Tschechien und Polen ist eine Neunziger-Nostalgie aufgekommen, die in Ostdeutschland weniger zu spüren ist. Das hängt mit den Entfaltungsmöglichkeiten und der persönlichen Autonomie in der Gründerzeit des postkommunistischen Kapitalismus zusammen.
Seite 23–28

CLEMENS MEYER
ZEIT VOLLER GESCHICHTEN
Die Zeit „nach der Wende" riss viele Jüngere in einen Strudel. Zu viel war plötzlich möglich, zu viel war plötzlich weg. Diese Jahre waren wie ein zersplitterter Spiegel, in dem sich alles vielfach und unübersichtlich bricht. „Die Neunziger" gibt es nicht.
Seite 29–34

FRANK DIKÖTTER
CHINAS VERGESSENES JAHRZEHNT
Die Zeit zwischen dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Beijing 1989 und dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation 2001 ist bis heute unterbeleuchtet. Dabei entwickelte sich China in genau dieser Phase zu dem Land, das wir heute kennen.
Seite 36–40

VALÉRIE SCHAFER
DIE FRÜHEN JAHRE DES WORLD WIDE WEB
Die 1990er Jahre waren entscheidend für die digitale Information und Kommunikation: Damals schafften vernetzte Technologien den Sprung aus einem wissenschaftlichen Umfeld in den Alltag der Menschen. Dabei spielte das World Wide Web eine zentrale Rolle.
Seite 41–46

TORSTEN KONOPKA
ZWISCHEN IRAK UND AFGHANISTAN. AUSLANDSENTSENDUNGEN DER BUNDESWEHR
In den 1990er Jahren wurde die Bundeswehr zu einem weltweit genutzten Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Ziel der Beteiligung an internationalen Missionen war es, Mitsprache im internationalen Rahmen zu generieren und Ressortinteressen zu bedienen.
Seite 47–52

EDITORIAL

Die 1990er Jahre gelten als ein Jahrzehnt der Hoffnung. Mit den Revolutionen in Osteuropa und dem Fall des Eisernen Vorhangs ab 1989 hatte sich der Wunsch nach individueller und nationaler Selbstbestimmung Bahn gebrochen, und in den meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks folgte ein Systemwechsel hin zu Demokratie und Marktwirtschaft. Im Nahen Osten schien eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts in greifbarer Nähe. In Südafrika endete die Apartheid. Die Globalisierung und die Verbreitung des Internets ließen die Welt kleiner wirken, als würde sie zusammenrücken. Auf internationaler Ebene wähnte man sich in einer Friedensordnung der regelbasierten Kooperation angekommen.

Hoffnung und Ernüchterung liegen nah beieinander. In den postkommunistischen Gesellschaften gingen die Transformationsprozesse nicht ohne Brüche vonstatten: Ganze Industriezweige kollabierten, die Arbeitslosigkeit stieg zeitweise massiv, Armut und zum Teil auch Kriminalität nahmen zu, überall wuchsen die Ungleichheiten. Im vereinten Deutschland hinterließen die „Wendejahre“ tiefe sozioökonomische und biografische Narben. Zugleich zeigte sich, dass auch die neue internationale Ordnung nicht vor Hybris und Gewalt gefeit war, und mit dem Zweiten Golfkrieg, dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens und dem Völkermord in Ruanda reihte sich das Jahrzehnt mit eigenen dunklen Kapiteln in die Weltgeschichte ein.

Heute, im Lichte der Neuauflage unverhohlener Systemkonkurrenz, einer Rückkehr der Geoökonomie sowie einer weltweit zu beobachtenden autoritären Tendenz, führt die Suche nach Ansätzen, um die Gegenwart zu verstehen, immer wieder in die 1990er Jahre. Welche Weichen wurden damals gestellt, welche Chancen möglicherweise verspielt? Welche Entwicklungen erweisen sich erst jetzt als relevant? Die Historisierung der Neunziger ist in vollem Gange.

Anne-Sophie Friedel

ESSAY

ANYTHING GOES

Kaleidoskop eines Jahrzehnts

Jens Balzer

Die 1990er Jahre beginnen am 9. November 1989 in Berlin, Hauptstadt der DDR. Kurz nach 19 Uhr verkündet der Sekretär für das Informationswesen des Zentralkomitees der SED, Günter Schabowski, in einer Pressekonferenz, dass „ständige Ausreisen" aus der DDR nunmehr ohne Genehmigung vorgenommen werden können, „über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD", und dies „sofort, unverzüglich". Wie das konkret umgesetzt werden soll, lässt er offen, aber die konkrete Umsetzung organisiert sich unverzüglich von selbst: Im Ostteil Berlins sammeln sich Tausende von Menschen vor den Grenzübergängen und verlangen, in den Westteil gelassen zu werden; kurz vor Mitternacht wird als erster Übergang jener an der Bornholmer Straße geöffnet, zwischen den Stadtteilen Wedding im Westen und Prenzlauer Berg im Osten.

Am Morgen des 10. November sind bereits die meisten Grenzübergänge geöffnet, zu Hunderttausenden strömen die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Ostteil der Stadt in den Westen. Es ist ein Freitag, aber die Bevölkerung Ostberlins hat schon einmal das Wochenende für eröffnet erklärt; im Westteil bekommen die Kinder schulfrei. „Festivalstimmung hat die Stadt ergriffen", schreibt der Korrespondent der „New York Times": „Die Westberliner sammeln sich an den Übergangspunkten, um die Ostberliner mit Champagner, Jubelrufen und Umarmungen zu begrüßen."[01] Ein paar Tage hält diese gute Laune an. Aber schon am Ende des Monats beginnen die Verwandten von drüben, den Westberlinern auf die Nerven zu gehen. Eine Reporterin der Berliner „Tageszeitung" notiert am 20. November, gerade einmal elf Tage nach dem Mauerfall: „Was man vor Tagen im Überschwang noch bereit war zu verzeihen, wurde jetzt hier und da schon Stein des Anstoßes: Trabis, die auf Gehwegen parkten, überfüllte U-Bahnen, Anstehen im Lebensmittelgeschäft. Aus den südlichen Stadtteilen tauchten Meldungen von zerstochenen Reifen an DDR-Autos auf."[02] Beim Hamburger Senat mehren sich Protestbriefe, meldet der „Spiegel" am 26. November: „‚Was die DDRler absahnen, geht auf keine Kuhhaut mehr', schrieb eine zweiundfünfzigjährige Hansestädterin an ihren Bürgermeister, ‚die Geister, die wir riefen, werden wir nicht mehr los.'"[03]

Zum Jahreswechsel aber ist die Laune noch einmal sehr gut, am Brandenburger Tor wird eine große Wiedervereinigungsparty gefeiert. Eine Million Menschen, schätzungsweise, haben sich dort versammelt, um beispielsweise dem Popsänger David Hasselhoff zuzujubeln, der im Arbeitskorb eines Krans hoch über der Menge in einer Lederjacke mit blinkenden Lichtern sein Lied „Looking for Freedom" darbietet. Das Lied ist schon etwas älter, und eigentlich hat es mit der Wiedervereinigung auch gar nichts zu tun. Doch egal: Freiheit, das ist das Wort, auf das sich in diesem Moment viele einigen können. Die Neunziger beginnen als ein Jahrzehnt der Freiheit, sie beginnen mit der Hoffnung darauf, dass die Grenzen verschwinden, die die Menschen in der Epoche des Kalten Kriegs voneinander trennten; dass die Welt nun zusammenrückt und die Menschen und die Kulturen sich miteinander verbinden. Die USA und die Sowjetunion haben sich auf nukleare Abrüstung geeinigt, der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow hat in seinem Land wirtschaftliche und demokratische Reformen angestoßen und die Länder des Warschauer Pakts aus dem Klammergriff des sowjetischen Imperiums entlassen.

FRIEDEN UND FREIHEIT

„Das vor uns liegende Jahrzehnt kann für unser Volk das glücklichste dieses Jahrhunderts werden", sagt Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Fernsehansprache am Silvesterabend 1989. „Das 20. Jahrhundert endet mit einem unverhohlenen Sieg des ökonomischen und politischen Liberalis-

mus“, schreibt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in einem Text mit dem Titel „The End of History?“, der schon im Sommer 1989 erschienen ist. Fukuyama spricht von der „völligen Erschöpfung lebensfähiger systematischer Alternativen zum westlichen Liberalismus“, der Westen, „die Idee des Westens“, habe triumphiert. Das zeige sich nicht nur in der hohen Politik und im Erblühen politischer Reformbewegungen in den Ländern des Ostens, sondern vor allem in der „Ausbreitung der westlichen Konsumkultur“.[04] In Prag, Rangun und Teheran höre die Jugend mit gleichermaßen großer Begeisterung westliche Rockmusik, in China seien Farbfernseher jetzt allgegenwärtig, und in Moskau hätten westliche Bekleidungs- und Restaurantketten ihre ersten Filialen eröffnet.

Das bedeutendste Ereignis dieser Art findet einen Monat nach den Berliner Silvesterfeierlichkeiten in Moskau statt. Am 31. Januar 1990 eröffnet am Puschkinplatz die erste sowjetische Niederlassung der Fastfoodkette McDonald's. Erstmals kann die russische Bevölkerung dort in den Genuss von fettigen Hackfleischplatten in labbrigen Brötchen kommen, von frittierten Kartoffelschnitzen und von Mischgetränken aus Speiseeis, Milch und Obst, sogenannten McShakes, und sie scheint sehnsüchtig darauf gewartet zu haben. Über dreißigtausend Menschen stehen am ersten Tag vor der Tür, so viele wie noch nie bei der Eröffnung eines McDonald's-Restaurants; und noch über mehrere Wochen müssen Sicherheitskräfte die Publikumsströme regeln. Mitten im Herzen von Moskau, nur wenige Gehminuten vom Kreml entfernt, prangt nun das große gelbe „M“, das Zeichen des Kapitalismus.

Damit beginnt auch das Zeitalter einer globalen Friedensordnung: Denn noch nie haben zwei Staaten Krieg gegeneinander geführt, in denen es jeweils McDonald's-Filialen gibt. Das glaubt jedenfalls der Journalist Thomas L. Friedman herausgefunden zu haben, der daraus seine Theorie der „Golden Arches“, der Goldenen Bögen, entwickelt. Das Ende des Kalten Kriegs habe die Grenzen geschliffen, die einer dauerhaften Globalisierung der Wirtschaft und der Kultur noch im Wege standen; dafür sei die globale Ausbreitung von McDonald's das beste Symbol. Wobei die Filialen der Restaurantkette nur die Vorhut bildeten für eine Globalisierung, die noch wirkmächtiger sei: die digitale Vernetzung, den globalen Siegeszug der Informationsgesellschaft. „Dank der Informationsrevolution ist keine Mauer mehr undurchlässig. Wenn wir alle wissen, wie die jeweils anderen leben, entsteht eine völlig neue Dynamik in der Weltpolitik“, schreibt Friedman in dem Buch „The Lexus and the Olive Tree“, in dem er am Ende des Jahrzehnts seine Theorie weiterentwickelt. „Wenn Leute sehen können, dass andere Menschen Möglichkeiten haben, die ihnen selbst nicht zur Verfügung stehen, wird es für Politiker schwieriger, sie ihren Bevölkerungen vorzuenthalten.“[05]

US-Präsident George H.W. Bush sieht die Epoche einer neuen Weltordnung heraufziehen. „Hunderte von Generationen haben nach dem Weg zu einem dauerhaften Frieden gesucht, Tausende von Kriegen überspannten die Menschheitsgeschichte. Heute aber können wir dabei zusehen, wie eine neue Welt geboren wird“, sagt er im September 1990 in einer Rede vor den beiden Kammern des US-Kongresses im Kapitol mit dem Titel „Toward a New World Order“. In dieser Welt werde es keine unaufhebbaren Gegensätze mehr geben, es werde eine Welt ohne Diktaturen und Autokratien sein, in der „Rechtsstaatlichkeit das Gesetz des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der Nationen die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit anerkennen. Eine Welt, in der die Starken die Rechte der Schwachen respektieren.“[06]

Einen Monat später, am 3. Oktober 1990, wird die deutsche Wiedervereinigung durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Im November 1990 erscheint das Album „Crazy World“ der deutschen Rockband Scorpi-

01 Serge Schmemann, East Germany Opens Frontier to the West for Migration or Travel; Thousands Cross, in: New York Times, 10.11.1989, S. 1.

02 Brigitte Fehrle, „…die koofen keene Bananen.“ Am zweiten Wochenende mit einer durchlässigen Mauer macht sich Ernüchterung breit, in: Die Tageszeitung, 20.11.1989, S. 2.

03 Ossi go home. Bei vielen Westdeutschen kommt Sozialneid auf – wegen der vielen Privilegien für Besucher aus der DDR, in: Der Spiegel, 26.11.1989, S. 69.

04 Francis Fukuyama, The End of History?, in: The National Interest 16/1989, S. 3–18, hier S. 3.

05 Thomas L. Friedman, The Lexus and the Olive Tree, New York 2000, S. 69. Siehe dazu: Peter R. Neumann, Die neue Weltunordnung. Wie der Westen sich selber zerstört, Berlin 2022, S. 25f., S. 37f.

06 George H.W. Bush, Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit, 11.9.1990.

ons, auf dem sich auch der Titel „Wind of Change" findet. Darin beschwört der Sänger Klaus Meine das Wunder einer grenzenlos gewordenen Welt: „The world is closing in/And did you ever think/That we could be so close like brothers?/ The future's in the air, I can feel it everywhere/I'm blowing with the wind of change" – die Welt rückt zusammen, und hättest du je gedacht, dass wir uns einmal so nah sein würden wie Brüder? Danach wird von Klaus Meine hoffnungsvoll gepfiffen. „Wind of Change" wird zur meistverkauften Single in der Geschichte der deutschen Popmusik.

GESCHICHTSLOSE WELTEN

Zum eigentlichen Soundtrack der Wiedervereinigung gerät freilich eine ganz andere Musik als der traditionelle Hardrock, den die Scorpions spielen. Es ist ein harter, dunkler, martialischer Sound mit knallenden Beats, geprägt vom europäischen Industrial der Achtzigerjahre – und von ein paar jungen DJs aus Detroit, die Ende des Jahrzehnts damit begonnen haben, diese europäische Musik mit afroamerikanisch geprägten Traditionen wie Disco und House zu verbinden. Die Detroiter DJs haben ihren Stil „Techno" getauft; in Berlin wird der Begriff übernommen, wenn auch anfangs mit einer anderen Orthografie: „Tekkno". Gespielt wird diese Musik in den Klubs, die Anfang der 1990er Jahre nun überall in Berlin-Mitte entstehen. Denn so euphorisch zunächst die Menschen aus dem Ostteil der Stadt in den Westen strömten, so dramatisch wird nun die Gegenbewegung: Aus Westberlin, Westdeutschland und dem westlichen Ausland strömen Künstler, Partyleute und selbsterklärte Bohemiens nach Ostberlin und siedeln sich in den vielen dort verfallenden Häusern und aufgelassenen Fabrikgebäuden an.

So viele Häuser stehen leer, dass man einfach irgendwo einziehen kann, und die Staatsmacht in der untergehenden DDR ist so geschwächt, dass man keinen Widerstand erwarten muss; auch finden sich überall leere Fabrikgebäude, Keller in Hinterhöfen oder sonst welche Räume, in denen man nur eine Anlage und einen selbstgezimmerten Tresen aufzustellen braucht, und schon kann man damit beginnen, Partys zu feiern, so lange man mag, denn es gibt ja auch keine Nachbarn mehr, die sich über den dabei entstehenden Krach beschweren könnten. Auf den ersten „Tekknozid"-Partys, mit denen Anfang 1990 die Geschichte des „Berliner Techno" beginnt, werden die Besucherinnen und Besucher ergänzend zur ohrenbetäubenden Musik mit blickdichtem Trockeneisnebel umwallt und mit grell flackernden Stroboskoplichtern geblendet. Nicht wenige, die so etwas zum ersten Mal erleben, glauben, dass sie dabei die Zukunft gehört und erfahren haben oder vielleicht sogar einen Zustand, in dem die Vergangenheit und die Zukunft in einer endlosen Gegenwart miteinander verschmelzen: Für sie ist Techno der Ausdruck des Posthistoire – oder, wie es bei Francis Fukuyama hieß, des Endes der Geschichte.

„Temporäre Autonome Zonen", T.A.Z., hat der Kulturtheoretiker Peter Lamborn Wilson alias Hakim Bey solche Orte und Zustände genannt, in denen man zwanglos durch vermeintlich geschichtslose Welten streift und sich irgendwo niederlassen kann, wo es einem gerade gefällt, und in denen man sich mit einer Musik berauscht, in der aller geschichtliche Fortschritt aufgehoben erscheint. „Die Temporäre Autonome Zone": So heißt auch eines seiner Bücher, das 1991 erscheint und viel gelesen wird,[07] vor allem von jungen Menschen in Berlin-Mitte, die viel Zeit auf Partys verbringen und nach einer theoretischen Begründung und Ausrichtung ihrer offensiv richtungslosen Existenz suchen. Für Hakim Bey sind die Temporären Autonomen Zonen postmoderne Fortführungen des Karnevals: Unterbrechungen des Alltags, in denen gesellschaftliche Regeln und Normen außer Kraft gesetzt werden; Arten des Ausnahmezustands und der Anarchie, in denen zugleich die Utopie einer anderen, besseren und das heißt: weniger oder gar nicht geregelten Gesellschaft aufscheint.

Die Protagonisten der Temporären Autonomen Zonen sind Hausbesetzer, in Ruinen lebende Menschen, aber auch Nomaden, die von einem Ort an den anderen ziehen; sie alle sind auf der Suche nach Räumen, in denen sie nach ihren eigenen Gesetzen leben können, und die unmittelbare Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs scheint für solche Experimente günstig.

„BEFREITE ZONEN"

Freilich suchen nicht nur progressiv oder anarchistisch eingestellte Menschen nach solchen Räumen, sondern auch rechte Gruppen und Neonazis.

07 Hakim Bey, T.A.Z. The Temporary Autonomous Zone, Ontological Anarchy, Poetic Terrorism, New York 1991. Die deutsche Ausgabe erschien 1994.

Für sie sind es „national befreite Zonen“, die es anzustreben gilt. Dieser Begriff wird ebenfalls am Anfang der 1990er Jahre geprägt, in rechten Theoriezeitschriften wie „Einheit und Kampf“ und „Vorderste Front“.[08] Denn auch die Rechten hängen in der unmittelbaren Nachwendezeit der Vorstellung an, dass sich der anarchisch ungeregelte Zustand der ostdeutschen Transformationsgesellschaft dazu gebrauchen lässt, „befreite Räume“ für das jeweils eigene Gesellschaftsmodell zu erschaffen. Im Februar 1990 besetzen Mitglieder der von Neonazi-Skinheads gegründeten Partei „Nationale Alternative“ mehrere Häuser im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg. Von diesem Ort aus wollen westdeutsche Neonazis die weitere Eroberung des Ostens planen, allen voran Michael Kühnen und Christian Worch von der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, aus der später die „Deutsche Alternative“ hervorgehen wird. Die linke Gegenmacht gegen die rechte Gegenmacht ist allerdings stark, es kommt zu diversen Demonstrationen und Straßenkämpfen mit Autonomen, bis das Haus Ende 1990 schließlich geräumt wird und die westdeutschen Nazi-Führer in die ostdeutsche Provinz weiterziehen; Michael Kühnen etwa beteiligt sich bis zu seinem Aids-Tod 1991 am Aufbau der rechtsextremen Szene in Dresden.

In den fünf neuen Bundesländern entstehen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre viele solcher „befreiten Zonen“; es sind Zonen, in denen Neonazis offen ihre Herrschaft ausüben, in denen sie Nicht-Deutsche und Linke angreifen und alle anderen, die nicht in ihr Weltbild passen – und in denen sie weder von der Polizei noch von anderen staatlichen Institutionen daran gehindert werden, denn sie schwimmen, wie es der von ihnen gern zitierte Genosse Mao Zedong einst genannt hat, „wie Fische im Wasser“ einer weit rechts stehenden Mehrheitsgesellschaft.

Im September 1991 greifen Neonazi-Skinheads im sächsischen Hoyerswerda ein Wohnheim an, in dem Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter aus Mosambik und Vietnam untergebracht sind. Am Ende sind es fast sechshundert Menschen, die sich versammeln, von einer johlenden Menge unterstützt; sie werfen mit Molotowcocktails und Steinen und rufen euphorisch „Sieg Heil!“. Die Polizei wartet drei Tage, bis sie das Wohnheim abriegelt, dann werden die Bewohnerinnen und Bewohner mit Bussen abtransportiert. Am 3. Oktober 1991, dem ersten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, kommt es zu zwanzig rechtsradikalen Anschlägen in Deutschland, bis zum Ende des Jahres werden es Hunderte sein. Im August 1992 belagert ein rechter Mob über mehrere Tage hinweg eine Plattenbausiedlung in Rostock-Lichtenhagen, in der sich ein Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter befindet wie auch die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern. Am 24. August ist die Menge auf mehrere Tausend angeschwollen, die Menschen werfen Brandsätze auf das Haus und hindern die Feuerwehr am Löschen; die Polizei hat sich schon am frühen Abend zurückgezogen. Nur wie durch ein Wunder kommt von den eingeschlossenen Bewohnern des Hauses niemand ums Leben.

Eine Woche danach reist die damals 38-jährige Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel (CDU), nach Rostock, um sich über die Vorfälle zu informieren. Wobei sie sich vor allem darüber informiert, was die ostdeutschen Jugendlichen denn für Probleme plagen, dass sie ihre Unzufriedenheit mit dem Gesamtzustand durch das Anzünden von Asylantenheimen artikulieren. So ist es durchweg: Von der offiziellen Politik erhalten die Opfer des eskalierenden Rassismus so gut wie keine Unterstützung; stattdessen werden die „Asylkrise“ und der Zustrom von Flüchtlingen aus osteuropäischen Ländern zum wahren Grund für die Anschläge und Pogrome erklärt. Die Neunziger sind ein Jahrzehnt, das mit hohen Freiheitserwartungen beginnt; es ist aber auch ein Jahrzehnt des Rassismus, in dem viele Menschen sich dazu ermutigt fühlen, neue Grenzen zu ziehen: Wer gehört zu uns? Und wer nicht?

VIRTUELLE RÄUME

Es gibt noch ein drittes Verständnis von „autonomen Zonen“, das sich ebenfalls am Anfang der 1990er Jahre etabliert; es unterscheidet sich von denen, die wir bisher kennengelernt haben, dadurch, dass es nicht mehr auf die Eroberung von irdischen Territorien zielt, sondern sich vielmehr von allen überkommenen Konzepten der Territorialität emanzipiert. „Beyond Cyberpunk: A Do-It-Yourself-Guide to the Future“ heißt eine Sammlung von Floppy-Disks, die wiederum 1991 erscheint. Floppy-Disks sind ein da-

08 Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen!, in: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie 2/1991, S. 4–7.

mals gebräuchliches Speichermedium für Computer; auf diesen hat eine Gruppe von Künstlern, Spieleentwicklern und technofuturistischen Theoretikern eine im „Hypercard"-Verfahren vielfältig verknüpfte Vielzahl von Texten, Bildern und Filmen versammelt, mit der sie das revolutionäre und zukunftsweisende Potenzial der neuen Medien aufzeigen will. Auch Hakim Bey, der Prophet der Temporären Autonomen Zonen, ist wieder dabei: In „Beyond Cyberpunk" legt er dar, warum die gerade entstehende Welt der digitalen Vernetzung ein ebenso großes, wenn nicht größeres Potenzial für die Realisierung herrschaftsfreier Kommunikations- und Daseinsformen bietet wie die vorübergehend offenen Räume in der analogen Realität der frühen 1990er Jahre. In der virtuellen Welt des Cyberspace, so die damals herrschende Überzeugung, könne man sich endgültig befreien von den Hierarchien des kapitalistischen Wirtschaftssystems und von allen Formen der bisher bekannten politischen Organisationen und Repressionen; es sei dies eine Welt, die prinzipiell niemandem gehöre außer den sich miteinander vernetzenden Menschen, die zwanglos ihr Wissen miteinander teilen und sich über die Verbesserung der Welt verständigen.

Die Ausbreitung der virtuellen Welten, des Cyberspace und – wie man später sagt – des „Internets" ist die wesentliche technologische und gesellschaftliche Transformation der Neunziger. Ebenfalls 1991 stellt der am Kernforschungszentrum CERN in der Nähe von Genf tätige Physiker Tim Berners-Lee sein Konzept eines „World Wide Web" vor, in dem Computer mithilfe des von ihm entwickelten Hypertext Transfer Protocol, kurz „HTTP", Dokumente in ein Netzwerk aus anderen Computern übertragen können, sodass eine „Hypertext-Welt" entsteht, die von vielen verschiedenen Computernutzerinnen und -nutzern geteilt werden kann. Dies ist die Grundlage dessen, was später „Internet" genannt werden wird. Und das freilich schon binnen kürzester Zeit nicht mehr jenen herrschaftsfreien Kommunikationsformen dient, die den frühen Web-Propheten vorschweben, sondern sich im Gegenteil einer rasanten Kommerzialisierung unterzieht. 1994 bietet der erste Lieferservice, Pizza Hut, seine Dienste auch in elektronischer Form an. Im selben Jahr gründet ein junger aufstrebender Unternehmer namens Jeff Bezos die Firma Amazon, um Bücher über das Internet zu verkaufen. 1995 wird die Webseite Auctionweb eingerichtet, auf der man für gebrauchte Gegenstände bieten kann – sie wird wenig später in „Ebay" umbenannt –, und die Seite match.com ist die erste, die sich dem Phänomen der damals noch sogenannten Cyberlove widmet: Sie bringt Menschen zusammen, die nach Liebes- oder auch nur Sexpartnern suchen.

„New Economy" ist der Begriff, der sich für diese Art der digital verwandelten Ökonomie durchzusetzen beginnt. Schon 1994 werden auf die ersten Internetseiten Werbebanner gesetzt. Im September 1997 starten zwei Informatikstudenten der Universität Stanford, Larry Page und Sergey Brin, ihre Suchmaschine Google. Am 30. Juni 1998 erhält der Programmierer Lou Montulli in den USA das Patent für eine Erfindung zugesprochen, die er 1994 gemacht und 1995 beim Amt eingereicht hat. Sie firmiert hier unter dem Namen „Persistent client state in a hypertext transfer protocol based client-server system", auf Deutsch etwa „dauerhafter Client-Status in einem auf dem Hypertext-Transfer-Protokoll basierenden Client-Server-System". Der gängige Kosename für diese Erfindung ist „Cookie", zu Deutsch: „Keks". Dabei handelt es sich um einen kleinen Datensatz, der beim Surfen im Internet vom Server der besuchten Webseite an den „Client", den Rechner des Nutzers, geschickt und dort installiert wird. Beim nächsten Aufruf derselben Seite kann diese den Nutzer dadurch erkennen und sich seinen bisherigen Suchverläufen entsprechend anpassen. Cookies werden bald von vielen Internetfirmen eingesetzt, um Informationen über die Kundinnen und Kunden zu sammeln, damit sie sich besser auf ihre individuellen Konsumvorlieben einstellen können. Das heißt aber auch: Jeder Klick, den man im Internet tätigt, kann nun von diesen Firmen registriert und ausgewertet werden. Am Ende der Neunziger endet auch die Privatsphäre der Menschen, wie man sie bis dahin kannte: Millionen und Abermillionen von Internetnutzern unterwerfen sich nun bewusst, willig oder auch willenlos der Kontrolle und Überwachung durch private Internetfirmen, die nun Datenprofile von ihnen erstellen, von deren Detailliertheit die Funktionäre der Stasi in der DDR kaum zu träumen gewagt hätten.

Am Ende des Jahrzehnts hat sich das Internet also schon längst in das Gegenteil dessen verwandelt, was sich Hakim Bey und andere Propheten der virtuellen Anarchie einst von ihm erhofften: in eine neue, turbokapitalistische Maschine, in der sich bereits die ersten Monopole herauszubilden

beginnen. „Im Jahr 2000 hatten die erfolgreichsten Unternehmen, darunter Amazon und Ebay, das Internet in eine Ansammlung von Online-Einkaufszentren verwandelt – in öffentliche Räume in Privatbesitz, in denen die Parameter für das Handeln von den Eigentümern vorgegeben und wo Einnahmen zuerst mit unseren Käufen und später auch mit den Daten erzielt wurden, die wir mit jeder Cursorbewegung erzeugten. Das real existierende Internet war kein Utopia jenseits des Eigentums, sondern ein Utopia des Eigentums." So hat es der Historiker Quinn Slobodian in seinem 2023 erschienenen Buch „Crack-Up Capitalism" formuliert.[09] Slobodian zeigt darin, wie Turbokapitalisten und Marktradikale seit den 1990er Jahren damit begonnen haben, die Welt in Zonen zu „perforieren", in denen sie nach ihren eigenen Gesetzen und (Nicht-)Besteuerungsregeln wirtschaften können, ohne sozialstaatliche oder sonst wie demokratische Rücksichten zu nehmen.

ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN

Die Neunziger beginnen als ein Jahrzehnt, das von Hoffnungen auf Freiheit geprägt ist. Am Ende des Jahrzehnts wird sich zeigen, dass viele dieser Hoffnungen enttäuscht worden sind. Die „Temporären Autonomen Zonen" in Berlin-Mitte und anderswo haben sich wieder geschlossen; der Soundtrack der anarchischen Übergangszeit, der Techno, ist spätestens mit den „Love Parades" der mittleren Neunziger zum Inbegriff eines inhaltsleeren kulturindustriellen Kommerzes geworden. Und das zur deutschen Hauptstadt gewordene Berlin tritt mit dem Umzug des Bundestags dorthin den langen Weg der Gentrifizierung an, an dessen Ende die überteuerte und kulturell verödete Stadt steht, als die wir Berlin heute erleben.

Auch auf geopolitischer Ebene werden die Hoffnungen auf einen „Ewigen Frieden" enttäuscht und auch die Hoffnungen auf eine Welt, in der „Rechtsstaatlichkeit das Gesetz des Dschungels" ersetzt, wie George H. W. Bush sie 1990 ausmalte. Die „Neue Weltordnung", die er damals vor dem Hintergrund der irakischen Invasion in den Golfstaat Kuwait verkündete, wird schon im folgenden Jahr von ihm selbst in die Tat umgesetzt, als die USA 1991 die Operation „Desert Storm" anführen, mit der sie das besetzte Kuwait befreien – um den westlichen Industrienationen ihren Zugang zu den dortigen Ölreserven zu sichern. Aus dieser Perspektive erscheint die Neue Weltordnung von Bush nur mehr als Mittel zur globalen Durchsetzung westlich-kapitalistischer Interessen. Der Umbruch in Osteuropa führt zu Bürgerkriegen und Flüchtlingswellen. Auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien wird ab 1991 zum ersten Mal seit 1945 wieder ein Krieg in Europa geführt. Im August 1999 wird Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten der Russischen Föderation ernannt; im Dezember übernimmt er kommissarisch die Amtsgeschäfte von Boris Jelzin, der überraschend von seiner Funktion als Präsident zurücktritt. Mit dem Zweiten Tschetschenienkrieg, der erst 2009 endet, beginnt eine lange Kette von militärischen Interventionen, mit denen er das alte russische Großreich mit seiner formierten, autoritären Gesellschaft zu restaurieren versucht; bis hin zum Überfall auf die Ukraine im Februar 2022. Die McDonald's-Filiale in Moskau, die zu Beginn der 1990er Jahre als Symbol des Triumphs des westlichen Liberalismus und Kapitalismus und des Endes der Geschichte erschien, wird wenige Tage nach der russischen Invasion im März 2022 geschlossen.

Die Neunziger beginnen nicht nur mit dem Ende des Kalten Kriegs – sondern auch mit der Fatwa gegen den indisch-britischen Schriftsteller Salman Rushdie durch den iranischen Ayatollah Khomeini. Der politische Islam wird zur globalen Bedrohung. Das lange Jahrzehnt endet am 11. September 2001 mit dem Anschlag der Terrororganisation al-Qaida auf das World Trade Center. Der postmoderne Gedanke eines universell befreiten „anything goes" ist für die Aufbruchshoffnungen der Neunziger prägend – wie auch für das positive Bild der Globalisierung, das man zu ihrem Beginn hegt. In den Neunzigern kommt die Postmoderne zu ihrer Vollendung. Aber spätestens am 11. September 2001 gelangt sie auch an ihr Ende, und ein neues Zeitalter der Grenzen, der Identitäten und der Kämpfe zwischen ihnen beginnt.

JENS BALZER
ist Schriftsteller und Journalist. 2026 erschienen von ihm „Confusion is next: Die Nullerjahre – das Jahrzehnt des Umbruchs" bei Rowohlt sowie „Erlösung. Über Messianismus und Apokalyptik in den politischen Diskursen der Gegenwart" bei Matthes & Seitz.

09 Quinn Slobodian, Crack-Up Capitalism. Market Radicals and the Dream of a World Without Democracy, New York 2023, S. 296 f.

ZUKÜNFTE NACH DEM KALTEN KRIEG

„Ende der Geschichte" und „Kampf der Kulturen"

Cora Schmidt-Ott

Zwei eingängige Formeln dominierten in den 1990er Jahren die öffentliche Debatte über die Interpretation der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft: zum einen das „end of history", das der im US-Außenministerium tätige Francis Fukuyama 1989 in einem Artikel in der Zeitschrift „The National Interest" für möglich erklärt hatte, zum anderen der „clash of civilizations", den der Harvard-Politologe Samuel P. Huntington 1993 in einem Beitrag für die Zeitschrift „Foreign Affairs" vorhersagte.[01] In einer Phase, die bis heute vor allem ex negativo als *post-Cold War* bestimmt wird, gehörten die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler zu den ersten, die weitreichende Deutungsangebote machten. Entsprechend intensiv wurden diese diskutiert, aber auch harsch kritisiert – und zwar nicht nur innerhalb ihres Fachs, sondern in der gesamten akademischen Welt, in politischen Zirkeln und in der Medienöffentlichkeit. Aus heutiger Sicht sind die Thesen von Fukuyama und Huntington nicht nur für die rückblickende Vermessung der Ideenlandschaft der 1990er Jahre von Interesse, sondern auch deshalb, weil man sie als „Zombie-Theorien" verstehen kann: Beide wurden schon oft für erledigt erklärt, kehren aber immer wieder in die öffentliche Debatte zurück – mal als plausible Deutungen, mal als reine Kontrastfolien. Ihre seit Jahrzehnten anhaltende Rezeption zementierte den Status beider Thesen als feste Bezugspunkte im Nachdenken über die globale Ordnung. Zugleich kann die Geschichte ihrer Zurückweisung, Bestätigung und Modifizierung selbst die sich wandelnde Sicht auf die Gegenwart erhellen.

WIE UNIVERSELL IST DER „WESTEN"?

Der Titel, mit dem Fukuyama schlagartig bekannt wurde, war geschickt gewählt. Die Rede vom „Ende der Geschichte" sicherte dem jungen Politikberater die Aufmerksamkeit, dieses war aber auf eine ganz bestimmte Weise definiert: Unter „Geschichte" verstand er in Anknüpfung an den Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel einen übergreifenden Transformationsprozess in Richtung jenes Systems, das dem Menschen am besten gerecht würde. Für dessen „Ende" sprachen für ihn gleich zwei Entwicklungen, die er in seinem 1992 erschienenen Buch „The End of History and the Last Man" noch ausführlicher darlegte: Zum einen habe die Etablierung der „wissenschaftlichen Methode" einen klar gerichteten Entwicklungsprozess im ökonomischen Bereich in Gang gesetzt, zum anderen kristallisiere sich im politischen Bereich die „Erschöpfung ideologischer Alternativen" zur liberalen Demokratie heraus. Denn Letztere, so Fukuyama in Anknüpfung an Hegel, erfülle das menschliche „Streben nach Anerkennung" am besten. Fukuyamas Argument war ein normatives, hatte aber auch eine empirisch überprüfbare Dimension: Langfristig werde sich die gesamte Menschheit in Richtung des von ihm identifizierten Endpunkts bewegen, auch wenn auf dem Weg mit Rückschlägen zu rechnen sei.[02] In dieser Hinsicht war die These also durchaus widerlegbar, wenngleich Fukuyama die Schwelle hoch anlegte: Dafür müssten liberale Demokratien weltweit kollabieren, ein anderes Modell mit vergleichbarer Anziehungskraft entstehen und nicht-liberale Prinzipien ihre Legitimität zurückerlangen.[03] Ein Optimist war Fukuyama aber nur bedingt: Denn während er die liberale Demokratie für das beste System hielt, stimmte ihn die Aussicht auf eine Zukunft, in der nicht mehr darum gerungen würde, doch eher melancholisch. Die Aussicht auf „Jahrhunderte der Langeweile", in denen es nur noch um das Lösen technischer Probleme gehen würde, würde dann vielleicht doch zu einer Rückkehr der Geschichte führen, sprich der ideologischen Auseinandersetzung und des Kampfs um „Anerkennung".[04]

Huntington, der Ende der 1980er Jahre bereits längst als namhafter Experte für Fragen der internationalen Politik galt, brauchte nicht lan-

ge für scharfe Gegenworte. Er gab dem jüngeren Kollegen zwar darin Recht, dass der Kommunismus seine Überzeugungskraft als systemische Alternative verloren habe. Doch den geschichtstheoretischen Kern von Fukuyamas Argumentation hielt Huntington für völlig verfehlt: Schließlich habe die Geschichte gezeigt, dass „Revivals" ebenso wie das Erstarken ganz anderer Ideengebäude immer möglich seien. Trotz Fukuyamas Abgrenzungen fiel ihm an dessen teleologischem Geschichtsdenken vor allem eines auf, nämlich die geistige Nähe zum Marxismus.[05] Aber auch Huntington begriff den Moment, in dem sich der Zerfall der Sowjetunion abzuzeichnen begann, als intellektuelle Herausforderung. Seine eigene Deutung, die er 1996 ebenfalls in Buchform erweiterte, bewies ein mindestens ebenso gutes Gespür für einprägsame Formulierungen: Nach dem Ende des Kalten Kriegs, der die Welt über Jahrzehnte strukturiert hatte, sei nun mit einem „clash of civilizations" zu rechnen, einem „Aufeinanderprallen der Zivilisationen". Auf Deutsch wurde daraus der „Kampf der Kulturen".[06] Huntington prognostizierte einerseits das Zusammenrücken von Staaten mit ähnlicher „Kultur", andererseits ein gesteigertes Konfliktpotenzial zwischen den acht oder neun „Zivilisationen", die er im Wesentlichen nach ihrer religiösen Zugehörigkeit eingeteilt hatte. Mit der Rede von „Zivilisationen" im Plural schrieb Huntington sich ebenfalls in eine länger zurückreichende Denktradition ein, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Denkern wie Oswald Spengler geprägt worden war und weniger das Gemeinsame als das Trennende der Menschheit betonte.[07]

Der zentrale Unterschied zwischen den beiden Interpretationsangeboten lag in ihrer Perspektive auf die universelle Attraktivität von Werten, die Fukuyama und Huntington gleichermaßen als „westlich" identifizierten: Für Fukuyama entsprach die liberale Demokratie den Bedürfnissen des Menschen generell, und jenen in industriellen Gesellschaften ganz besonders. Huntington hingegen sah schon die Annahme, dass die liberale Demokratie eine globale Anziehungskraft besitze, als Ausdruck einer Denkweise, die dem „Westen" eigen sei. Während Fukuyama die globale Verbreitung von Konsumgütern aus Europa und den USA als Indiz für die Attraktivität westlicher Lebensweise wertete, waren derartige Globalisierungsphänomene für Huntington nicht mit der Ausbreitung liberaler Werte zu verwechseln: Die „Essenz der westlichen Zivilisation" sei die Magna Carta, nicht der „Magna Mac".[08] Er warnte zudem vor den desaströsen Folgen von Versuchen, die Welt nach dem eigenen Vorbild umzugestalten: „What is universalism to the West is imperialism to the rest."[09] Noch dazu diagnostizierte Huntington dem „Westen" einen Verlust an innerer Dynamik und internationalem Einfluss, wohingegen er andere „Zivilisationen" wie die „sinische" und die „islamische" im Aufstieg begriffen sah.[10]

Diesen gegensätzlichen Deutungen lagen unterschiedliche Haltungen zur Idee der Modernisierung zugrunde, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigma aufgestiegen war und die US-amerikanische Außenpolitik maßgeblich beeinflusst hatte: Huntington hatte sich seinen Namen in der Wissenschaft als scharfer Kritiker des Konzepts gemacht und stets sowohl unterschiedliche Entwicklungswege als auch die Möglichkeit gegenläufiger Tendenzen betont. Für Fukuyama hingegen hatte die Idee eines übergreifenden Modernisierungsprozesses, die seit den 1970er Jahren von vielen Seiten angegriffen worden war, ihren Reiz nicht verloren – er ging davon aus, dass sich wirtschaftliche und politische Entwicklungen gegenseitig stützten, und deutete Geschehnisse, die seiner Vorstellung eines gerichteten Gesamtprozesses zuwiderliefen, eher als retardierende Momente.[11] Die Entwicklungsvorstellungen der beiden Politikwissenschaftler basierten also zum

01 Francis Fukuyama, The End of History?, in: The National Interest 16/1989, S. 3–18; Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs 3/1993, S. 22–49.
02 Vgl. Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992, insb. S. XIV–XX.
03 Vgl. ders., Reflections on the End of History, Five Years Later, in: History and Theory 2/1995, S. 27–43, hier S. 30.
04 Fukuyama (Anm. 1), S. 18.
05 Vgl. Samuel P. Huntington, No Exit. The Errors of Endism, in: The National Interest 17/1989, S. 3–11, hier S. 8, S. 9f.
06 Ders., Im Kampf der Kulturen, 13.8.1993, www.zeit.de/1993/33/im-kampf-der-kulturen.
07 Vgl. ders., The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996, Kap. 1 und 2.
08 Ebd., S. 58.
09 Ebd., S. 184.
10 Vgl. ebd., Kap. 4 und 5.
11 Vgl. Nils Gilman, Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America, Baltimore 2003, S. 228–234, S. 266–270.

einen auf unterschiedlichen Interpretationen der Vergangenheit, zum anderen boten sie, daraus abgeleitet, Prognosen für die Zukunft. Wie die beiden Thesen in der Öffentlichkeit aufgenommen wurden, hing daher nicht zuletzt von den realpolitischen Entwicklungen der 1990er Jahre und darüber hinaus ab.

RESONANZ UND REZEPTION

Dass Fukuyamas These für Aufruhr sorgte, lag zunächst einmal an seinem Timing. Als der Aufsatz im Frühjahr 1989 erschien, war die Berliner Mauer noch nicht gefallen, und kaum jemand antizipierte, wie grundlegend sich die Verhältnisse im Ostblock in den folgenden Jahren ändern würden. Im Rückblick ließ das den jungen Politikberater geradezu prophetisch erscheinen. Aber auch darüber hinaus entsprach Fukuyamas Idee, dass sich die liberale Demokratie langfristig gegen andere politische Organisationsformen durchsetzen werde, dem politischen Zeitgeist.

Empirisch ließ sich tatsächlich ein weltweiter Trend in Richtung Demokratie beobachten, für den ausgerechnet Huntington 1991 den Begriff einer „dritten Welle der Demokratisierung" prägte.[12] Das wiederum ermutigte US-amerikanische Politiker wie Bill Clinton in den 1990er Jahren, sich unter Slogans wie „democracy promotion" und „democratic enlargement" als Geburtshelfer der Demokratie weltweit zu gerieren. Wie Fukuyama gingen sie von einem engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Prozessen aus, insbesondere zwischen Liberalisierung der Wirtschaft und Demokratisierung.[13]

Außerdem waren die 1990er Jahre mit dem Durchbruch der Digitalisierung und ihrer steigenden Bedeutung für private Nutzer von Euphorie in Bezug auf den technologischen Wandel geprägt, den Fukuyama (der in den Vorworten seiner ersten Bücher stets auch den Erfindern der Computer dankte, auf denen er seine Manuskripte abfasste) als zentrale Triebkraft von „Geschichte" identifiziert hatte. Das bedeutete zwar nicht, dass sich das „Ende der Geschichte" auch in der politischen Rhetorik durchsetzte – womöglich, weil Politikerinnen und Politiker fürchteten, dann als Gestaltende politischer Möglichkeiten überflüssig zu erscheinen. Sie sprachen eher von einem „Anfang" als von einem „Ende" der Geschichte.[14] Insgesamt resonierten die These und die darin enthaltene Rehabilitierung der Fortschrittsidee aber durchaus mit maßgeblichen politischen Projekten und gesellschaftlichen Erfahrungen der 1990er Jahre.[15]

Anders als Fukuyama wurde Huntington nicht vorgeworfen, einem naiven Wunschdenken anzuhängen. Vielmehr wurde seine Warnung vor dem „clash of civilizations" als Korrektiv zum optimistischen Überschwang nach dem Ende des Kalten Kriegs geschätzt, dem Fukuyama zugerechnet wurde. Selbst diejenigen, die Huntingtons These kritisierten – etwa die holzschnittartige Skizzierung der Zivilisationen, das Zurückfallen in einfache Freund-Feind-Schemata oder die Vernachlässigung sozioökonomischer Faktoren – gestanden häufig zu, dass die Rede vom Zivilisationskonflikt angesichts aktueller Entwicklungen eine unmittelbare Plausibilität besitze. Während Fukuyamas These geradezu reflexhafte Verweise auf aktuelle Ereignisse von historischer Tragweite provozierte, fiel es Kommentatorinnen und Kommentatoren von Anfang an leicht, Beispiele für eine von kulturellen Konflikten geprägte Welt zu finden – etwa den gewaltsamen Zerfall des sozialistischen Jugoslawien.[16]

Die größte Aufmerksamkeit wurde Huntingtons Schlagwort jedoch nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zuteil, die aus US-Perspektive das endgültige Ende einer potenziell friedlicheren Ära markierten.[17] Unter den populären Gegenwartsdiagnosen der Zeit stach die Huntingtons hervor, weil er die Rolle des politischen Islam am ehesten bedacht zu haben schien.[18] Aber auch der „clash of civilizations" taugte nur bedingt für politische Statements: Führende Politiker appellierten in den Jahren nach 9/11 eher an die Gemeinsamkeiten zwischen „Zivilisationen"

12 Samuel P. Huntington, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman 1991.

13 Vgl. Gilman (Anm. 11), S. 271; John Dumbrell, Clinton's Foreign Policy. Between the Bushes, 1992–2000, Abingdon u.a. 2009.

14 Vgl. Fukuyama (Anm. 3), S. 28.

15 Vgl. etwa Timothy J. Lynch, In the Shadow of the Cold War. American Foreign Policy from George Bush Sr. to Donald Trump, Cambridge u.a. 2020, S. 16–18.

16 Zur Rezeptionsgeschichte der These vgl. Cora Schmidt-Ott, Samuel P. Huntington. Politisches Denken im American Century, Göttingen 2026, S. 332–344.

17 Vgl. Manfred Berg, Der 11. September 2001 – eine historische Zäsur?, in: Zeithistorische Forschungen 3/2011, S. 463–474, hier S. 465.

18 Vgl. z.B. Richard K. Betts, Conflict or Cooperation? Three Visions Revisited, in: Foreign Affairs 6/2010, S. 186–194, hier S. 190.

und gegen Verallgemeinerungen in Bezug auf einzelne Religionen.[19]

Fukuyama blieb indes unbeirrbar: „The West has won", titelte er einen Monat nach den Terroranschlägen und bekräftigte seine These auch in diesem Moment der allgemeinen Verunsicherung: „I believe that in the end I remain right: modernity is a very powerful freight train that will not be derailed by recent events, however painful."[20] Die Terroranschläge seien als Reaktion auf die reale Übermacht der westlichen Moderne zu sehen, doch biete der radikale Islam keine Alternative zur liberalen Demokratie. Der demokratische Universalismus, den Fukuyama mit den Neokonservativen der 1990er Jahre teilte, gehörte zu den ideellen Grundlagen, mit denen die US-Regierung unter Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror" legitimierte.[21] Der Versuch, im Irak mit Gewalt einen Regimewechsel zu erzwingen, stellte allerdings auch Fukuyamas Ansichten auf die Probe. Wenige Jahre später distanzierte er sich ausdrücklich von neokonservativen Nation-Building-Fantasien und forderte stattdessen einen „realistischen Wilsonianismus", der sich weiter für die Verbreitung von Demokratie einsetzen, zugleich aber stärker auf internationale Kooperation und Bewusstsein für die sozialen Strukturen vor Ort setzen sollte.[22]

Ab den 2000er Jahren mehrten sich Entwicklungen, die Fukuyamas Glauben an die Durchsetzungsfähigkeit der liberalen Demokratie mit neuer Vehemenz infrage stellten. Rund um den Globus nahm die Zahl demokratischer Regime ab, die Rede war nun von einem „democratic rollback" oder einer „demokratischen Rezession". Der Politologe Larry Diamond, der diese Schlagwörter prägte, bekräftigte allerdings 2015 erneut ganz in Fukuyamas Sinne, dass zumindest die demokratische Idee ihre Attraktivität keineswegs verloren habe.[23] Wichtiger als Gegenargument wurde daher der Verweis auf innere Krisenerscheinungen und die Entstehung von „illiberalen Demokratien".[24] Auch in den Vereinigten Staaten hat sich seit dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 die Diskussion über die Brüchigkeit der demokratischen Ordnung in einer Weise verschärft, die in den 1990er Jahren wohl kaum denkbar gewesen wäre.[25] Aber für manche Beobachter sind die aktuelle Krise der liberalen Demokratie und der Aufstieg des Rechtspopulismus gerade auf das Fehlen der „Systemkonkurrenz als Korrektiv" zurückzuführen – womit zumindest der gegenwartsdiagnostische Teil von Fukuyamas These doch wieder bestätigt wird.[26]

Auch Huntingtons Schlagwort des „clash of civilizations" ist weiter präsent, obwohl zentrale Konflikte der Gegenwart seine Prognosen nicht bestätigen. Beispielsweise hielt Huntington einen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland für unwahrscheinlich, weil er beide zur „orthodoxen" Zivilisation zählte.[27] Zugleich lässt sich beobachten, dass der Zivilisationsbegriff bei Politikern rund um den Globus eine neue Popularität genießt, von Wladimir Putin über Narendra Modi bis zu Xi Jinping. Dem Begriff kommen dabei mehrere Funktionen zu: die Konstruktion einer kohärenten Identität nach innen, die Beanspruchung einer gleichberechtigten Position in der globalen Ordnung und nicht zuletzt die Abgrenzung gegen äußere Bewertungsmaßstäbe.[28] Angesichts des Phänomens sogenannter „civilizational states" sehen nun manche Beobachter Huntingtons Idee einer Welt der Zivilisationen als die plausiblere an.[29] Das ist aber schon inso-

19 Vgl. etwa George W. Bush, Remarks by the President at the United States Air Force Graduation Ceremony, 2.6.2004, https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/06/20040602.html.

20 Francis Fukuyama, The West Has Won, 11.10.2001, www.theguardian.com/world/2001/oct/11/afghanistan.terrorism30.

21 Vgl. Justin Vaïsse, Neoconservatism. The Biography of a Movement, Cambridge MA 2010, S. 222–224, S. 244–251.

22 Vgl. Francis Fukuyama, America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy, New Haven 2006.

23 Vgl. Larry Diamond, The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State, in: Foreign Affairs 2/2008, S. 36–48; ders., Facing Up to the Democratic Recession, in: Journal of Democracy 1/2015, S. 141–155.

24 Vgl. für einen Überblick über die Debatte inklusive einer eigenen Bilanzierung Yascha Mounk, The End of History Revisited, in: Journal of Democracy 1/2020, S. 22–35.

25 Vgl. insb. Steven Levitsky/Lucan Way/Daniel Ziblatt, The Price of American Authoritarianism. What Can Reverse Democratic Decline?, in: Foreign Affairs 1/2026, S. 30–43.

26 Vgl. Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation, Berlin 2019, S. 48.

27 Vgl. Huntington (Anm. 1), S. 38.

28 Vgl. u.a. Gregorio Bettiza/Derek Bolton/David Lewis, Civilizationism and the Ideological Contestation of the Liberal International Order, in: International Studies Review 2/2023, https://doi.org/10.1093/isr/viad006.

29 Vgl. z.B. Nils Gilman, Samuel Huntington Is Getting His Revenge, 21.2.2025, https://foreignpolicy.com/2025/02/21/samuel-huntington-fukuyama-clash-of-civilizations. Zum Begriff vgl. Christopher Coker, The Rise of the Civilizational State, Cambridge–Medford 2019.

fern problematisch, als dann die politische Legitimationsrhetorik zur Basis für die eigene Gegenwartsdeutung wird.

KONTRAHENTEN ODER VERBÜNDETE?

Dass Fukuyama und Huntington als Kontrahenten, als Stellvertreter für zwei grundsätzlich unterschiedliche Perspektiven auf die Welt gehandelt wurden und werden, verdeckt den Blick auf ihre zahlreichen Gemeinsamkeiten. Ihre ideellen Überschneidungen sind insofern wenig überraschend, als die beiden Politologen zwar unterschiedlichen Generationen angehörten – Huntington war 1927 geboren, Fukuyama 1952 –, sie aber letztlich beide Produkte eines ganz ähnlichen intellektuellen Umfelds waren. Fukuyama schrieb seine Doktorarbeit am Center for International Affairs in Harvard, wo Huntington für den Großteil seiner Karriere tätig war. Beide genossen die Unterstützung von Geldgebern, ohne die das Verfassen solcher „big idea books" für gewöhnliche Akademiker kaum möglich ist, in diesem Fall die John M. Olin Foundation, die sich die Förderung konservativer Stimmen in der US-amerikanischen akademischen Welt explizit auf die Fahnen geschrieben hatte. Der Stiftungsexperte John J. Miller schreibt über den Schlagabtausch um 1990, es wirke fast so, als habe die Olin Foundation einen Debattierclub gegründet, wobei die Debatte nicht zwischen Linken und Rechten stattfand, sondern hauptsächlich zwischen Intellektuellen, die man als konservativ einordnen könne.[30]

Was bedeutet das in Bezug auf das Verhältnis von Huntington und Fukuyama? Die beiden Intellektuellen schrieben zunächst einmal gegen gemeinsame Gegner an. Sowohl Fukuyama als auch Huntington waren zutiefst skeptisch gegenüber einer materialistischen Weltsicht, die das Politische als Folge von wirtschaftlichen Entwicklungen versteht. Fukuyama ging zwar von einem kohärenten Entwicklungsprozess aus, betonte dabei aber, dass wirtschaftliche Entwicklungen nicht als alleinige Triebkraft zu sehen seien.[31] Bei Huntington hingegen spielten wirtschaftliche Entwicklungen quasi keine Rolle – und wenn, dann eher als Ergebnis kultureller Prägungen. Bereits seit den 1980er Jahren hatte Huntington in akademischen Debatten für eine stärkere Gewichtung von „Kultur" als Entwicklungsfaktor plädiert, und seine Zivilisationsthese bildete den Kulminationspunkt eines zunehmend kulturalistischen Denkens.[32] „Kultur" – und die schematische Einteilung der Welt nach diesem Kriterium – ist aber auch in Fukuyamas Werk eine zentrale Kategorie.[33] Inzwischen erhebt Fukuyama die „Identität" als spezifische Ausformung des menschlichen Strebens nach Anerkennung zur zentralen Ordnungskategorie und zum bestimmenden Faktor politischer Veränderungen.[34] Festzuhalten bleibt: Selbst in den vermeintlich neoliberalen 1990er Jahren war der Mensch für zwei der führenden Zeitdiagnostiker kein Homo oeconomicus, sondern ein zutiefst kulturell geprägtes und aus diesen Prägungen heraus zu verstehendes Wesen.

Damit ist zugleich die zweite intellektuelle Strömung angesprochen, der sich Fukuyama und Huntington entgegenstellten: postmoderne und postkoloniale Theoriebildung. Das zeigte sich nicht nur in ihrem Rückgriff auf den ideengeschichtlichen Kanon des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Ihre Thesen stellten eine Eindeutigkeit im Verständnis des Menschen und der Welt in Aussicht, die sich seit den 1970er Jahren im Kreuzfeuer intellektueller Kritik befand. Das gilt auch für ihr Verständnis des „Westens", der sowohl bei Fukuyama als auch bei Huntington alle postkolonialen Dekonstruktionsversuche merkwürdig unbehelligt überdauert hatte. Huntington betonte zwar die Gewaltgeschichte des „Westens" und verwies pflichtschuldig auf die Probleme beim Ziehen kultureller Grenzen. Auf diesen Grenzen fußte aber letztlich sein gesamtes Konzept. Fukuyama dagegen zeigte sich offen feindselig gegenüber allen, die die Idee des Fortschritts und die Überlegenheit des „Westens" in Zweifel zogen: „The postmodernist professor who asserts that there is no coherent direction in history would most likely never contemplate leaving his comfortable surroundings in Paris, New Haven or Irvine, and move to Somalia, or raise his

30 Vgl. John J. Miller, A Gift of Freedom. How the John M. Olin Foundation Changed America, San Francisco 2005, S. 166.

31 Vgl. Fukuyama (Anm. 2), S. XVI.

32 Vgl. Schmidt-Ott (Anm. 16), S. 284–293.

33 Vgl. z. B. Francis Fukuyama, Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity, New York 1995.

34 Vgl. ders., Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment, New York 2018.

children under the hygienic conditions prevailing in Burundi, or teach postmodernist philosophy in Tehran."[35]

Im Kreisen um den „Westen" spiegelte sich die Prägung der beiden Politikwissenschaftler durch den Kalten Krieg und die Tätigkeit im außenpolitischen Establishment wider: Die Überzeugung von der normativen Überlegenheit des Westens war tief in ihrem Denken verankert. Huntington war zwar skeptisch, ob sich die Welt nach US-amerikanischen Vorstellungen gestalten lasse, verteidigte die Vereinigten Staaten aber mit Verve gegen linke Kritik und hob ihren positiven Einfluss auf Demokratie und Menschenrechte weltweit hervor.[36] An dieser Haltung hielt er über das Ende des Kalten Kriegs hinaus fest, auch wenn er nun die negativen Folgen westlicher Hybris stärker einbezog. Während Huntington im globalen Kontext für eine möglichst friedliche Koexistenz verschiedener „Kulturen" plädierte, lehnte er „Multikulturalismus" innerhalb der Vereinigten Staaten vehement ab, da er darin eine Gefahr für ihre gesellschaftlichen und politischen Errungenschaften sah.[37] Ähnliche Argumente vertritt Fukuyama seit einigen Jahren, wenn er etwa die (linke) Identitätspolitik zur Bedrohung für die Demokratie erklärt.[38] Darin wird deutlich, dass ihr Bild des „Westens" eng mit einer konservativen politischen Haltung verknüpft ist. Für beide Intellektuellen basiert die US-amerikanische Demokratie letztlich auch auf einer spezifischen Leitkultur, die sie von links infrage gestellt sahen. Huntington erklärte zu Beginn der 2000er Jahre, das Bekenntnis zu liberalen Werten allein reiche als Basis nationaler Identität nicht aus, und forderte die Rückbesinnung auf die von ihm postulierte „Anglo-Protestant core culture". Mit diesem Gegenentwurf zu einer pluralistisch gedachten „nation of immigrants" löste er heftige Debatten aus, nicht zuletzt wegen der Nähe zu Positionen der radikalen Rechten.[39] Dabei gehörte Fukuyama zu denjenigen, die Huntington vehement gegen den Vorwurf des Rassismus verteidigten, auch wenn er sich dessen Forderung nach Immigrationsbeschränkungen nicht anschließen mochte.[40]

35 Ders. (Anm. 3), S. 34.
36 Vgl. Samuel P. Huntington, Human Rights and American Power, in: Commentary 3/1981, S. 38–41.
37 Vgl. ders. (Anm. 7), S. 318.
38 Vgl. Fukuyama (Anm. 34).
39 Samuel P. Huntington, Who Are We? The Challenges to America's National Identity, New York 2004, S. 15f. Vgl. Schmidt-Ott (Anm. 16), S. 345–359.
40 Vgl. Fukuyama (Anm. 34), S. 160f.

KEIN ENDE IN SICHT

Die Thesen, mit denen sowohl Fukuyama als auch Huntington weltweit berühmt wurden, waren das Produkt eines besonderen historischen Moments: Die Wellen, die sie schlugen, zeugen von dem enormen Orientierungsbedarf, der nach dem Ende des Kalten Kriegs herrschte und noch weit darüber hinaus anhielt. Während das Schlagwort des 2008 verstorbenen Huntington sich in besonderem Maße verselbstständigt hat, lässt sich Fukuyama als geschickter Ideenunternehmer sehen, der seine These und damit auch sich selbst im Gespräch hält, indem er sie in einer Vielzahl von weiteren Büchern immer wieder aufgreift, sie aktualisiert und bekräftigt. In den mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten seit der Veröffentlichung der beiden Aufsätze schien mal der eine, mal der andere den Zeitgeist besser zu treffen.

Hegemonial wurde letztlich keine der beiden Deutungen: Dafür waren die Einwände gegen sie, ob von politischer oder von wissenschaftlich-theoretischer Seite, zu gewichtig. Unbefriedigend bleiben sie auch für die Gegenwart – und zwar unabhängig davon, ob man die normativen Überzeugungen ihrer Autoren teilt. Den globalen Aufstieg autoritärer Regime vermag keine der beiden Thesen zu erklären, und die aktuelle Debatte um die Konsequenzen Künstlicher Intelligenz lässt zumindest daran zweifeln, ob sich Technologie, wie von Fukuyama angenommen, auch in der Zukunft als Treiber von wirtschaftlichem Wachstum und vor allem als kompatibel mit der liberalen Demokratie erweisen wird. Die Kritik an Huntingtons „clash of civilizations" und Fukuyamas „end of history" hält sie allerdings auch im Gespräch. Gerade in ihrer formelhaften Zuspitzung scheinen sich die beiden Thesen ganz besonders dazu zu eignen, sich an ihnen abzuarbeiten und sie zum Ausgangspunkt für die Formulierung eigener Deutungen zu machen. Die Geschichte ihrer globalen Rezeption wäre noch zu schreiben – und auch das Ende dieser Geschichte steht noch keineswegs fest.

CORA SCHMIDT-OTT
ist Historikerin mit Schwerpunkt in der Politik- und Wissenschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten. Aktuell ist sie Akademische Rätin auf Zeit am Historischen Seminar der Universität Freiburg.

„GLOBALISIERUNG“

Weltverstehen und Weltveränderung in den 1990er Jahren

Jan Eckel

In einem Artikel von 1997 beschrieb der langjährige „Zeit“-Redakteur Theo Sommer, wie sich überall „die Kräfte der Globalisierung am Werk“ sehen ließen: im „Siegeszug des kapitalistischen Wirtschaftens“, in der „Globalisierung der Finanzmärkte und der Informationsnetze, freilich auch des Verbrechens“, in der „moderne[n] Schnellimbißwelt: McDonald’s und Häagen-Dazs, Pizza Hut und Kentucky Fried Chicken“ sowie in der „wachsende[n] kulturelle[n] Gleichförmigkeit, die sich in der erdumspannenden Trivialkultur der Flughäfen und Einkaufs-Malls ausdrückt: überall Boss, Swatch, Louis Vuitton; überall T-Shirts, Turnschuhe und Baseballkappen; überall Macintosh und Marlboro; überall Harley-Davidson und Hard Rock Cafés“. Und „der saure Regen, die FCKW-Treibgase, die Tschernobyl-Wolken oder die Arbeitslosigkeit respektieren sowieso keinerlei Linien auf Landkarten.“[01]

In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren breitete sich in Deutschland und anderen westlichen Ländern die Vorstellung, dass die Welt in rasantem Tempo zusammenwachse, in allen gesellschaftlichen Bereichen aus: in der Wirtschaft, der staatlichen und nicht-staatlichen Politik, der medialen Berichterstattung, der intellektuellen Debatte und dem akademischen Diskurs. Politische Kommentatorinnen und Zeitdeuter sahen in der Globalisierung die Ursache oder die Folge (oft auch beides gleichzeitig) von neuen Kommunikationstechnologien und Klimawandel, Migration und Terrorismus, industriellen Produktionsweisen und populärkulturellen Trends. Gerade weil der Globalisierungsgedanke eine ebenso vielfältige wie dehnbare Synthesekategorie bereitstellte, mit der sich höchst disparate, aber als drängend wahrgenommene Phänomene zusammendenken ließen, entfaltete er für viele eine so schlagartige Plausibilität. Nicht zuletzt erlaubte er es, ganz konkret erfahrbare alltägliche Vorgänge zum Stoff einer anspruchsvollen Metatheorie zu machen – und umgekehrt mit der Theorie den Alltag zu erklären.

In der bald schon äußerst lebhaft geführten akademischen und politischen Debatte war fast alles an der Globalisierung umstritten: worauf sie zurückzuführen war, welche inneren Zusammenhänge sie kennzeichneten, welche Auswirkungen sie haben würde und wie man ihr begegnen sollte. Auch löste sie ganz unterschiedliche Emotionen aus. Zukunftsängste vor der Herrschaft der globalen Konzerne und einer Welt voller Klimaflüchtlinge nährte sie ebenso wie Ermächtigungsgefühle, ließ sich die Welt doch, wie viele glaubten, im Zeichen der Globalisierung ganz neu gestalten. In einem Punkt herrschte jedoch eine geradezu gespenstische Einigkeit: Fast niemand bestritt, dass die Globalisierung zum Wesenskern der gegenwärtigen Zeit gehöre, deren wilde Fahrt man soeben miterlebe. Aus historischer Sicht war die Globalisierung also zunächst einmal kein Prozess, sondern eine Idee, ein Diskurs. Die Rede von der globalen Verflechtung war eine Form der politischen und gesellschaftlichen Selbstverständigung und der gedanklichen Verarbeitung des zeitgenössischen Wandels. Als solche führt sie in das Zentrum der intellektuellen und politökonomischen Geschichte der 1990er und 2000er Jahre.

WIEDERKEHR DES VERFLECHTUNGSDENKENS

Viele Autorinnen und Autoren der 1990er Jahre waren überzeugt, mit der Globalisierung eine völlig neuartige, ja menschheitsgeschichtlich einmalige Entwicklung zu erleben. Einen derart mitreißenden, alle Ecken des Planeten verknüpfenden Umgestaltungsprozess habe es niemals zuvor gegeben. Dabei geriet nicht in den Blick, dass die Debatte um das Ende des 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe historische Vorläufer hatte. In Schüben hatte die Vorstellung, dass die Weltregionen schleunig ineinanderwuchsen und sich das Leben

dadurch nachhaltig umgestalte, die Zeitdeutungen westlicher Gesellschaften immer wieder beschäftigt.

Kaum zwanzig Jahre zuvor war in Politik und Wissenschaft eingehend über die drastisch zunehmende „Interdependenz" diskutiert worden.[02] Befördert durch den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und das arabische Ölembargo von 1973/74, hatte das Interdependenzdenken zunächst in der Politikwissenschaft und den Medien Fuß gefasst, war dann aber auch in die Problemdiagnosen von Regierungen eingeflossen. Auch in den 1940er Jahren hatte der Gedanke, in einem globalen Bezugssystem zu leben, bereits eine herausgehobene Rolle gespielt.[03] In dieser Zeit hatte er sich aus der Beobachtung großräumiger Verheerungen durch Weltwirtschaftskrise und Zweiten Weltkrieg gespeist, aber auch aus der Erfahrung schrumpfender Distanzen, die sich an den Fortschritten in der Luftfahrt und der Ausbreitung des Radios kristallisierten. Zum apokalyptischen Symbol dieser Verflechtungsperzeptionen war schließlich die Zerstörungskraft der Atombombe geworden, die alle räumlichen Grenzen potenziell aufzuheben schien. Doch reichen die Konjunkturen des globalistischen Denkens sogar noch weiter zurück. Die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war ebenfalls eine Hochphase des Verflechtungsbewusstseins gewesen. So hatten politische Aktivisten im Deutschen Reich aus dem immens gestiegenen Umfang der deutschen Industrieproduktion und des deutschen Handels für die „Weltwirtschaft" den Anspruch auf eine bestimmende Stellung in der „Weltpolitik" abgeleitet.[04]

Überblickt man diese Wahrnehmungs- und Debattenschübe in ihrer Gesamtheit, so erscheint die periodisch wiederkehrende Auseinandersetzung mit weltweiten Verflechtungen geradezu als ein Signum der modernen Gesellschaft. So sehr sich dabei die Themen und Interpretationen über die Jahrzehnte hinweg veränderten, hatten sie doch ein starkes, gleichbleibendes Substrat. Denn stets machten sich die globalistischen Einschätzungen an Innovationen in der Kommunikation, dem Transport und der wirtschaftlichen Verknüpfung fest.

In den 1980er Jahren begannen sich solche Auffassungen, nunmehr unter dem Begriff der „Globalisierung", einmal mehr zu verdichten. Dies geschah zunächst im wirtschaftlichen Bereich, im Managementdenken, den Wirtschaftswissenschaften und im Wirtschaftsjournalismus.[05] Der stärkste Impuls zur Verallgemeinerung des Konzepts ging dann von der Soziologie aus. Der britische Soziologe Anthony Giddens war einer der ersten, der den Gedanken der Globalisierung zum Kern einer integrativen Theoriebildung machte, mit der sich Entwicklungen in unterschiedlichen Lebensbereichen aufeinander beziehen ließen.[06] In Deutschland setzte sich ein solches umfassendes Verständnis nach der Mitte der 1990er Jahre auf breiter Front durch. Jetzt begann „Globalisierung" in den Sozialwissenschaften, den Medien und der Politik weithin als ein überwölbender Prozess interpretiert zu werden, dem sich vielerlei zurechnen ließ. Wirtschaftliche Prozesse nahmen dabei eine prominente Stellung ein, doch wurden auch Entwicklungen in zahlreichen anderen Lebenssphären auf die Globalisierung zurückgeführt – veränderte Transportwege und Energieversorgung, internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Weltbevölkerungswachstum und die Zunahme von Hunger und Armut im globalen Süden, Epidemien und organisierte Kriminalität sowie nach der Jahrtausendwende das Internet. Den Höhepunkt erreichte diese von augenöffnenden Aha-Erlebnissen geradezu durchtränkte Auseinandersetzung um das Jahr 2000. Anschließend ließ sich die Einkehr einer gewissen Routine erkennen. Der Begriff der „Globalisierung" blieb omnipräsent, doch schien die Phase der intensivsten Klärung einstweilen vorüber.

DIE WELT DER NEUNZIGER INTERPRETIEREN

Auf dem akademischen und intellektuellen Feld floss besonders große Energie in diesen Klärungsprozess. Eine schnell wachsende Forschungsland-

01 Theo Sommer, Globalisierung, nein danke – ab ins trotzige Idyll, in: Die Zeit, 3. 1. 1997, S. 1.

02 Martin Deuerlein, Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren, Göttingen 2020.

03 Vgl. Or Rosenboim, The Emergence of Globalism. Visions of World Order in Britain and the United States, 1939–1950, Princeton 2017.

04 Ernst Hasse, Deutsche Weltpolitik, München 1897.

05 Vgl. Olaf Bach, Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs, Frankfurt/M. 2013.

06 Vgl. Anthony Giddens, The Consequences of Modernity, Stanford 1990.

schaft bemühte sich darum, den Prozess der Globalisierung theoretisch zu durchleuchten und zu vermessen. Diese Beschäftigung beförderte einige folgenreiche Umbrüche im Denken. So erschien die Globalisierungsvorstellung zahlreichen Autorinnen und Autoren besonders in der Soziologie, der Philosophie und der akademischen Zeitdiagnostik attraktiv, weil sie die Möglichkeit zu bieten schien, über den einflussreichen Komplex der „Post"-Theorien hinauszugelangen.[07] Diese hatten den sozial- und geisteswissenschaftlichen Diskurs seit den späten 1960er Jahren in ihren verschiedenen Ausprägungen – von der Postmoderne über den Postfordismus und den Postkolonialismus bis hin zum Posthistoire – wesentlich geprägt. In einem wichtigen Strang seiner Genese arbeitete sich das Globalisierungsdenken an diesen Theorien ab und aus ihnen heraus.

Wenn man „Globalisierung" zum Signum des Zeitalters erklärte, ließ sich nicht nur eine positive Bestimmung der Gegenwart gewinnen, statt diese ex negativo durch das zu charakterisieren, was sie nicht mehr (ganz) war. Darüber hinaus vollzog sich mit der Untersuchung globaler Verflechtungen eine Rückkehr zum Denken in weitgespannten zeitlichen und räumlichen Prozessen. Groß konzipierte Verläufe und Entwicklungen wurden nun wieder zum Angelpunkt der Weltbetrachtung, nachdem „poststrukturalistische" Philosophen wie Jean-François Lyotard, Michel Foucault oder Pierre Bourdieu sie von sehr unterschiedlichen Perspektiven aus, aber mit großer intellektueller Ausstrahlung problematisiert und aufgebrochen hatten. Die von ihnen und anderen vehement formulierten Absagen an die Existenz (oder doch die Erkennbarkeit) weit verzweigter Veränderungsprozesse erschienen in der Globalisierungsliteratur passé. Vielen Autorinnen und Autoren war ihre Faszination für das neue dynamische Bewegungsprinzip, das einen so durchgreifenden weltweiten Wandel anzutreiben schien, deutlich anzumerken. Soziologen wie Martin Albrow und Ulrich Beck glaubten sogar unumwunden, dass die Globalisierung eine neue „große Erzählung" begründen könne. Albrows Theorie war zwar so groß nicht mehr, weil er, die Kritik der französischen Poststrukturalisten aufnehmend, der Globalisierung kein Telos, keine „immanente Logik" und keine zentrale Steuerungsinstanz mehr zuschreiben wollte. Doch zielte das Globalisierungsmodell des britischen Soziologen darauf, wichtige Konsequenzen zu überwinden, die von der postmodernen Auflösung fester Metakategorien und geschlossener Ordnungsrahmen ausgingen. Denn es machte, wie er darlegte, die „Darstellung der grundlegenden Prozesse geschichtlicher Umwälzungen" aufs Neue möglich.[08] Damit wurde im Nachdenken über die Globalisierung auch die Bedeutung der Geschichtlichkeit bekräftigt, die Francis Fukuyama mit einer weiteren „Post"-Theorie wenige Jahre zuvor für transzendiert erklärt hatte.[09]

Der Globalisierungsdiskurs war dabei auch insofern historisch, als sich die Autorinnen und Autoren von Anfang an auf die Suche nach den längerfristigen Wurzeln des Prozesses begaben. Roland Robertson, einer der ersten soziologischen Globalisierungstheoretiker, wartete schon früh mit einem ausladenden Periodisierungsschema auf, das im frühen 15. Jahrhundert einsetzte.[10] In der historischen Fachwissenschaft bildete sich dann gegen Ende des Jahrzehnts ein rasch wachsender Forschungszusammenhang heraus, der die Formen und Folgen globalisierender Bewegungen und Verknüpfungen über die Jahrhunderte hinweg im Detail beschrieb und vermaß.[11] Er verschaffte der wahrgenommenen globalistischen Gegenwart damit eine weit zurückreichende, wenn auch keineswegs uniforme Vorgeschichtserzählung. Über Geschichten „der" Globalisierung bewegte sich die Geschichtswissenschaft anschließend hinaus und verlegte sich darauf, die Wirkungszusammenhänge weiträumiger Verflechtungsprozesse in spezifischeren historischen Kontexten zu analysieren. In dieser Hinwendung zu großräumigen Verbindungen lag ein wichtiger intellektueller Anstoß für die Etablierung globalgeschichtlicher Ansätze.

07 Vgl. Jan Eckel, Nachdenken über das „Ende". Übergänge und Nebeneinander in der Zeitdiagnostik um 1990, in: Christian Marx/Morten Reitmayer (Hrsg.), Die offene Moderne. Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Göttingen 2020, S. 386–413.

08 Martin Albrow, Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter, Frankfurt/M. 1998, S. 140.

09 Vgl. Francis Fukuyama, The End of History?, in: The National Interest 16/1989, S. 3–18; ders., The End of History and the Last Man, New York 1992.

10 Vgl. Roland Robertson, Mapping the Global Condition. Globalization as the Central Concept, in: Theory, Culture & Society 7/1990, S. 103–117.

11 Vgl. Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003; Peter E. Fäßler, Globalisierung. Ein historisches Kompendium, Köln 2007.

DIE WELT DER NEUNZIGER VERÄNDERN

Die Globalisierungsvorstellung ermöglichte es jedoch nicht allein, die Welt sinnvoll zu deuten, sondern sie diente ebenfalls dazu, diese zu verändern. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann sie auch in der politischen Arena eine folgenreiche Karriere. Eine besondere Bedeutung erlangte sie in den politischen Aufbrüchen der linken und linksliberalen Parteien, die nach langen Oppositionsjahren in den USA, Großbritannien und Deutschland wieder an die Macht gelangten. Die demokratische Regierung Bill Clintons (1993–2001), die Labour-Regierung unter Tony Blair (1997–2007) und die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angeführte rot-grüne Koalition (1998–2005) traten mit umfassenden sozial-, wirtschafts- und außenpolitischen Reformagenden an. Diese wurden von dem Gedanken zusammengehalten, dass Staat und Gesellschaft in die Lage versetzt werden müssten, sich in einer globalisierten Welt zu behaupten.

Im Zentrum stand für alle drei Regierungen ein grundlegender Umbau von Arbeitsmarkt und Sozialhilfe, mit dem sie ihre Länder aus den anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephasen hinausführen wollten. US-Präsident Clinton gab schon früh das Ziel aus, „to end welfare as we know it".[12] Damit brachte er einen Plan auf eine offensive Formel, den die Labour-Regierung und die rot-grüne Koalition später ebenfalls umsetzen sollten. Erschien er vielen Anhängerinnen und Anhängern der politischen Linken als gefährlicher Bruch mit der sozialpolitischen Tradition, so spitzte Blair die Neuausrichtung sogar noch zu, indem er den Rechts-links-Gegensatz insgesamt für historisch überwunden und die „era of the grand ideologies – all-encompassing, all-pervasive, total in their solutions, and often dangerous" für beendet erklärte.[13] Das neue Projekt wurde bald als „Dritter Weg" bezeichnet.[14]

Um die weitreichenden Sozialreformen zu begründen, spielte sich in allen drei Regierungen ein entscheidender argumentativer Nexus ein. Ihm zufolge schufen das Wachstum der internationalen Finanzmärkte, die steigende Zahl transnationaler Unternehmen und der Aufschwung des grenzüberschreitenden Handels, die wiederum alle durch die Ausbreitung neuer Kommunikations- und Transporttechnologien ermöglicht worden seien, eine völlig veränderte Grundlage für die nationalen Ökonomien. Denn all dies erzeuge einen zunehmenden Wettbewerb auf dem Weltmarkt, der dazu zwinge, die Bedingungen des nationalen „Standorts" zu verbessern. Um dies zu erreichen, müsse die Regierung sozialstaatliche Leistungen kürzen, Arbeitsschutzbestimmungen lockern und Unternehmensregulierungen abbauen.

In der Bundesrepublik war diese Reformargumentation schon länger etabliert. Seit 1996 hatte die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) den Verweis auf die Globalisierung nachdrücklich bemüht, um ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Reformkonzepte zu motivieren, die die sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat blockierten. In den folgenden beiden Jahren gelang es dann der SPD und den Grünen, den Begriff für sich zu reklamieren und an ihre Reformagenda zu binden. Nach dem Machtwechsel beteuerte Gerhard Schröder (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung vom November 1998, „die Globalisierung der Waren und Finanzmärkte zwingt uns zu Anpassungen und zum Umdenken, zum Abschied von liebgewordenen Traditionen und Gewohnheiten".[15] Als die Regierung 2003 mit der „Agenda 2010" ein Paket einschneidender, ja historischer Veränderungsmaßnahmen von Arbeitsmarkt und Sozialstaat lancierte, das bei vielen der tief verwurzelten Probleme ansetzte, die bereits seit einem knappen Vierteljahrhundert beklagt worden waren, erfüllte die Begründungsfigur eine wichtige Funktion.[16] „Die wirtschaftliche Globalisierung, die demographische Entwicklung und der technische Fortschritt", so führte etwa Hubertus Heil, Vorstandsmitglied der SPD-Bundestagsfraktion, aus, „machen es dringend erforderlich, unseren Sozialstaat umzubauen, damit soziale Sicherheit auch in Zukunft möglich ist".[17]

12 William J. Clinton, Address Before a Joint Session of Congress, 17.2.1993, https://millercenter.org/the-presidency/presidential-speeches/february-17-1993-address-joint-session-congress.

13 Tony Blair, Security in a World of Change, in: ders., New Britain: My Vision of a Young Country, London 1996, S. 203–214, hier S. 213.

14 Anthony Giddens, The Third Way. The Renewal of Social Democracy, Cambridge 1999.

15 Zit. nach Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll (BT-Plpr.) 14/3, S. 58.

16 Zum Hintergrund Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013; Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

17 Zit. nach BT-Plpr. 15/56, S. 4610.

Die vermeintlichen globalistischen Kausalzusammenhänge, die die rot-grüne Regierung bei ihrem Sozialreformprojekt immer wieder in den Vordergrund schob, entwickelten sich in einem diskursiven Bezugsfeld, das weit über die Parteipolitik hinausreichte. Nach der Mitte der 1990er Jahre waren etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und führende Wirtschaftsforschungsinstitute nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, dass die Gesetzmäßigkeiten der globalisierten Ökonomie tiefgreifende Reformmaßnahmen erforderlich machten – den Abbau von Markt- und Handelshemmnissen, Steuererleichterungen und andere investitionsfördernde Maßnahmen, Entbürokratisierung und die Verringerung sozialstaatlicher Leistungen. Das war auch der Tenor, der sich schon seit Beginn des Jahrzehnts von einem Geflecht einflussreicher internationaler Akteure vernehmen ließ. Dazu gehörten etwa die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die 1995 gegründete Welthandelsorganisation oder auch die Europäische Union.

Bei näherem Hinsehen lässt sich der Ausgangsbefund, mit dem die rot-grüne Regierung wie auch viele Expertinnen und Experten die Sozial- und Arbeitsmarktreformen wesentlich begründeten, von verschiedenen Seiten aus infrage stellen.[18] Die stehende wirtschaftspolitische Prämisse der 1990er und frühen 2000er Jahre, die „Globalisierung der Märkte" zwinge zu „Anpassungen", verdeckte sehr viel mehr ökonomische Zusammenhänge, als sie offenlegte. Der Globalisierungsbegriff gewann den Status einer Kurzformel für denkbar komplexe wirtschaftliche Sachverhalte, die nicht einmal ansatzweise hergeleitet, sondern lediglich postuliert wurden. Dabei bedienten sich die Regierungen eines reichen Fundus an Sprachbildern, um den Globalisierungsprozess als unausweichlich zu beschreiben, sei es das Fließen des Flusses, das sich nicht aufhalten, oder das Rad der Geschichte, das sich nicht zurückdrehen lasse. Die Rhetorik der Alternativlosigkeit beanstandeten politische Kritikerinnen und Kritiker schon in der zeitgenössischen Debatte. In der Parteienlandschaft der rot-grünen Regierungsjahre war es vor allem die PDS, die beklagte, dass der „Sachzwang der Globalisierung" als „Entschuldigung für neoliberale Wirtschaftspolitik" eingesetzt werde.[19] Der Vorwurf wurde von der außerparlamentarischen Bewegung der Globalisierungskritiker geteilt, die die Agenda 2010 als „knallharte[n] Neoliberalismus" verurteilten.[20] Dass die Globalisierung ein erkennbarer und unabänderlicher Basisprozess sei, bestritten allerdings auch die linken Regierungskritiker nicht. Sie betonten, allein die „neoliberale" Variante der Globalisierung abzulehnen und stattdessen eine andere Ordnung der globalisierten Welt anzustreben.[21] Insofern wirkten alle an der Diskussion Beteiligten daran mit, dass sich der Gedanke eines aus der globalen Verflechtung herrührenden, unabweislichen Reformbedarfs in der politischen Arena durchsetzen konnte. Zwischen den Parteien ergaben sich Abweichungen in den Lösungsstrategien, nicht jedoch in der Diagnose der Problemstellung.

Bei alledem gewann die Globalisierungsvorstellung nicht nur in den sozialstaatlichen Reformvorhaben der Schröder-, Blair- und Clinton-Regierungen eine handlungsleitende Bedeutung, sondern sie bestimmte auch wichtige Felder der Außenpolitik. US-Präsident Clinton machte die Durchsetzung des Freihandels zu einer tragenden Säule seines Versuchs, die stockende US-Wirtschaft wiederzubeleben. Dafür führte die demokratische Regierung emphatisch ins Feld, dass die globale Wirtschaft mit immenser Geschwindigkeit zusammenwachse und einen harten weltweiten Wettbewerb erzeuge, in dem sich die USA durchsetzen müssten. Am Ende von Clintons Amtszeit hatte sich das Gesamtvolumen des US-Außenhandels gegenüber 1992 fast verdoppelt. Die Außenhandelsquote war von unter 20 auf knapp 25 Prozent gestiegen.[22] Darin zeigte sich besonders zugespitzt, wie die Regierungen die Bedingungen der Globalisierung, auf die sie be-

18 Vgl. Jan Eckel, Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990ern und 2000ern, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2020, S. 451–480.

19 Ursula Lötzer, zit. nach BT-Plpr. 14/16, S. 1052.

20 Peter Wahl, Standpunkte und Perspektiven, in: Attac Deutschland (Hrsg.), Alles über Attac, Frankfurt/M. 2004, S. 23–34, hier S. 25.

21 So auch Naomi Klein, Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront, Frankfurt/M. 2003.

22 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Zahlen unter: www.census.gov/foreign-trade/statistics/historical/gands.pdf; www.statista.com/statistics/259096/us-imports-as-a-percentage-of-gdp; www.statista.com/statistics/258779/us-exports-as-a-percentage-of-gdp; www.theglobaleconomy.com/USA/Imports; www.theglobaleconomy.com/USA/Exports.

haupteten, reagieren zu müssen, durch ihre Maßnahmen selbst mitschaffen konnten.

Schließlich waren globale Verflechtungswahrnehmungen gegen Ende des Jahrzehnts auch ein Faktor des militärischen Interventionismus westlicher Regierungen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Politik der britischen Regierung. Tony Blair wollte Großbritannien, in engstem Zusammenschluss mit den USA, in eine führende weltpolitische Gestaltungsmacht verwandeln.[23] Ihre konzeptionell schlüssige Grundlage erhielt diese ausgreifende Zielrichtung im Zuge des Kosovo-Kriegs 1998/99. Die „Doctrine of the International Community", die als Keimzelle des Gedankens der „Schutzverantwortung" gelten kann, entwickelte der Premierminister aus der vermeintlichen Grundtatsache des globalisierten internationalen Raums: „[G]lobalisation is not just economic. It is also a political and security phenomenon. We live in a world where isolationism has ceased to have a reason to exist."[24] Dies machte Blair an Finanzmärkten und Handel, an der Verbreitung von Atomwaffen und Drogenhandel, an Umweltschäden und der Verschuldung des globalen Südens fest, aber eben auch an gewaltsamen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen. Nach den islamistischen Terroranschlägen auf die USA am 11. September 2001 mündete Blairs Diagnose des verwobenen Globus dann in den Entwurf einer umfassenden Weltordnungspolitik. Ihr zufolge sollte Großbritannien an vorderster Stelle daran mitarbeiten, den afrikanischen Kontinent zu demokratisieren und aus seinen Notlagen zu befreien, dem Klimawandel entgegenzutreten und Frieden im Nahen Osten zu schaffen.[25]

DIE NEUNZIGER ALS BEGINN UNSERER GEGENWART

Die 1990er und frühen 2000er Jahre erlebten den spektakulären Durchbruch der Idee der „Globalisierung". In ihren verschiedenen Schattierungen formte sie das Weltverständnis und die Zeitdeutungen westlicher Gesellschaften tiefgreifend: Sie beeinflusste, welche politischen, wirtschaftlichen und lebensweltlichen Veränderungen als neu und ausschlaggebend erkannt, wie sie erklärt und welche Schlussfolgerungen daraus für die Einordnung der Gegenwart und die Erwartungen an die Zukunft abgeleitet wurden. Zugleich wirkte sie verstärkend auf die politischen Ambitionen und Pläne ein, die Regierungen in ihrer Innen- und Außenpolitik verfolgten – neben den drei betrachteten westlichen Regierungen noch weitere sowie ferner eine ganze Reihe internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Das Globalisierungsdenken wurde damit zu einem wichtigen Teil der Neuentdeckung der Welt, wie sie sich in westlichen (und anderen) Gesellschaften nach dem Ende des Systemkonflikts vollzog. Diese schlug sich auch in anderen prägenden Diskursen nieder, sei es im Glauben an den Triumph der Demokratie, dem akuten Bewusstsein für den Klimawandel oder der Deutung des postkolonialen Raums als Zone „gescheiterter Staaten" und ethnisierter Konflikte.

Die Auseinandersetzung mit der Globalisierung hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren verändert. Die schärfsten Attacken auf die globalisierte Welt kommen inzwischen von der extremen, „populistischen" Rechten. Das Ende der Globalisierung ist seit der asiatischen Finanzkrise von 1997/98 mehrfach ausgerufen worden, zuletzt etwa lautstark während der Covid-19-Pandemie. Aber verschwunden ist die Vorstellung nicht, und sie leitet auch heute noch, mal hintergründiger, mal offener, die politische und akademische Weltbeobachtung an. Darin liegt ein wichtiger Grund für die Zeitgeschichte, bei der Suche nach den „Anfängen unserer Gegenwart" den Blick auf die 1990er Jahre zu lenken.

23 Vgl. Michael Clarke, Foreign Policy, in: Anthony Seldon (Hrsg.), Blair's Britain, 1997–2007, Cambridge 2007, S. 593–614; Matthew Jamison, Humanitarian Interventions since 1990 and „Liberal Interventionism", in: Brendan Simms/D. J. B. Trim (Hrsg.), Humanitarian Intervention. A History, Cambridge–New York 2011, S. 365–380.

24 Tony Blair, Speech in Chicago, 24. 4. 1999, www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=279.

25 Vgl. ders., Leader's Speech, Brighton, 2. 10. 2001, www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=186.

JAN ECKEL
ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.

Zum Weiterlesen.

bpb.de/shop



Werner Plumpe

Gefährliche Rivalitäten

Wirtschaftskriege – von den Anfängen der Globalisierung bis zu Trumps Deal-Politik

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 11319 | 5 €



Bestell-Nr. 72627



Milan Babić

Geoökonomie

Anatomie der neuen Weltordnung

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 11277 | 5 €



Melanie Müller

Die Geopolitik globaler Lieferketten

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 10998 | 5 €

SATTELZEIT FÜR DIE KRISE DER DEMOKRATIE?

Die „wilden Neunziger" in Ostmitteleuropa

Philipp Ther

In Tschechien und Polen umweht die 1990er Jahre inzwischen ein Hauch von Nostalgie. Das mag auf den ersten Blick mit dem Alter der *memorians* zusammenhängen, die auf ihre verflossene Jugend und den Beginn ihres beruflichen Aufstiegs zurückblicken und heute in den Medien, kulturellen Institutionen und teils auch der Politik das Sagen haben. Auf den zweiten Blick geht es wie bei jeder nostalgischen Rückschau um Defizite in der Gegenwart und fehlende Zukunftsvisionen.[01] Sämtliche seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten der EU – „neu" sind sie schon länger nicht mehr – haben beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und anderen makroökonomischen Faktoren stark aufgeholt und „alte" EU-Staaten teils überholt. Doch selbst in Tschechien, das in etwa das Niveau Spaniens erreicht hat und demnächst Italien einholen wird, liegen die Durchschnittseinkommen nur etwa halb so hoch wie in der Bundesrepublik. Außerdem bietet der entwickelte Kapitalismus, in dem die postkommunistischen Staaten angekommen sind, weniger individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Autonomie als die 1990er Jahre.

Die „wilden Neunziger" sind wohl auch deshalb zu einem zugkräftigen Topos gereift, weil sie sich medial und popkulturell bestens verarbeiten lassen; nicht selten als Räuberpistole über die spät- und postkommunistische Korruption und Kriminalität. Dafür steht beispielhaft die sechsteilige Krimiserie „Devadesátky" („Neunziger"), die das öffentlich-rechtliche tschechische Fernsehen auf ČT1, dem Äquivalent zur ARD, Anfang 2022 ausstrahlte. Darin verarbeitete der bekannte Regisseur Peter Bebjak Auftragsmorde, Mafiakriege und Polizeieinsätze, die sich in der ersten Phase der postkommunistischen Transformation tatsächlich ereignet hatten.[02] Allwöchentlich saßen rund zwei Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer, ein Fünftel der Bevölkerung, vor ihren Fernsehgeräten und blickten mit leichtem Schaudern auf eine Zeit zurück, die sie zumeist noch miterlebt und besser überstanden hatten als die Opfer der damaligen Kriminalität.

In Ostdeutschland fehlt ein bisschen der Stoff für derlei Fernsehserien und Filme, denn durch die Deutsche Einheit konnten in der ehemaligen DDR rasch rechtsstaatliche Strukturen aufgebaut werden. Und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens würden derartige TV-Serien wohl auf weniger Zuspruch stoßen, denn dort betrafen Anarchie und grassierende Gewalt einen Großteil der Gesellschaft und prägten den Alltag der meisten Menschen. Die Russländische Föderation machte eine Depression im Ausmaß der 1930er Jahre durch, und das ehemalige Jugoslawien versank in einen von Serbien angestachelten Bürgerkrieg. Da erinnert man sich lieber gleich an Tito und die vermeintlich goldenen 1970er Jahre, wenngleich in dieser Zeit der ökonomische Niedergang Jugoslawiens begann.

POSTKOMMUNISTISCHE GRÜNDERZEIT

Für sozial- und wirtschaftshistorische Zwecke kann man die 1990er Jahre in den Staaten Ostmitteleuropas als eine Art Gründerzeit des postkommunistischen Kapitalismus betrachten. Die neue Ordnung begann überall mit einer tiefen Transformationskrise, massenhafter Arbeitslosigkeit und Armut, dem Umbau und der Privatisierung großer Staatsbetriebe sowie einer stark steigenden sozialen und vor allem regionalen Ungleichheit.[03] Das führte zu einer millionenfachen Ost-West-Migration, bei der die Bundesrepublik mit den etwa zwei Millionen innerdeutschen Migrantinnen und Migranten, unter ihnen überproportional viele Frauen, eine Vorreiterrolle einnahm.

Die Kapitalakkumulation im postkommunistischen Europa beruhte häufig auf massi-

ver Korruption, die ihre Ursprünge im späten Staatssozialismus hatte, auf Insiderdeals bei Privatisierungen sowie auf einem Venture-Kapitalismus, der die ökonomische Erbmasse des Staatssozialismus im günstigen Fall bewahrte und in einzelnen Firmen mehrte, aber häufig nur verschacherte. Aus diesem Kontext gingen die mafiösen Strukturen hervor, die in der Russländischen Föderation die Bildung einer politischen Oligarchie und einer neuen Diktatur begünstigten.[04] Dort ist der Rückblick auf die 1990er Jahre ausgesprochen negativ; die Dekade dient Wladimir Putin bis heute als Kontrastfolie, mit der er sein Regime legitimiert.

Dagegen war der Kapitalismus in Ungarn, Tschechien, Polen, den baltischen Staaten und etwas verzögert der Slowakei mittelständischer geprägt. In die bereits mit der EU assoziierten Länder flossen bald umfangreiche „Foreign Direct Investments" (ausländische Direktinvestitionen), eines der Zauberwörter der neuen Ordnung, etwas verzögert auch nach Rumänien, Bulgarien und schließlich in die Ukraine und die Russländische Föderation.[05] Die internationalen Investoren verlangten Stabilität und rechtsstaatliche Strukturen, die sie in Ostmitteleuropa auch bekamen, nicht zuletzt unter dem Druck der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Korruption und Kriminalität waren zwar verbreitet, sie wurden aber nicht systemisch wie in der Russländischen Föderation und in der Ukraine bis zur Revolution von 2013/14. Mit dem Sturz des Kleptokraten Viktor Janukovytsch schloss sich dort ein Kreis zum Jahr 1989. Die Ukrainerinnen und Ukrainer benannten den Umsturz als „Revolution der Würde" (*revoljucija hidnosti*) und beriefen sich damit auf einen der zentralen Werte der polnischen, tschechoslowakischen und ostdeutschen Opposition: die Menschenwürde. Genau das wollte Wladimir Putin nicht hinnehmen und schritt mit dem Krieg gegen die Ukraine zur Gegenrevolution.

VON DER DEMOKRATISCHEN ZUR NEOLIBERALEN REVOLUTION

Beim Rückblick auf den Beginn der 1990er Jahre lassen sich wie bei früheren Revolutionen zwei Phasen unterscheiden. In allen Ländern Ostmitteleuropas unter Einschluss der ehemaligen DDR folgte auf die durch die Bürgerrechtsbewegung begonnene demokratische Revolution etwa ein halbes Jahr später ein zweiter, neoliberaler Umbruch. In der internationalen Literatur wurde dabei lange Zeit die Rolle westlicher Berater betont, die sich ex post gern selbst in den Vordergrund spielten. Doch der Umschwung zu radikalen Reformen und einem einseitigen Schwerpunkt auf die Wirtschaft geht vor allem auf interne Akteure und das vorherige Scheitern der graduellen Perestroika zurück.[06] Akute wirtschaftliche Probleme spielten ebenfalls eine Rolle. Ende 1989 waren Polen, Jugoslawien, aber auch die noch existierende DDR praktisch zahlungsunfähig.

Vorreiter bei den demokratischen Protesten und der Etablierung einer neuen, neoliberalen Ordnung war Polen. Bereits Ende 1988 berichtete dort die Wochenzeitung „Polityka" über den wachsenden Einfluss „östlicher Thatcheristen"[07] (*wschodni Thatcheristy*). Als der Finanzminister der ersten demokratisch gewählten Regierung, Leszek Balcerowicz, ein Jahr später den nach ihm benannten Reformplan verkündete,

01 Zur Nostalgie mit deutschem Blickwinkel vgl. Tobias Becker, Heimweh nach gestern. Eine Geschichte der Nostalgie in Deutschland, Berlin 2026. Zur nach wie vor maßgeblichen Theoretisierung von Nostalgie vgl. Svetlana Boym, The Future of Nostalgia, New York 2001.

02 Eine deutschsprachige Zusammenfassung findet sich bei Kai Witzlack-Makarevich, Drsné devadesátky. Die wilden Neunziger, 8.7.2022, https://doi.org/10.58079/sliw.

03 Zur global stark zunehmenden Ungleichheit vgl. Branko Milanovic, Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization, Cambridge MA 2016. Der aus Serbien stammende Milanovic hat auch viel zur sozialen Ungleichheit im östlichen Europa geforscht. Weniger beleuchtet ist die ebenso problematische regionale Ungleichheit, die im östlichen Europa mit Ausnahme Tschechiens und Sloweniens etwa doppelt so hoch liegt wie in der Bundesrepublik.

04 Diese Unterschiede wurden bereits in den 1990er Jahren erkannt und zu einem Forschungsgegenstand. Vgl. u. a. Peter A. Hall/David Soskice (Hrsg.), Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford 2001.

05 Vgl. Zenonas Norkus, On Baltic Slovenia and Adriatic Lithuania. A Qualitative Comparative Analysis of Patterns in Post-Communist Transformation, Budapest 2012.

06 Jüngst mit Blick auf die Russländische Föderation sehr erhellend Tobias Rupprecht, The Tragedy of Soviet Market Economists. The Failed Quest to Civilise Russia, 1972–2022, Cambridge 2026. Zu Polen und anderen ehemaligen Ostblockstaaten vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, 2. Aufl., Berlin 2016, S. 47–85.

07 Marek Borkowski, Sprzedać, oddać, wydzierżawić, in: Polityka 49/1988, S. 1, S. 4.

konnte er sich auf einen Konsens der Eliten verlassen und fand auch Zustimmung unter der Bevölkerung. Die Mehrheit der Polinnen und Polen stimmte mit der Regierung überein, dass es nicht mehr so weitergehen konnte wie vorher, und war bereit für radikale Reformen. Daher kann man analog zum „Washington Consensus", wie die ab den 1980er Jahren vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in Lateinamerika vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und dem US-Finanzministerium propagierten Strukturanpassungsmaßnahmen zur Stabilisierung strauchelnder Volkswirtschaften bezeichnet wurden, von einem noch breiteren „Warsaw Consensus" sprechen.

Als die Zahl der Arbeitslosen in Polen Anfang der 1990er Jahre die Schwelle von zwei und dann drei Millionen überschritt, wandten sich die Wählerinnen und Wähler jedoch gegen die Reformparteien und ermöglichten den Postkommunisten die Rückkehr an die Macht. Letztere machten die Reformen nicht rückgängig, sondern milderten sie lediglich ab. Die Sozialisten in Ungarn verhielten sich nach ihrem Wahlsieg von 1994 ähnlich und mussten ein Jahr später wegen der hohen Auslandsschulden und Problemen bei der Zahlungsbilanz notgedrungen ein rigides Spar- und Reformprogramm verabschieden. Daher wurden die Postkommunisten und in Tschechien die Sozialdemokraten nach einer Legislaturperiode wieder abgewählt.

Dort, wo sich wie etwa in Rumänien, Bulgarien und der Slowakei die Postkommunisten Anfang der Neunziger an der Macht gehalten hatten, wurden sie gegen Ende der Dekade aus dem Amt gejagt. Die Gründe dafür waren überall massive Korruption, hohe Inflation und drückende Armut. Die neuen neoliberalen Regierungen setzten dann in allen Staaten radikale Reformen beziehungsweise das übliche, aus dem Washington und Warsaw Consensus bekannte Paket aus Austerität, externer und interner Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung um. Dabei konkurrierten sie um internationale Investoren.[08] In manchen Ländern wurden die radikalen Reformregierungen nach einer Legislaturperiode wieder abgelöst, doch das führte bis zur globalen Finanzkrise ab 2008 zu keiner grundlegenden Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insofern gaben die 1990er Jahre den Takt und die Strukturen für das postkommunistische Europa noch bis zur globalen Finanzkrise und dem damit einhergehenden Platzen der „Osteuropa-Blase" vor.

Ostdeutschland fällt aus diesem politischen Raster mehrfacher Regierungswechsel zwischen Reformern und Postkommunisten heraus, weil die west- und dann gesamtdeutschen Eliten die Rückkehr der Nachfolgepartei der SED an die Macht niemals hingenommen hätten. Doch die nächste Runde der neoliberalen Reformen, die man mit Blick auf die östlichen Nachbarn als nachholend bezeichnen kann, folgte mit der Agenda 2010 unter der rot-grünen Regierungskoalition. Der „Reformkanzler" Gerhard Schröder (SPD) verfolgte dabei einen ähnlichen Kommunikationsstil wie seine ostmitteleuropäischen Amtskollegen in den 1990er Jahren. Die Reformen galten als unausweichlich beziehungsweise „alternativlos" – ein Begriff, den dann auch Schröders Nachfolgerin Angela Merkel (CDU) so oft verwendete, dass ihn die Gesellschaft für deutsche Sprache 2010 zum Unwort des Jahres erklärte.

Unter den meisten westlichen Wirtschaftsexpertinnen und -experten sowie bei den internationalen Finanzinstitutionen, die sehr stark quantifizierend und materialistisch orientiert waren, galten die radikalen Reformen und die sogenannten Schocktherapien in den 1990er Jahren als Erfolgsrezept. Diese Ansicht hielt sich in den USA sogar über die globale Finanzkrise hinweg,[09] obwohl das Platzen der „Osteuropa-Blase", die Ähnlichkeiten mit der Subprime-Krise in den USA aufweist, die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Ukraine 2008/09 besonders stark in Mitleidenschaft zog. Nur Polen entkam der großen Krise weitgehend, was weniger an wirtschaftspolitischen Faktoren als vor allem an der Remigration von rund 300 000 Krisenverlierern aus Großbritannien und Irland in ihr Heimatland lag sowie am größeren heimischen Markt. Doch auch dort unterbrach die globale Finanzkrise den sozialen Aufstieg. Das Wirtschaftswachstum blieb zwar positiv, aber der Arbeitsmarkt und die Löhne gerieten unter Druck.

08 Vgl. Hilary Appel/Mitchell Orenstein, From Triumph to Crisis: Neoliberal Economic Reform in Postcommunist Countries, Cambridge 2018, S. 111–141.

09 Als prominentes Beispiel vgl. Andrei Shleifer/Daniel Treisman, Normal Countries. The East 25 Years After Communism, 20. 10. 2014, www.foreignaffairs.com/articles/142200/andrei-shleifer-and-daniel-treisman/normal-countries.

Just während der großen Krise organisierte das Warschauer Dokumentationszentrum Karta einen großen Memoirenwettbewerb, bei dem es dem Titel nach um das Jahr 1989, faktisch jedoch um die neoliberale Ordnung der 1990er Jahre ging. Unter der Rubrik „Das Jahr 1989: Ende, Umbruch, Anfang … ?" (*rok 1989: koniec, przełom, początek … ?*) sollten junge Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Erfahrungen während der Transformation aufzeichnen und einsenden.[10] Darin erinnerten sie an eine bessere Ausstattung mit Konsumgütern wie vollautomatische Waschmaschinen und das erste Auto, das nicht auf jeder größeren Reise liegenblieb wie der „Maluch", wie der in Polen unter Lizenz gefertigte Fiat 126 genannt wurde.

Trotz der materiellen Errungenschaften berichteten viele Texte über Arbeitslosigkeit, soziale Probleme und die allgemeine Verunsicherung durch den Umbruch. In ihnen spiegelte sich die inoffizielle Gegenerzählung zu den Erfolgsgeschichten, die Politikerinnen und Wirtschaftsexperten verbreiteten. Eine schöne Kindheit sieht anders aus, und dies erklärt zum Teil das Wahlverhalten und die Distanz zur liberalen Demokratie bei Wählerinnen und Wählern unter 40 Jahren und sogar bei den ganz Jungen. In der ehemaligen DDR gerannen die offiziellen Erfolgsnarrative von den „blühenden Landschaften" schon Anfang der 1990er Jahre zum Witz. Insofern kann man diese Dekade als Sattelzeit für die auf sie folgende Krise der Demokratie betrachten, die nach der Jahrtausendwende viele Buchregale füllte. Das gilt auch für die USA, wo Mitte der 1990er Jahre Rechtspopulisten und Nationalisten erste aufsehenerregende Wahlerfolge erreichten und die republikanische Partei zu unterwandern begannen. Noch fiel der politische Protest jedoch wenig ins Gewicht, da die Wahlbeteiligung da wie dort – in den USA ebenso wie in Polen – gegen Ende der Dekade aufgrund der Resignation der Transformations- und Globalisierungsverlierer auf unter 50 Prozent sank.

Im östlichen Europa stärkten der Protest gegen die neue Ordnung und die Unzufriedenheit der sogenannten Transformationsverlierer in den 1990er Jahren die Postkommunisten, die linkspopulistisch auftraten, dann jedoch überwiegend realpolitisch agierten. Die Wahlerfolge der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), wie sich die SED-Nachfolgepartei nannte, verschreckten zwar viele ehemalige Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in Ostdeutschland ebenso wie die vom Kalten Krieg geprägten Eliten in der alten Bundesrepublik, doch blieben die Ergebnisse der ostdeutschen Postkommunisten unter jenen der polnischen SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, deutsch: Bund der Demokratischen Linken) und der unreformierten KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, deutsch: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) in Tschechien.

Nach der Jahrtausendwende verdrängten überall Rechtspopulisten die Linkspopulisten, weil sich Nationalismus besser verkaufen lässt als Kapitalismuskritik und die Postkommunisten nicht mit den neoliberalen Reformen brachen. Das wäre im Kontext der globalen neoliberalen Hegemonie auch gar nicht möglich gewesen. Die ehemaligen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler wurden mit der Demokratie nur bedingt warm und verlegten ihre Diskurse von einem erhofften „Dritten Weg" auf die „Zivilgesellschaft". Ob die „Staatsferne" dabei das größte Problem ist oder gar die basisdemokratischen Erfahrungen von 1989 letztlich negativ nachwirkten, mag hier dahingestellt und einer weiteren Diskussion vorbehalten bleiben.[11] Die lebendige transgenerationelle Erinnerung an die demokratische Revolution von 1989 ist in Tschechien und der Slowakei bis heute eine wichtige Ressource, wenn es um Widerstand gegen autoritäre politische Strömungen geht. Hier wie in anderen Bereichen, etwa den Reformpolitiken, lohnt sich ein Blick über die (ost)deutschen Grenzen.

Die jüngsten Erfolge der AfD liegen im Prinzip auch im ostmitteleuropäischen Durchschnitt. Aber das ist kein Anlass zur Beruhigung, denn die Partei verfügt im Gegensatz zu den nationalkonservativen und rechtsradikalen Parteien in Polen, Tschechien, aber auch Österreich über ein gewaltbereites Umfeld. Sie wurde deshalb und wegen ihrer fortschreitenden Radikalisierung vom Verfassungsschutz in einigen Bundesländern als „gesichert rechtsextrem" eingestuft. Geht auch

10 Die 144 Einsendungen sind im Archiv von Karta in Warschau einsehbar. Vgl. dazu außerdem Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation, Berlin 2019, S. 18.

11 Vgl. dazu Christina Morina, Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, München 2023.

der Aufstieg der AfD indirekt auf die 1990er Jahre zurück? Die Traditionslinien der deutschen Rechtsextremen und der Neonazi-Szene sind älter, wenngleich sie sich erst nach 1989 stärker entfalten konnten.

VOM WILDEN ZUM ENTWICKELTEN KAPITALISMUS

Bei einem Rückblick auf die 1990er Jahre sollte nicht nur der Umbruch, sondern auch der Aufbruch im Vordergrund stehen. Allein bis 1993 wagten im postkommunistischen Ostmitteleuropa an die vier Millionen Menschen den Sprung in die Selbstständigkeit.[12] Nicht alle von ihnen agierten völlig freiwillig, viele Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer hatten zuvor ihren Arbeitsplatz verloren. In Ostdeutschland fiel dieser massenhafte Aufbruch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße relativ schwach aus. Das lag daran, dass dort mit der Deutschen Einheit sofort große Firmen aus dem Westen Fuß fassten, die im Einzelhandel und anschließend weiteren Branchen rasch den Markt beherrschten. Der entwickeltere Kapitalismus bot dort bereits in den 1990er Jahren weniger Nischen als die „wilde" Variante in den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik.

Das lässt sich an den Daten ablesen, die der Soziologe Karl Ulrich Mayer mit seinem Forschungsteam in den 2000er Jahren erhoben hat. Jene DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger, die nach 1989 den Sprung in die Selbstständigkeit wagten, schnitten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen und zu Neu-Unternehmerinnen und -Unternehmern in Polen und der Tschechoslowakei beziehungsweise dann Tschechien und der Slowakei schlecht ab.[13] Die Selbstständigen hatten große Probleme, sich und ihre Firmen über Wasser zu halten, und gingen nicht selten bankrott. Oft lag das an mangelnden Kapitalreserven, um schwere Zeiten wie nach der Rezession von 1993 und nach der Jahrtausendwende zu überstehen. Das Kleinbürgertum in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn verfügte noch über einen anderen Vorteil: Durch die Privatisierung der Wohnungen zu sehr günstigen Preisen sparten sich viele die Mieten und konnten zumindest einen kleinen Vermögensstock aufbauen. Es gehört zu den Paradoxien der Reformen in Ostdeutschland, dass das postkommunistische Land mit der radikalsten Privatisierungspolitik Wohnungen kaum oder gar nicht an deren Mieterinnen und Mieter privatisierte. Dies ist abgesehen von der Misswirtschaft in der DDR einer der Gründe für die hohe Vermögensungleichheit in Deutschland.

Mit dem EU-Beitritt setzte sich in Polen, Tschechien, Ungarn und allen anderen neuen Mitgliedstaaten der Aufschwung der 1990er Jahre fort. Dazu trugen auch die Transferzahlungen aus Brüssel bei, die in einigen Ländern rund fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten. In der Bundesrepublik folgte dagegen auf den kurzen Boom nach der Einheit eine tiefe Transformationskrise, die 1999 zum bekannten Fatum des „Economist" von Deutschland als „kranker Mann des Euro" führte. Ostdeutschland profitierte kaum von den Produktionsverlagerungen nach Ostmitteleuropa, weil der Standort bei den Preisen und Löhnen nicht mit seinen östlichen Nachbarn konkurrieren konnte, die hingegen zunächst hohe Wachstumsraten verzeichneten. In Polen vernichtete der Einzug der großen Konzerne und Supermärkte jedoch die dortige Basar-Ökonomie mit den riesigen Freiluftmärkten, die in den 1990er Jahren samt ihrer Lieferketten viele Kleinunternehmen gestützt hatte. Zum Teil konnte dies durch ausländische Direktinvestitionen im produzierenden Gewerbe, der Industrie und bei Dienstleistungsunternehmen kompensiert werden, die zahlreiche neue Arbeitsplätze schufen.

Doch die Spielräume zur eigenen Entfaltung und die Autonomie der abhängig Beschäftigten gingen zurück. Die Menschen in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei verdienten zwar besser als in den 1990er Jahren, allerdings näherten sich die Preise bei Lebensmitteln und langlebigen Konsumgütern ebenfalls einem westlichen Niveau an.[14] Außerdem stellte sich sogar bei gut bezahlten und erfolgreichen Facharbeiterinnen und Ingenieuren nach und nach eine gewisse Entfremdung ein, weil sie meist nur ein kleines

12 Vgl. zur Zahl der neu gegründeten Firmen Ivan T. Berend, From the Soviet Bloc to the European Union, Cambridge 1996, S. 61.

13 Vgl. Martin Diewald/Anne Goedicke/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), After the Fall of the Wall. Life Courses in the Transformation of East Germany, Stanford 2006.

14 Die zuverlässigsten Daten hierzu sind auf der Annual Database des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche erhältlich. Siehe https://data.wiiw.ac.at/annual-database.html.

Rädchen in einem größeren Getriebe der europäischen und globalen Arbeitsteilung sind.[15]

Das gilt auch für Rumänien und Bulgarien, die direkt nach ihrem EU-Beitritt 2007 in den Strudel der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise samt ihrer osteuropäischen Ausläufer gerieten. In der Ukraine und der Russländischen Föderation beendete die große Krise ebenfalls den Aufschwung der 2000er Jahre. In beiden Ländern reagierten die Regierungen mit zunehmenden politischen Repressionen auf die wirtschaftlichen Probleme. Doch während sich Putin vom Westen abwandte und schließlich nach der NATO die EU als Feindbild aufbaute, schlug die Ukraine einen proeuropäischen und demokratischen Kurs ein. Als Vorbild diente dabei Polen in den 1990er Jahren. Denn trotz aller sozialen Probleme und des Verlusts von Humankapital durch Arbeitsmigration hatte sich das bei Weitem größte „neue" Mitgliedsland der EU deutlich positiver entwickelt als die Ukraine.

SCHLUSS

Für die Historiografie liegt die Herausforderung darin, all den geschilderten Facetten gerecht zu werden und kein einseitiges Bild der 1990er Jahre in Ostmitteleuropa zu zeichnen. Dabei kommt es auch auf den zeitlichen Horizont an. Die neue Ordnung, die im östlichen Europa Einzug hielt, brachte nach den bleiernen 1980er Jahren einen umfassenden Aufbruch mit sich, den vor allem Angehörige der jüngeren Generation und die Bewohnerinnen und Bewohner größerer Städte und Wachstumszentren insgesamt eher positiv erlebten. Zugleich blieben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ländliche und postindustrielle Regionen im östlichen Europa, auch im relativ wohlhabenden Deutschland, sowie die sogenannten Transformationsverlierer zurück. Daher kann man in den *golden nineties*, wie sie in den USA manchmal bezeichnet werden, die Ursachen der multiplen Krisen sehen, die seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 über die Welt hereingebrochen sind. Die Erinnerung an die Aufbruchstimmung der 1990er Jahre könnte dabei helfen, den gegenwärtigen Herausforderungen mit etwas mehr Optimismus zu begegnen.

Der realexistierende Kapitalismus macht nicht unbedingt glücklich, wenngleich die Lebensstandards im Vergleich zur ersten Dekade nach dem Ende des Staatssozialismus viel höher liegen. Außerdem erzeugt der wachsende Wohlstand höhere Erwartungen, vor allem in der Mittelschicht. Eine Rolle spielt dabei auch, dass in den Medien und der Werbung seit den 1990er Jahren ständig reichere und erfolgreichere Typen präsentiert werden. Das erzeugt Neid und kann indirekt zulasten des eigenen Selbstbewusstseins gehen. Darin liegt der tiefere Grund für die Nostalgie nach den „wilden Neunzigern" in manchen, jedoch keineswegs allen postkommunistischen Gesellschaften.

15 Vgl. dazu den dritten Band meiner Trilogie zur Transformation, der mit einem Autorenkollektiv (vor allem in Tschechien hat das eine lange Tradition) verfasst wurde: Philipp Ther et al., In den Stürmen der Transformation. Zwei Werften zwischen Sozialismus und EU, Berlin 2022.

PHILIPP THER
ist Professor für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Wien und Leiter des dortigen Research Center for the History of Transformations (RECET).

ESSAY

ZEIT VOLLER GESCHICHTEN

Die Neunziger in Ostdeutschland

Clemens Meyer

Die Neunziger begannen für mich mit dem Satz beziehungsweise der Frage: „Seid ihr aus dem Osten?“

Ein Eisverkäufer stellte meiner Mutter, meiner Schwester und mir diese Frage, Wien, Sommer 1990. Woran erkannte er nur unsere Herkunft? Das war mir damals ein Rätsel. Ich war 13 Jahre alt, die DDR würde in wenigen Monaten aufhören zu existieren, dennoch schien die sogenannte Wiedervereinigung noch weit weg. (Als sie dann, am 3. Oktober 1990, vollzogen wurde, war ich verwirrt, auch aufgebracht. Meine Mutter, die von Anfang an zu den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche gegangen war, auch in der kirchlichen Umweltbewegung war sie aktiv gewesen, hatte uns Kinder oft mit zu Umweltgottesdiensten genommen, war voll Skepsis, sie träumte von einer reformierten DDR, hing der Idee des „Dritten Weges“ an und auch nach, erläuterte das uns Kindern auch, sie hatte, unter anderem, Angst vor einem „deutschen Ungeist“, die ersten Neonazis waren ja schon unterm ostdeutschen Teppich hervorgekrochen, unterstützt von den Kameraden aus dem Westen, der führende westdeutsche Neonazi Michael Kühnen, der wenig später an Aids sterben würde, hatte ja, das wurde schnell vergessen, einen „Aufbauplan Ost“ in der Schublade, der dann auch bald zum Einsatz kam.)

„Es waren unsere Klamotten“, meinte meine Mutter später. Wir trugen ja auf unserer Wien-Reise Ost-Jeans, Ost-Anoraks, Ost-Pullover, Ost-Frisuren, noch hatten die großen Kaufhäuser wie Horten und Karstadt keine Filialen in Leipzig eröffnet, noch gab es das Centrum-Warenhaus und das Konsument-Warenhaus, beide staatlich, betrieben von der HO, der Handelsorganisation, und der Konsumgenossenschaft, es gab aber natürlich bereits westliche Jeans, fliegende Händler auf Wochenmärkten, der Warenverkehr von Ost nach West hatte längst begonnen, war ja schon vor der Währungsunion im Juni 1990 im Gange und danach erst recht. Wer wollte schon für das neue Westgeld, die große D-MARK (der ja tatsächlich in Gesängen wie „Halleluja, Halleluja, Halleluja, D-D-Mark“ religiös gehuldigt wurde), Ostmarken kaufen? Nein, MARKENKLAMOTTEN mussten her, vor allem für uns Jugendliche, für die Erwachsenen auch, aber für die wurden, noch bevor die ersten Sex-Shops eröffneten, an deren Fenstern wir uns die Nasen plattdrückten, in einer großen Halle am Stadtrand von Leipzig Sexartikel verkauft, Pornohefte und -videos, Sexspielzeug. (In den Wende- und Nachwendewirren wurde ja auch eine Partei namens „Deutsche Sex-Liga“ gegründet, die sogar an Wahlen teilnahm, paradoxerweise war einer der führenden „Politiker“ dieser Sex-Liga ein ehemaliger FDJ-Sekretär, der für die Stasi gespitzelt hatte, dann, nach der gescheiterten Sex-Liga-Karriere, Neonazi wurde und viel später im Umkreis des NSU, des Nationalsozialistischen Untergrundes, wieder auftauchte, als V-Mann des Verfassungsschutzes.) Es war diese plötzliche Orientierung auf Modemarken, die ich, als Heranwachsender, als Jugendlicher, nicht verstand. Ja und? Dann sah man eben aus wie ein Ossi.

Spätestens mit der Wiedervereinigung wollte aber kaum noch jemand aussehen wie ein Ossi, vor allem kein Jugendlicher, plötzlich warst du out, wenn du keine Markenklamotten trugst. MARKENKLAMOTTEN, ein Schlüsselwort jener Zeit, also der frühen Neunziger. Wer kein Geld hatte, sich diese Markenklamotten zu kaufen, wer aus einer Familie kam, die von der plötzlich um sich greifenden Arbeitslosigkeit betroffen war und die alten Ost-Jeans wieder auftragen musste oder (wie ich) billige Jeans der Karstadt-Eigenmar-

ke trug (die beschissen saßen), dazu Slipper mit Messingschnalle statt Markenturnschuhen (den Begriff „Sneakers" gab's zum Glück noch nicht), einfache Herrenhemden statt der neuesten Marken-T-Shirts oder Marken-Pullover, musste oft Hohn und Spott ertragen, wurde ausgeschlossen, galt als Außenseiter, war, wie man so sagte, „am Arsch", wurde vielleicht sogar für eine „Zecke" gehalten, und dann wurde es echt gefährlich. Fast alle Gruppierungen aus dieser Zeit trugen MARKENKLAMOTTEN, ob sie der Technoszene zugehörten oder modebewusste Faschos waren, Hools, Skater, Hip-Hopper, Sprayer, selbst Stinos, die weiter fleißig lernten, protzten mit weiten Marken-Jeans und New-Balance-Turnschuhen. WAS VERDAMMT NOCH MAL IST HIER LOS? – dachte ich oft, wenn ich wieder mal mit meinen billigen Klamotten in die Schule ging, ich war zwar keine ZECKE (ich fühlte mich eine Zeitlang aber durchaus als LINKER, wollte aber auch kein ALTERNATIVER sein, das waren für uns MÜSLIFRESSER und SPINNER), wie auf diesem Spießrutenlauf oft gemutmaßt wurde, hatte aber einen Freund, der war Punk. Und die, also die Punker, schissen auf Marken und jegliche Konventionen. Es gab auch noch Mode-Punks, aber die interessierten mich nicht wirklich. Es waren die echten Punks, vor denen ich großen Respekt hatte. Die waren alle ein paar Jahre älter als wir (also als ich und meine damaligen Freunde, aber dazu später mehr), und auch ein paar Jahre älter als mein Punker-Freund, nennen wir ihn W., der aber Zugang zum *inner circle* dieser wilden Horde hatte, die in Leipzig-Connewitz in besetzten Häusern hauste, sich Schlachten mit den Nazis lieferte, soff, auf alles schiss, immer mit einem Bein im Abgrund. Aber in dem liegt ja, frei nach Schiller, die Wahrheit. Als ich einmal für ein paar Tage in einem der besetzten Häuser bei meinem Freund W. übernachtete, spürte ich aber, dass dieser Abgrund, bei aller Freiheit, die er bot, nichts für mich war.

Mein Freund W. stand in einer Kneipe, die sich auch in einem besetzten Haus befand, unweit dem, in dem er mehr hauste als wohnte, hinter der Bar. Es gab, so erinnere ich mich, zwei Sektionen dieses illegalen Etablissements, eine war eher Alternativen vorbehalten, in der anderen tummelten sich Hardcorepunks, Drifter, Loner, von Drogen Gezeichnete, hier lief mir auch ein auf LSD Hängengebliebener über den Weg, den ich Jahre später in meinem ersten Roman „Als wir träumten", der zu großen Teilen Anfang/Mitte der 1990er Jahre spielt, in wenigen Zeilen porträtieren würde, auch mein Freund W., der seit vielen Jahren verschwunden ist, taucht kurz in einem Kapitel auf, er heißt dort „Werner, der Flaschenbeißer", weil er Bierflaschen mit den Zähnen entkorken konnte. Ich bewunderte diesen Entwurzelten, der nach der Wende einer der ersten Punks im Leipziger Osten wurde, sah aber auch sein Scheitern, er landete nach Jahren dieses entwurzelten Lebens kurzzeitig in einer psychiatrischen Einrichtung, bevor er dann wohl das Land verließ, es heißt, er sei nach Spanien gegangen.

Ich war, wie er, wie so viele meiner Altersgenossen, orientierungslos (meistens Jungs, deswegen das „Genossen", aber ich lernte auch Mädchen kennen, die waren oder wurden Verlorene, überlebten jene Jahre nicht oder starben später an den Folgen, auch dazu später mehr), wusste nicht, wohin. Welche Gruppierung bot Schutz, welche neuen Freunde konnten mir Halt geben? War es nicht doch besser, rechte Freunde zu haben? Obwohl die Punker ja hart drauf waren und einmal sogar für eine Art „Strafexpedition" in meinem Viertel anrückten, nachdem offensichtlich rechte Jugendliche mich mit Hockeyschlägern beinahe krankenhausreif geprügelt hatten (daher stehe ich dem Begriff „Baseballschlägerjahre" eher skeptisch gegenüber, es waren Jahre der Gewalt, Gewalt, die mit Demütigungen begann, wenn du eine Zecke ohne Markenklamotten warst, und sich in Schlägen mit Fäusten und allen erdenklichen Gegenständen manifestierte, Baseballschläger waren auch darunter).

Beinahe alle (Jugendlichen) waren eher rechts in jenen Jahren nach der Wende, also in meinen südöstlichen Stadtvierteln, in Reudnitz, in Anger-Crottendorf, in Sellerhausen, Schönefeld, der Neustadt, überall wurde die häufige Frage „Biste links oder rechts?" ganz klar mit „rechts" beantwortet (diese Rechts/links-Frage hatte quasi die berühmte, relativ unpolitische Leipziger Frage „Chemie oder Lok?" ersetzt), aber meine Freunde und ich waren irgendwo dazwischen, waren weder „links" noch „rechts". Wir hörten Techno, also

tanzbare elektronische Musik, und irgendwie war das unsere Rettung.

Die existenzielle Verlorenheit von vielen von uns, die zur Wende 12 bis 15 waren, ist schwer zu erklären. Kamen die meisten der „Crashkids" beispielsweise aus schon vor der Wende zerrütteten Familien? War die Massenarbeitslosigkeit der Elterngeneration ein Grund für diese Orientierungslosigkeit, das Wegfallen der alten Regeln und Wahrheiten, die ja schon in der Pionierorganisation „Ernst Thälmann" und der FDJ den Kindern und Jugendlichen verkündet wurden? Der Wegfall der sozialistischen Rundumversorgung mit Arbeitsgemeinschaften, Sportangeboten, mehr oder weniger vorgezeichneten Lebenswegen?

Auffällige Kinder und Jugendliche wurden vor der Wende ja sehr schnell wieder „eingenordet", wie man so schön oder unschön sagt, da waren Heime oder Jugendwerkhöfe nur die absoluten Extreme, der oft bemühte Slogan „Das hätte/hat es im Osten nicht gegeben" barg schon mehr als ein Körnchen Wahrheit in sich. (Wobei ich mir, wenn ich an einen Freund denke, der an einer Überdosis Heroin starb, der Sucht in den Neunzigern komplett erlag, recht sicher bin, dass es auch genug andere Möglichkeiten gegeben hätte, sich zugrunde zu richten, wenn die Wende nicht gekommen wäre, der ostdeutsche Abgrund, Ginnungagap, nicht mit Drogen geflutet worden wäre. Das realexistierende Elend des Kapitalismus vs. die Repressionen und Auswüchse der sozialistischen DDR ist ein Kampf, der nicht zu gewinnen ist, von niemandem, „Kein Ort, nirgends" für die Verlierer, die durchaus auch im Aufbruch weggerissen werden konnten und auch wurden.)

Crashkids knackten Autos in den Nachwendejahren, Westmarken, versteht sich (wer wollte schon mit Wartburg oder Moskwitsch durch die Leipziger Straßen jagen?), und fuhren diese Autos meistens am Ende ihrer Spritztouren zu Schrott, manchmal ließen sie sie einfach irgendwo stehen, Crashkids waren 13, 14, 15, nur selten älter, Crashkids waren Stars, denn einige von ihnen wurden in einer Ausgabe der „Bravo" porträtiert, durch die auch ich (so erinnere ich mich) das erste Mal von ihnen hörte beziehungsweise las, obwohl die Gerüchte und Geschichten im Viertel kursierten, wanderten, Legenden wurden, wer wo was machte, je krasser, desto angesehener. WARUM? Was trieb diese beinahe noch kindlichen Verlorenen an? Einer von ihnen berichtete von einer „Grundtraurigkeit", woher kam die? Stand sie doch im Gegensatz zur immer noch herrschenden Aufbruchstimmung (der ja schon bald eine Ernüchterung folgte, die Neunziger zogen ihre seltsame Energie aus diesen beiden Extremen, Aufbruch vs. Ernüchterung, Tanz auf den Trümmern des Sozialismus vs. Schicksalsschläge in postindustriellen/postsozialistischen Zeiten).

Wenn diese Crashkids nicht mehr regelmäßig zur Schule gingen, so interessierte das in den Nachwendejahren 1990, 1991, 1992 kaum jemanden. An vielen Schulen herrschten Ausnahmezustände. Ich erinnere mich, wie mir ein guter Freund, einer der Brüder K., die ich in meinem Buch „Gewalten" verfremdet porträtiert habe (die beiden Brüder tauchen dort als LB/Little Boy und BB/Big Boy auf), einmal erzählte, wie er ins Direktorenzimmer zitiert wurde und dort dann dem Direktor der Schule einen Stuhl ins Gesicht warf, beide Brüder verließen die Schule nach der 8. Klasse, wurden aber auch mehr oder weniger gegangen, 1991 muss das gewesen sein. Ihr Vater war ein relativ wohlhabender Kohlenhändler, eine Legende in den Kneipen der Vorstädte, Reudnitz, Schönefeld, Neustadt/Volkmarsdorf. Mit dem DDR-Staat hatte er nichts am Hut, schöpfte ab, wo er konnte, hatte, so hieß es, „Knast-Erfahrung", seine Unterarme waren tätowiert, er kannte die auch schon vor der Wende existierende Unterwelt, war ein kleiner König in der subproletarischen Welt der Kohlenhändler, konnte zupacken und zuschlagen, war gewitzt, „fischelant" wie der Sachse sagt, war nach der Wende keineswegs ein „Wendeverlierer" (ein damals gängiger Begriff), ließ seine Söhne aber machen. Einem Lehrer einen Stuhl ins Gesicht schleudern, warum nicht? Die Obrigkeit wurde nach wie vor argwöhnisch beäugt, die alte Welt der DDR-Eckkneipen und Taschentuchdielen überlebte sich in diesen Vierteln noch um Jahre, nur dass der Ton und der Umgang miteinander noch rauer und zügelloser wurden, die Gewalt zunahm, in den Familien, in den Kneipen, in den Hinterhöfen, in den nächtlichen Straßen, Parallelwelten waren das, immer noch proletarisch im untergehenden beziehungsweise verschwindenden Proletariat, das

nun auf dem Papier keinen eigenen Staat mehr hatte (und ja realexistierend nie gehabt hatte), das waren die Welten, das waren die Spannungen, in denen wir und zwischen denen wir aufwuchsen in den Wende- und Nachwendejahren, als wir träumten.

Meine Freunde und ich, um darauf, wie versprochen, zurückzukommen, fanden Aufbruch und Anarchie zugleich im TECHNO, der elektronischen Musik, die Anfang bis Mitte der Neunziger in die Industriebrachen beziehungsweise die frisch verlassenen Werke einzog, auch in leerstehenden Villen wurde gefeiert und aufgelegt. Vielleicht war das Bestreben, etwas Ähnliches aufzuziehen wie die, die diese heute legendären Läden wie die „Basis" oder die „Distillery" betrieben, legal und illegal, meine beziehungsweise unsere Rettung, gab uns Fokus, zeigte uns, was nun möglich war, denn all das wäre ja in der DDR schlichtweg unmöglich gewesen. Wie schnell wird heute vergessen, dass ja von der Band Renft bis zum Punk so viel kaputtgemacht wurde durch eine Kulturpolitik, die von engstirnigen Apparatschiks bestimmt wurde (von der realexistierenden beziehungsweise verdeckten Zensur in der deutschen Literatur der DDR wusste ich damals noch nichts). Der Beat der Neunziger, in dem wir uns bewegten, war der TECHNO, war elektronisch.

Rettung bedeutete das aus zwei Gründen. Erstens: Als wir 1993/94 begannen, illegale Technopartys in leerstehenden Fabriken zu veranstalten, wurden wir mit einem gewissen Respekt behandelt, diejenigen, die uns vorher das Leben schwer machten, Gangs, Schläger, Halbkriminelle, Jugendliche, die mit ihren Bekanntschaften zu Schlägern und Gangs prahlten und diese auch nutzten, kamen plötzlich zu uns, zahlten Eintritt, tanzten, bezahlten für ihre Getränke, akzeptierten uns, auch, weil wir einige Schläger bezahlten, damit sie an der Tür aufpassten. Das Ganze war ja illegal, Polizei kam ständig vorbei, meinte aber meist nur lapidar: „Macht nicht ganz so laut, sorgt dafür, dass nicht zu viele Leute auf der Straße stehen."

Zweitens: Hier, im wummernden Beat der Techno-DJs, war er spürbar, der Aufbruch in etwas Neues, die Reste einer Anarchie, das Ausloten aller neuen Möglichkeiten, eine neue Offenheit, wir waren doch jung und hatten alle Chancen! Was gingen uns die Probleme der Elterngeneration an (die uns natürlich dennoch etwas angingen)? Plötzlich fühlten wir uns in den Industriebrachen der Leipziger Vorstädte wie in Detroit, Chicago, London, Rotterdam, den Hochburgen der elektronischen Musik und ihrer Partykultur, hier, im Blitzen des Stroboskops und im Wabern des künstlich erzeugten Nebels, spielte der neue, kapitalistische Leistungsdruck noch keine Rolle, war verbannt, so wie die alten sozialistischen Dogmen und Bestimmungen, die ja auch Lebensein- und -übergriffe waren, verbannt waren, die allerdings auf ewig, auch wenn es vorkam, dass wir ehemalige Lehrer, die als Parteisekretäre oder Pionierleiter tätig gewesen waren, als ABM-Kräfte oder Hilfsarbeiter wiedertrafen (oft machten wir, vom Jugendrichter, der meistens eine Frau war, dazu verdonnert, Arbeitsstunden in Sozialeinrichtungen, Jugendclubs, das waren Orte, wo ABM-Kräfte im Einsatz waren), Ironien der Schicksale. Ich muss zugeben, dass mir die Ewig-Gestrigen, die „Rot-Gebliebenen" unter ihnen, sympathischer waren als die sogenannten Wendehälse, aber man musste ja sehen, wo man bleibt. Unter uns (also der Wohnung meiner Mutter) wohnte beispielsweise ein tatsächlich widerwärtiger Ex-Stasi, der nun als Kondomvertreter tätig war und einen westdeutschen Investor für irgendwas zur Untermiete bei sich wohnen ließ, der mich einmal aus nichtigem Anlass (irgendein Lärm, der von meinem Zimmer ausging) mit einem „Steh nicht da wie so ein Ostprinz" zusammenfaltete, aber dort, inmitten der Tanzenden, der Ekstatisch-sich-Bewegenden, die unentwirrbar in Nebel und Licht miteinander verbunden schienen, war all das vergessen, zählte nur die Nacht, der, so dachten wir, endlose andere Nächte folgen würden, eine Art ALLNEUNZIGER (den Begriff habe ich mir von der serbisch-deutschen Schriftstellerin Barbi Markovic geborgt, die ihn in ihrem Roman „Die verschissene Zeit" verwendet, der in Belgrad spielt, aber dort sind die Neunziger noch krasser, Jugoslawien war zerfallen, ein weiteres „Land, das es nicht mehr gibt", Kriege tobten, Warlords wie Arkan der Tiger regierten die Straßen, die Inflation zerfraß alles, aus Nachbarn wurden Feinde, was ahnten wir, die wir auf den Trümmern des Sozialismus tanzten, schon von diesem Grauen, erst Jahre später

wurde es mir bewusst), ein nicht enden wollender Rausch, aber meist reichte zur Ernüchterung ein Rollkommando von Schlägern, die die illegale Party/Disco angriffen, ein Kurzschluss im Stromhäuschen, das wir aufgebrochen hatten, aber das waren doch nur die Mühen der Gebirge, frei nach Brecht, denn in irgendwelchen Ebenen sahen wir uns nicht.

Ich erinnere mich, wie an einem Abend, als wir wieder eine Party veranstalteten (in einer leerstehenden Getriebe-Fabrik am östlichen Stadtrand, es muss im Spätsommer 1994 gewesen sein, die Flyer, die wir angefertigt und in den einschlägigen Szeneläden und Kneipen und Diskotheken verteilt hatten, sind längst verloren), ein Auto das angelehnte Tor zum Fabrikhof förmlich aufstieß, mit der Schnauze gegen das Metall donnerte, dann, als wäre nichts gewesen, langsam vor das zweistöckige Fabrikgebäude fuhr, das wir okkupiert hatten, im ersten Stock war ein Bar-Raum eingerichtet, im Obergeschoss der Dancefloor, beides zu erreichen über eine enge schuttübersäte Treppe. Das Eintreffen dieses offensichtlich gestohlenen Autos sorgte für Aufsehen, da waren sie, die Outlaws des Viertels, die, die sich keiner Gang beugten, keinen Respekt vor den Banden hatten, da waren die Outlaws, deren Freunde, Kollegen, Bekannte bereits tot und begraben waren, gestorben in Crashs, verbrannt, aber auch durch Drogen kaputtgegangen, frühzeitig gealterte Jugendliche, die, trotzdem sie körperlich keine Riesen waren, gefährlich wirkten, und die Outlaws fragten nach mir! Ich erinnere mich nicht genau, warum ich in diesem Augenblick nicht am Eingang stand, denn da (oder hinter der Bar) war mein Platz, vielleicht war ich oben auf dem Dancefloor, beim DJ, vielleicht war ich auch oben auf dem Dach (es gab einen Zugang zum Dach, den nur wir kannten, man stelle sich vor, das Dach wäre frei zugänglich gewesen, es wäre mit Sicherheit zu Todesstürzen gekommen), die anderen Gebäude der Fabrikanlage, die an eine Bahntrasse grenzte, lagen in vollkommener Dunkelheit, wirkten wie die bezinnten Mauern einer Burg, Türme erhoben sich über diesen Mauern, die kleine Schornsteine waren, unser Gelände, denn wir betrachteten es als unser „Refugium", frei nach dem Gewohnheitsrecht (sonst war ja niemand dort, und war es nicht zuvor VOLKSEIGENTUM gewesen?), ja, wahrscheinlich stand ich auf einem unserer Dächer und schaute in die Nacht, die Lichter der Stadt waren weit weg, wir befanden uns am Rand, an der Peripherie, ab und an rumpelte ein Güterzug über die Strecke, wohin?, fragten wir uns, fragte ich mich, aus alter, kindlicher Gewohnheit die Waggons zählend, die kaum erkennbar waren, unförmige Schemen nur, vielleicht auch zu den Sternen blickend, oft saß ich, saßen wir nachts auf den Dächern dieser Fabrik, unserer Burg, und blickten zu den Sternen, ganz ohne Kitsch, hier waren wir sicher, hier tranken wir und träumten wir und versuchten so etwas wie einen „Überblick" zu bekommen, waren wir wirklich gefangen in den ALLNEUNZIGERN?

„Die Outlaws waren da", hörte ich, als ich zurückkam. „Sie haben nach dir gefragt. Sind wieder vom Hof gefahren, als du nicht kamst. Sie wollten nur mit *dir* reden, nur reinkommen, wenn du da bist, du hättest ihnen freien Eintritt versprochen." Und ja, das hatte ich. Und wollte an diesem Abend nur wissen, ob ein Mädchen bei den Outlaws im Auto saß. Denn ich war verliebt in dieses Mädchen, das mit den Outlaws rumzog (wie zuvor versprochen nun kurz die Geschichte eines Mädchens). Sie ging auf dieselbe Schule wie ich, war eine Klasse unter mir. Im Jahr der Wiedervereinigung, 1990, deutete nichts, aber auch gar nichts, darauf hin, dass sie 1991, 1992 und 1993 vollkommen haltlos sein würde, in geknackten Autos sitzen würde, sie erlangte eine traurige Berühmtheit im Viertel, als eins dieser geknackten Autos (ich denke sogar, dass ich den Fahrer kannte) in einen schweren Unfall verwickelt war, der sie ins Koma brachte, einige Wochen schlief sie wohl, wie in einem dunklen Märchen. Sie erzählte mir die krassesten Sachen, dass sie ab und an anschaffen würde in der „Allee der schönen Augen", sie war verloren, aber auch einzigartig, ein trauriger Engel, wie ihn nur diese Zeit der Nachwendejahre hervorbringen konnte, ein trauriger, dennoch wilder, aber auch naiver, aus dem Koma erwachter Engel, dem ich verfiel, auch wenn ich ihn, also diesen Engel, nur kurz kannte, bevor auch er verschwand, das Auto der Outlaws wendete, durchs eiserne Tor wieder vom Hof der Fabrik fuhr, das Wummern der Bässe hinter sich lassend. Dreißig Jahre später erfuhr ich vom Tod dieser jungen Frau (irgendwann Anfang der 2000er war sie an einer Überdosis ge-

storben), die mir, obwohl ich nur ein Jahr älter war, wie eine kleine Schwester war: unerreichbar, verloren und doch voller Furor und Kraft und Liebe, leider meist nur für die Falschen.

Eine wesentliche Figur dieser Zeit war Steffen K., einige Jahre älter als wir, für uns so etwas wie ein großer Bruder (so wie auch die Techno-DJs, die wir buchten, lokale Berühmtheiten, wie große Brüder waren, die sicher oft über uns lächelten, Techno-Kids, die einen auf Club machen wollten, sich als DJs versuchten), er betrieb einen kleinen Plattenladen (auch ein eigenes Label für die härteste Version des Techno, Gabba oder auch Hacke genannt, Hardcore), erst in der Innenstadt, dann in unserem Viertel, er ließ uns dort abhängen, obwohl nur einer von uns regelmäßig Platten kaufte, er lieh uns sogar seine Technics-Plattenspieler und Boxen, obwohl er keinerlei Sicherheiten hatte, er vertraute uns, machte Werbung für unsere Partys, vermittelte Kontakte zu DJs, die ganze sogenannte Szene verkehrte bei ihm, inklusive einiger Durchgeknallter, einer von ihnen nannte sich „Terror", tanzte auf der Straße, quatschte jeden an, war meist auf irgendetwas, wir verehrten ihn, er machte sein Ding, schien nicht gesellschaftsfähig, das respektierten wir. (Auch ich hatte nicht das Ziel, gesellschaftsfähig zu werden, was immer das auch meinte, ließ mir direkt nach dem Abitur von einem jugendlichen Knastologen, so nannten wir die, die einschlägige Gefängniserfahrung hatten, eine Eidechse auf den Unterarm tätowieren, damals gab es noch keine Tattoostudios an jeder Ecke.) Ohne diese vollkommen unorthodoxen Visionäre wie Steffen K. wäre die Zeit „nach der Wende", wie es in „Als wir träumten" heißt, wahrscheinlich vollkommen explodiert, mehr noch, als sie es ohnehin tat, viele der Jüngeren in einen Strudel riss, zu viel war plötzlich möglich, zu viel war plötzlich weg, allein gelassen drifteten einige plötzlich hilflos …

Zu viel wäre noch zu berichten, denn es gibt sie nicht, „die Neunziger", und es gibt auch nicht „das Lebensgefühl der Neunziger", diese Jahre waren wie ein zersplitterter Spiegel (so wie vielleicht auch dieser Text), in dem sich alles vielfach und unübersichtlich bricht, aber dennoch: Manches wäre noch zu berichten, über diesen oder jenen Menschen, dieses oder jenes Extrem, über die Jahre des AUFBAUS der Stadt L., die sich ja zur Wendezeit in einem Status des Zerfalls befand. Ich ging nach dem Abitur auf den Bau, erlebte auch diese Aufbauphase neu, das große Immobilien-Roulette war da schon längst im Gange, es war, als würden diese Neunziger nie enden wollen, dabei waren sie vielleicht schon 1996 zu Ende, als die Freiräume endgültig wegbrachen, die Polizei uns nicht mehr machen ließ. Aber dennoch: Vieles wäre noch zu erzählen, denn es war eine Zeit voller Geschichten (wir sehen es ja auch daran, dass die Schriftsteller und Schriftstellerinnen in ihren Werken immer wieder in sie zurückkehren), große, kleine, tragische, komische, voll Pathos, voll Trauer, voll Resignation, voller Hoffnungen und Träume, und ja, auch voll von den Verlorenen, den Verschwundenen, an die ich mich immer wieder erinnere.

„Seid ihr aus dem Osten?"

„Ja, natürlich!"

CLEMENS MEYER
ist Schriftsteller. Sein jüngstes Buch „Die Projektoren" erschien 2024 bei S. Fischer.

Zum Weiterlesen.

bpb.de/shop



Philipp Ther
Das andere Ende der Geschichte
Über die große Transformation

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 10635 | 5 €



Martin Aust / Andreas Heinemann-Grüder / Angelika Nußberger / Ulrich Schmid
Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg
Besichtigung einer Epoche

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 11019 | 5 €



Manfred Schneider (Hrsg.)
Geschichten, die die Wende schrieb
Biografien, Erzählungen, Interviews

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 11219 | 5 €

CHINAS VERGESSENES JAHRZEHNT

Jiang Zemin und die 1990er Jahre

Frank Dikötter

Die neuere Geschichte Chinas ist im Westen noch viel zu wenig erforscht. Der Grund ist meiner Meinung nach offensichtlich: Die Menschen wollen lieber etwas über das heutige China und vor allem über das China der Zukunft erfahren. Für sie lautet die wesentliche Frage, was passieren wird – unabhängig davon, was in der Vergangenheit war. Dieses Desinteresse geht einher mit dem verbreiteten Vorurteil, dass die Menschen in China selten zurückblicken, sondern immer nur nach vorne schauen und sich kaum für ihre eigene Vergangenheit interessieren.

Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wer schon einmal längere Zeit in China verbracht hat, weiß, dass dort Menschen aller sozialen Schichten unaufhörlich über ihre eigene Geschichte sprechen, auch wenn das, was sie sagen und lesen dürfen, vom Staat stark eingeschränkt wird. Im Grunde handelt es sich bei diesem Vorurteil also um das, was in der Psychologie als „Projektion" bezeichnet wird, oder anders ausgedrückt: Wir schreiben anderen unsere eigenen Motive zu, in diesem Fall ein mangelndes Interesse an der Geschichte eines riesigen Landes.

Das trifft besonders auf die 1990er Jahre zu. Ein Jahrzehnt zuvor hatte Deng Xiaoping als „Überragender Führer" eine Politik der „Reform und Öffnung" begonnen und einen Kurs eingeschlagen, der das Land von seinem maoistischen Erbe wegführte. Doch dieser Erneuerungsprozess kam am 4. Juni 1989 zum Erliegen, als 200 Panzer auf dem Tiananmen-Platz der Demokratiebewegung ein jähes Ende bereiteten. Auch das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gilt als Wendepunkt: China trat der Welthandelsorganisation (WTO) bei und entwickelte sich zu einem wirtschaftlichen Koloss, dem selbst die globale Finanzkrise 2008 und der daraufhin einsetzende gravierende wirtschaftliche Abschwung nichts anhaben konnten.

„FRIEDLICHE EVOLUTION"

Jiang Zemin, der im Sommer 1989 an die Macht kam und die 1990er Jahre maßgeblich prägte, wird oft als Randfigur dargestellt. Mit seiner übergroßen eckigen Brille, die sein breites Gesicht einrahmte, und den Hosen mit hohem Bund, der weit über seinem markanten Bauch saß, wirkte Jiang wie ein harmloser Bürokrat, noch dazu, wenn er im Small Talk mit ausländischen Gästen seine aus wenigen Wendungen bestehenden Fremdsprachenkenntnisse zur Schau stellte. Doch hinter dem umgänglichen und jovialen Auftreten steckte ein überzeugter Marxist-Leninist. Er, nicht sein Vorgänger Deng Xiaoping, machte China zu dem Land, das wir heute kennen. Deng gilt als „Architekt des modernen China", doch eigentlich sollte dieser Titel Jiang gebühren.

Kaum hatte Jiang Zemin die Führung übernommen – zu einem Zeitpunkt, als immer noch Panzer an allen wichtigen Kreuzungen um den Tiananmen-Platz positioniert waren –, warnte er vor den Gefahren einer „friedlichen Evolution". Im Zentraldokument Nummer 7, das vom Zentralkomitee am 28. Juli 1989 veröffentlicht wurde, erklärte er, die Demokratiebewegung sei eine kapitalistische Verschwörung, „ein geplanter, organisierter und vorsätzlicher politischer Umsturz", der aus einer „landesweiten Ausbreitung der bürgerlichen Liberalisierung und internationaler antikommunistischer, antisozialistischer Kräfte" resultiere, die versuchten, „das Land politisch und ideologisch zu unterwandern". Das Konzept der „friedlichen Evolution" wurde 1957 vom US-Außenminister John Foster Dulles formuliert und zielte darauf, in den Ländern des Sowjetblocks die Demokratisierung mit nicht-militärischen Mitteln wie wirtschaftlicher Hilfe zu fördern. Die Angst vor der „friedlichen Evolution" ist im Politbüro der KPCh immer noch präsent und leitet seine Politik bis heute, wie der Aufbau eines ausufernden Sicherheitsapparats und das ausgefeilte Überwachungssystem zeigen.

„PATRIOTISCHE ERZIEHUNG" UND EINHEITSFRONT

Bereits Deng hatte hin und wieder Kampagnen gegen das „Gift" aus dem Westen geleitet, etwa die „Kampagne gegen geistige Verschmutzung" 1983, doch Jiang machte die „patriotische Erziehung" auf allen Ebenen des Schulsystems zur Pflicht. Jedes Kind musste immer wieder denselben Satz wiederholen: „Liebe das Land, liebe das Volk und liebe die Kommunistische Partei Chinas." Zur Jahrtausendwende war die „patriotische Erziehung" in der Parteipropaganda allgegenwärtig, von Schulbüchern über Radiosendungen bis hin zur Fernsehunterhaltung. Es gab hundert patriotische Filme, hundert patriotische Lieder, hundert patriotische Bücher – allesamt vom Staat vorgeschrieben. In Hongkong wurde die patriotische Erziehung zur Pflicht, als 2020, ein Jahr nach der Niederschlagung der Proteste im Hafen der Stadt, das Gesetz zur Bewahrung der nationalen Sicherheit eingeführt wurde.

Eine neu belebte Einheitsfront verbreitete die patriotische Botschaft der nationalen Einheit im Ausland. Wie jede Kommunistische Partei hatte auch die KPCh immer eine Einheitsfront, die aus einem weit verzweigten Netzwerk von Gruppen bestand, die von der Partei eingespannt wurden, um einflussreiche Politikerinnen und Politiker sowie Institutionen ins Visier zu nehmen, Informationen zu sammeln, Propaganda zu verbreiten, eine potenzielle Opposition zu kontrollieren und ganz allgemein ihre Ziele im In- und Ausland voranzutreiben. „Wir müssen uns auf die Einheitsfront stützen, um die Verschwörung der Unterwanderung, Subversion und friedlichen Evolution zu vereiteln, die von feindlichen Kräften im In- und Ausland betrieben wird", warnte Jiang Zemin im Juni 1990. Trotz einer rigiden Sparpolitik richtete er eine Abteilung für Auslandspropaganda ein, die eine üppige finanzielle Ausstattung erhielt. Die Einheitsfront ist heute mächtiger und aktiver denn je, Tausende mit ihr verbundene Organisationen sind in Demokratien weltweit aktiv und in Wirtschaftsverbänden, Diaspora-Gemeinschaften, akademischen Einrichtungen und allen möglichen anderen Organisationen tätig.

„DIE POLITIK STEHT ÜBER ALLEM"

Deng ist für den Ausspruch bekannt, es spiele keine Rolle, ob eine Katze schwarz oder weiß sei, Hauptsache, sie fange Mäuse. Er forderte wiederholt dazu auf, „mehr über Wirtschaft und weniger über Politik" zu reden. Auf der Plenartagung des Zentralkomitees 1995 stellte Jiang das Motto des alternden Patriarchen über die Bedeutung der Wirtschaft auf den Kopf und betonte, dass „politische Arbeit die Lebensader aller wirtschaftlichen Arbeit" sei. Nach seinem Dafürhalten sollte der Schwerpunkt wieder bei der Politik liegen. „Die Politik steht über allem" sollte in den folgenden Jahrzehnten zur zentralen Parole werden. Auf dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie waren Slogans zu sehen, die erklärten: „Politik steht an erster Stelle, Wissenschaft an zweiter."

Deng Xiaopings wichtigster Beitrag zur chinesischen Politik waren die „Vier Grundprinzipien" gewesen, die 1982 in der Präambel der Verfassung verankert worden waren. Diese Prinzipien schränkten den Spielraum für Reformen ein und schrieben vor, dass das Land „den sozialistischen Weg einhalten, die demokratische Diktatur des Volkes aufrechterhalten, die Führung der Kommunistischen Partei wahren sowie den Marxismus-Leninismus und die Gedanken Mao Zedongs hochhalten" müsse. Auch Jiang war ein überzeugter Marxist-Leninist, doch vor allem wollte er dafür sorgen, dass die Partei stets die Kontrolle über die Wirtschaft behielt. Auch als ausländische Beobachter 1993 begannen, den Begriff „Übergang" zu verwenden, weil sie glaubten, China würde von der Planwirtschaft abrücken und sich dem Markt öffnen, stärkte Jiang den staatlichen Sektor. Und als Asien 1997 von einer wirtschaftlichen Schockwelle erschüttert wurde, die Malaysia, die Philippinen, Indonesien und Südkorea traf und nach Jahren massiven Wachstums das „asiatische Wirtschaftswunder" beendete, konnte Jiang Zemin eine Politik durchsetzen, die als „Das Große ergreifen und das Kleine loslassen" bezeichnet wurde.

Nach dem Motto „Big is Beautiful" sollten Zehntausende kleine, ineffiziente staatliche Fabriken zu Branchengiganten zusammengefasst werden. Anstatt den Unternehmergeist zu fördern, verließ sich die Partei darauf, dass ihre Bürokraten die zukünftigen „Champions" schon erkennen würden, und unterstützte diese mit massiven staatlichen Subventionen, um sie zu „nationalen Vorzeigeunternehmen" zu machen, die dann im Ausland an die Börse gingen. China Telecom, ein durch die Fusion mehrerer kleiner Unternehmen aus den Provinzen entstandener Gigant, der im



Jiang Zemin im August 1990

Quelle: Getty Images | Forrest Anderson

Oktober 1997 an den Börsen von Hongkong und New York notiert wurde, wies den Weg in die Zukunft: Eine zersplitterte Branche wird durch die Zusammenführung kleiner Unternehmen zu einem großen Konglomerat und erhält ein von der chinesischen Zentralbank überwachtes Konto. Dann werden die Ersparnisse der einfachen Bevölkerung dorthin gelenkt und ausländische Finanzdienstleister genutzt, um die Einhaltung des internationalen Finanz- und Gesellschaftsrechts sicherzustellen und eine kleine Anzahl hochpreisiger Aktien auf der Grundlage des zukünftigen Werts an ausländischen Börsen zu verkaufen. Dabei behielt die Kommunistische Partei die Kontrolle über jede Phase des Prozesses und dominierte den Vorstand.

Im Jahr 2000 führte Jiang die Idee des „Dreifachen Vertretens" ein, die später als sein zentrales ideologisches Vermächtnis angesehen wurde und wie Deng Xiaopings „Vier Grundprinzipien" Aufnahme in die Verfassung fand. Im Ausland begrüßte man diese Entwicklung, weil man vor allem wahrnahm, dass sie private Unternehmer ermutigte, in die Reihen der Partei einzutreten, und sie als weiteren Beleg für eine Hinwendung zum privaten Sektor deutete. Dabei war das übergeordnete Ziel des „Dreifachen Vertretens" klar, auch wenn der genaue Wortlaut bewusst vage gehalten war: Die Partei muss an der Macht bleiben und die absolute Vorherrschaft über alle Lebensbereiche wahren. Die KPCh vertrete *erstens* die „fortschrittliche Kultur" des Landes, *zweitens* die „grundlegenden Interessen der Mehrheit des Volkes" und *drittens* „die führenden Produktivkräfte".

In typisch Orwell'scher Doppelzüngigkeit war das „Dreifache Vertreten" darauf ausgelegt, den Einfluss des Staates auf den privaten Sektor auszuweiten, anstatt ihn abzubauen. Die Strategie sah zudem vor, dass in allen privaten Unternehmen Parteizellen eingerichtet werden sollten, um eine engmaschige Überwachung zu gewährleisten. Bis 2004, dem Jahr, in dem Jiang schließlich von seinem letzten Amt als Vorsitzender der Militärkommission zurücktrat, hielten staatliche Unternehmen 96 Prozent aller Vermögenswerte der 500 größten Unternehmen in China.

„HINAUS IN DIE WELT"

Bereits Lenin hatte viele Jahrzehnte zuvor seine Genossen gedrängt, die Sowjetunion mit dem Kapital ausländischer Kapitalisten aufzubauen. Deng Xiaoping hatte auf der Suche nach ausländischem Kapital und Know-how Sonderwirtschaftszonen eingerichtet. Doch Jiang ging noch viel weiter. Es reiche nicht aus, so seine Einschätzung 1997, ausländische Unternehmen zu ermutigen, in China zu investieren und Fabriken zu errichten. Der Staat müsse zudem „starke inländische Unternehmen aktiv anleiten und organisieren, damit sie ins Ausland gehen, um dort zu investieren und Fabriken zu errichten und dabei globale Märkte und Ressourcen zu nutzen". „Going Out", auch „Going Global" genannt, wurde auf allen Ebenen befürwortet und schließlich Teil des Fünfjahresplans von 2001.

Einer der ersten, der „in die Welt hinaus" ging, war Hu Jintao, der im November 2002 Jiang Zemins Nachfolger als Generalsekretär der Kommunistischen Partei wurde. Er reiste nach Lateinamerika, Südostasien und Afrika, um seinem Land die nötigen Treibstoffe zu sichern, da-

mit die Wirtschaft weiterhin auf Hochtouren laufen konnte. Auf ihn folgten bald Heerscharen von Vermessungsingenieuren, Prospektoren und Ingenieuren im Auftrag staatlicher Unternehmen, die von staatlichen Banken bevorzugt finanziert wurden. Vor 2001 hatten etwas mehr als 200 chinesische Unternehmen im Ausland investieren dürfen, innerhalb von drei Jahren vervierfachte sich ihre Zahl.

„GO WEST"

Aber warum eigentlich aus dem Ausland importieren, wenn es im Nordwesten des Landes noch so viele unerschlossene Rohstoffe gab? Vor allem die Region Xinjiang war reich an Öl, Erdgas und Kohle sowie an wertvollen Mineralien. Allerdings war die Region ein Unruheherd, und es kam häufig zu Zusammenstößen zwischen Uiguren und chinesischen Siedlern. Über die alte Seidenstraße gelangten aus den Nachbarländern Afghanistan und Pakistan Waffen, Sprengstoff und religiöse Traktate ins Land. Nachdem 1997 in mehreren Städten Unruhen ausgebrochen waren, griff die Regierung hart durch: In den folgenden Jahren kam es zu Tausenden von Verhaftungen, schätzungsweise 190 „Separatisten" wurden hingerichtet.

Als die NATO 1999 aus humanitären Gründen in den Kosovo-Krieg eingriff, befürchtete Beijing, der Westen könnte auch ethnische Unruhen innerhalb der eigenen Landesgrenzen als Vorwand nutzen, um einen Regimewechsel oder sogar eine erzwungene Teilung zu rechtfertigen. Jiang Zemin warnte vor feindlichen ausländischen Kräften, die versuchten, das Land zu spalten. „Es ist daher unsere heilige Aufgabe und Pflicht, die große Einheit der 56 Nationalitäten Chinas zu bewahren", erklärte er am Vorabend der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der kommunistischen Herrschaft. Einige Monate später schlug er vor, „Go Global" um eine weitere Initiative zu ergänzen, nämlich „Go West", und sagte für den 10. Fünfjahresplan 100 Milliarden Yuan pro Jahr zu. Öl und Baumwolle standen ganz oben auf der von den staatlichen Planern erstellten Liste. Die Gesamtstrategie zur Entwicklung der westlichen Regionen der Volksrepublik war auf fünfzig Jahre angelegt. Die finanzielle Förderung ging mit noch härteren Maßnahmen zur Unterdrückung lokaler Unruhen einher. 2019 waren mehr als eine Million Uiguren und Angehörige anderer muslimischer Minderheiten für bis zu zwei Jahre in Umerziehungslagern inhaftiert worden, was etwa einem Zehntel der uigurischen Bevölkerung entsprach.

DIE WTO RETTET DIE WIRTSCHAFT

Auf allen Ebenen, von den Grundschulen bis hin zur Auswahl der nationalen Champions, baute Jiang die Macht des Staates nach marxistisch-leninistischen Prinzipien weiter aus. Doch seine größte Errungenschaft war zweifellos der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation 2001. Zur Jahrtausendwende, nach einem Vierteljahrhundert der „Reform und Öffnung", war der ländliche Raum zahlungsunfähig, waren die vier Staatsbanken durch faule Kredite gelähmt und die staatlichen Unternehmen insgesamt nicht in der Lage, Gewinne zu erwirtschaften. 1976 hatte China laut Weltbank beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weltweit auf Platz 123 gelegen. 2001 war die Volksrepublik auf Platz 130 abgerutscht. Der Internationale Währungsfonds meldete zwar leicht abweichende Zahlen, betonte jedoch ebenfalls, dass die Pro-Kopf-Leistung in China kaum mit dem globalen Wachstum Schritt gehalten habe. Die Zahlen mochten angesichts mangelnder Transparenz und fehlender unabhängiger Wirtschaftsprüfer zweifelhaft sein, offenbarten aber dennoch das schleppende Tempo dessen, was einige ausländische Beobachter als „Wirtschaftswunder" bejubelten.

Die Welthandelsorganisation rettete praktisch die chinesische Wirtschaft. Das reale Wachstum stieg ab 2001 rasant. Die in der WTO vorherrschende Überzeugung, dass eine Mitgliedschaft Chinas zu weiteren Reformen im Land führen würde, war so groß, dass China beitreten durfte, ohne seinen Wechselkurs freizugeben, seine Kapitalbilanz konvertierbar zu machen oder die Staatsunternehmen zu reformieren. Da der Staat alle Produktionsmittel – von Rohstoffen, Land, Arbeitskräften und Energie bis hin zum Kapital – direkt oder indirekt kontrollierte, konnte er unbegrenzt Subventionen gewähren, ob versteckt oder offen. Er kontrollierte zudem die Währung, indem er riesige Mengen an Dollar aufkaufte. In der Folge konnte bei der Textilherstellung nicht einmal Bangladesch mit China konkurrieren. In nicht einmal einem Jahr stieg der Handelsüberschuss gegenüber den Vereinigten Staaten und

anderen Ländern sprunghaft an. Das Handelsdefizit Mexikos verzehnfachte sich zwischen 2001 und 2007. Ein Jahrhundert zuvor hatte Lenin einmal gescherzt: „Die Kapitalisten werden uns den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufhängen werden." Nun verkaufte China den Kapitalisten den Strick, mit dem sie sich selbst aufhängen konnten.

Die von Jiang 1997 geschaffenen „nationalen Champions", die die chinesische Wirtschaft aufgrund der enormen staatlichen Subventionen völlig dominierten, entwickelten sich zu den größten Nutznießern des WTO-Beitritts des Landes. Doch vor allem ermöglichte der Handelsüberschuss den Ausbau des Militärs. Bei einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros hatte Jiang Zemin nach der versehentlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO im Mai 1999 gesagt: „Sie zeigen es nicht, aber tief in ihrem Innern hassen sie uns bis aufs Blut." Die USA waren für ihn eindeutig eine Bedrohung. „Wir müssen die Wirtschaftsmacht unseres Landes, unsere militärische Stärke und unsere nationale Einheit weiterentwickeln. Wir müssen unsere Vorbereitungen für einen militärischen Konflikt verstärken." Am 9. Mai 1999 ging er sogar noch weiter: „Wir müssen die USA bekämpfen, aber nicht so weit, dass wir die Beziehung zu ihnen abbrechen (…) Wir müssen der Welthandelsorganisation beitreten, aber nicht ihren Forderungen nachgeben." Damit brachte er das Programm auf den Punkt, das seine Nachfolger bis heute umsetzen.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim

FRANK DIKÖTTER
ist Historiker und Sinologe. Er hält den Lehrstuhl für Geisteswissenschaften an der University of Hong Kong und ist Senior Fellow an der Hoover Institution der Stanford University.

Schon gehört?
Die APuZ gibt es auch als Podcast!

bpb.de/
apuz-podcast



DIE FRÜHEN JAHRE DES WORLD WIDE WEB

Valérie Schafer

In der zweiten Hälfte des Jahres 1992 richteten Informatiker am Deutschen Elektronen-Synchrotron in Hamburg (DESY) einen ersten deutschen Webserver und eine Webseite ein: http://apollo3.desy.de.[01] Bald darauf folgten weniger fachspezifische und auch nicht-wissenschaftliche Anwendungen. So ging beispielsweise im September 1994 der öffentlich-rechtliche Sender Deutsche Welle online, und einen Monat später startete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" seine Webseite. Derartige Vorstöße leisteten jedoch noch Pionierarbeit und erreichten nur ein kleines Publikum: Die meisten Deutschen – wie auch die meisten anderen Europäerinnen und Europäer – hatten zu der Zeit noch nie das Internet genutzt, zudem waren Internetverbindungen zu Hause langsam und teuer, sodass Nachrichten nur selten am Computer gelesen wurden.

Das World Wide Web entstand nicht in einem luftleeren Raum: Universitäten nutzten akademische Netzwerke, in Büros und auch in einigen Haushalten gab es PCs, und digitale Dienste wie Bulletin-Board-Systeme, Compuserve, AOL und Bildschirmtext verbanden bereits Kommunikations- und Informationsangebote, während CD-ROMs Interaktivität und multimediale Unterhaltung versprachen. Doch das Web veränderte das Ausmaß und die Bedeutung digitaler, vernetzter Information und Kommunikation grundlegend. Indem es eine vergleichsweise einfache Möglichkeit bot, Dokumente im Internet zu veröffentlichen, zu finden und miteinander zu verknüpfen, trug es dazu bei, dass das „Netzwerk der Netzwerke" zu einem Massenmedium wurde.

Die 1990er Jahre sind der Zeitraum, in dem sich dieser Übergang von der wissenschaftlichen Nutzung digitaler Information und Kommunikation zu einer breiten Akzeptanz vollzog. Diese „Domestizierung" des Internets und des World Wide Web verlief weder linear noch auf rein technischer Ebene. Laut Statistiken der Internationalen Fernmeldeunion stieg die Internetnutzung in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre rasant an und erreichte bis zum Ende des Jahrzehnts einen Anteil von etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Nach seinen Anfängen bei der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) gründete die Verbreitung des World Wide Web zunächst auf offenen Standards, institutionellen Entscheidungen und Forschungsinitiativen, später dann auf der Entwicklung ansprechender grafischer Browser, kommerziellen Investitionen, einem Ökosystem aus Internetdienstanbietern und Hosting-Services sowie auf der Entstehung nationaler Märkte und Nutzungsformen. Parallel entstanden Spannungsfelder, die uns auch heute noch beschäftigen, etwa wenn es um Meinungsfreiheit geht, um die Verbreitung illegaler Inhalte, um Fragen zur Haftung von Internetdienstanbietern, um kommerzielle Konzentration und Überwachung.

VOM EXPERIMENT ZUR WELTWEITEN INFRASTRUKTUR

Die Geschichte des Web begann bescheidener, als der Name „World Wide Web" vermuten lässt, er kündet allerdings auch von den Ambitionen seiner Entwickler. Das Web entwickelte sich aus einem praktischen Problem beim Austausch und der Verwaltung von Informationen am CERN. In dem Forschungszentrum an der französisch-schweizerischen Grenze arbeiteten große internationale Teams aus Physikern und anderen Wissenschaftlern, die unterschiedliche Computer, Software, Dokumentenformate und Organisationssysteme nutzten. Dazu kam ein häufiger Wechsel bei den Teammitgliedern. Wissen war reichlich vorhanden, doch es verschwand, ging verloren oder wurde vergessen, wenn die Forschenden zu einer anderen Organisation wechselten oder Datenbanken nicht kompatibel waren. 1980 stellte das CERN mehrere Software-Ingenieure für einen befristeten Auftrag ein, bei dem

es um Steuerungssysteme für Teilchenbeschleuniger ging. Um den Überblick über Personen, Programme, Dokumente und deren Beziehungen untereinander zu behalten, begann einer von ihnen, der Brite Tim Berners-Lee, mit einem Nebenprojekt. Das dabei entstandene experimentelle System nannte er „ENQUIRE“, wie das englische Wort für „nachforschen“, „untersuchen“, „sich erkundigen“. Als Berners-Lee 1984 ans CERN zurückkehrte, bestand das Problem immer noch. In einem Dokument vom März 1989 mit dem Titel „Information Management: A Proposal“ entwarf er die Vision eines verteilten Hypertextsystems, in dem Dokumente dank anklickbarer Links, die zu anderen Seiten und Dokumenten führen, aufeinander verweisen konnten. Das Feedback seines Vorgesetzten, sein Vorschlag sei „vage, aber aufregend“, bringt die damalige Situation auf den Punkt: Noch war nicht klar, wohin die Entwicklung gehen würde. Ein wichtiger Verbündeter bei Berners-Lees Projekt wurde der belgische Informatiker Robert Cailliau, der ebenfalls am CERN tätig war und sich mit ähnlichen Dokumentationsproblemen befasste. Er unterstützte Berners-Lee bei der Weiterentwicklung, Organisation und Förderung seines Projekts.[02]

Der Hypertext an sich war nicht neu. Der US-amerikanische Soziologe Ted Nelson hatte den Begriff 1965 geprägt und mit der Entwicklung von „Xanadu“ begonnen, einem ehrgeizigen Projekt, das sich zunächst auf Literatur konzentrierte. Er stellte sich dauerhafte gegenseitige Verknüpfungen, nachverfolgbare Zitate und sogar ein Lizenzgebührensystem vor, das Autorinnen und Autoren bei der Wiederverwendung ihrer Werke vergüten sollte. Beim World Wide Web blieb der Großteil dieser komplexen Struktur außen vor, an der Idee des Hypertexts hielt man jedoch fest. Drei Komponenten waren hierbei entscheidend: Eine URL (Uniform Resource Locator) identifizierte eine Quelle, das HTTP (Hypertext Transfer Protocol) definierte den Austausch zwischen Client und Server, und die HTML (Hypertext Markup Language) bot eine einfache Möglichkeit, Dokumente zu strukturieren und Links einzufügen. Das Internet bildete das zugrunde liegende Netzwerk. Diese Unterscheidung ist von grundlegender Bedeutung: Das Internet ist die Infrastruktur, über die Daten- und Informationspakete übertragen werden, während das Web ein Dienst ist, der diese Infrastruktur nutzt – weitere Dienste wären etwa E-Mail, Dateiübertragung und Diskussionsforen.

Ende 1990 hatten Berners-Lee und sein kleines Team den ersten Server und den WorldWideWeb-Browser „Editor“ entwickelt. Der Server lief auf einer Next-Workstation. Innerhalb des Teams entwickelte die Informatikerin Nicola Pellow bald einen zeilenbasierten Browser, der auf einer größeren Bandbreite an Computern laufen konnte. Die erste Webseite erklärte, wie man Server einrichtet und Seiten erstellt. Am 6. August 1991 kündigte Berners-Lee das Projekt in Newsgroups an, also in thematisch gegliederten Online-Diskussionsforen, die von den ersten Internetnutzerinnen und -nutzern gern besucht wurden: „Wenn ihr Interesse habt, den Code zu nutzen, schreibt mir eine E-Mail. Es handelt sich um einen sehr frühen Prototyp, der jedoch per anonymem FTP unter info.cern.ch verfügbar ist. Das Urheberrecht liegt beim CERN, aber die freie Verbreitung und Nutzung ist in der Regel kein Problem. (…) Das WWW-Projekt wurde ins Leben gerufen, um Hochenergiephysikern den Austausch von Daten, Nachrichten und Dokumentationen zu ermöglichen. Wir sind sehr daran interessiert, das Web auf andere Bereiche auszuweiten und Gateway-Server für andere Daten einzurichten. Wer mitarbeiten will, ist herzlich willkommen!“[03]

Die Ankündigung zeigt, dass das Web nicht als fertiges System präsentiert wurde und sein Erfolg alles andere als garantiert war. Es gab Alternativen wie beispielsweise das Netzwerkprotokoll Gopher, das 1991 an der University of Minnesota entwickelt wurde. Gopher bot ein menügesteuertes System zum Durchsuchen von Verzeichnissen, zum Lesen von Texten, zum Herunterladen von Dateien, zur Recherche in Datenbanken und zum Herstellen von Verbindungen zu Remote-Diensten. Nach Ansicht mancher frühen Nutzerinnen und Nutzer ermöglichte Gopher bei vernetzten Informationen eine einfachere Navigation als das Web. Allerdings wollte

01 Vgl. So kam das Web nach Deutschland, 9.3.2018, https://blog.hnf.de/so-kam-das-web-nach-deutschland.

02 Vgl. Tim Berners-Lee, Der Web-Report, München 1999; Marcus Rommel, Projekt Alexandria. Medienhistorische Einblicke in das frühe World Wide Web, Bielefeld 2025.

03 Tim Berners-Lee, Nachricht gepostet auf alt.hypertext, 6.8.1991, www.w3.org/People/Berners-Lee/1991/08/art-6484.txt (*eig. Übersetzung*).

die Universität für die Nutzung Gebühren verlangen; ein Plan, der oft als Grund für den Niedergang von Gopher ab 1993 angeführt wird. Die Erklärung greift jedoch zu kurz, weil das Web auch mehr Spielraum bei der Seitengestaltung und visuellen Darstellung bot und zudem über eine stetig wachsende Gemeinschaft von Entwicklerinnen und Entwicklern verfügte. Aber natürlich war die Entscheidung des CERN, jedem die Nutzung des Webcodes und der Protokolle ohne Lizenzgebühren zu gestatten, ein entscheidender Punkt. Und sie passte zu Berners-Lees Überzeugung, dass ein universales Informationssystem kein proprietäres System, also frei zugänglich sein sollte. Der Informatiker François Flückiger, der ebenfalls am CERN tätig war und an der Webentwicklung mitwirkte, beschrieb die Zeit, in der das World Wide Web gemeinfrei war, später als ein 18-monatiges „Eigentumsvakuum". Im November 1994 veröffentlichte das CERN die Version 3.0 dann nicht mehr als gemeinfreie Software, sondern unter einer Open-Source-Lizenz: Das CERN behielt die Eigentumsrechte, gewährte jedoch dauerhafte Rechte zur Nutzung und Änderung der Software.[04]

Die Gründung des World Wide Web Consortium (W3C) war der nächste organisatorische Meilenstein. Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) wurde zum ersten Host, und Berners-Lee zog in die Vereinigten Staaten. Als sich das CERN aus dem Webprojekt zurückzog, um sich auf Teilchenphysik und den Teilchenbeschleuniger Large Hadron Collider zu konzentrieren, führte die Suche nach einem neuen europäischen W3C-Host 1995 zum französischen Nationalen Forschungsinstitut für Informatik und Automatisierung (Institut national de Recherche en Informatique et en Automatique – INRIA).[05] Doch auch andere europäische Forschungsstandorte zeigten mittlerweile großes Interesse, darunter Darmstadt, wo das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung (IGD) in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Darmstadt 1995 die dritte Internationale World-Wide-Web-Konferenz organisierte. Die japanische Keio-Universität schloss sich 1996 als asiatischer W3C-Host an. Die Aufgabe des W3C bestand nicht nur darin, das Web zu betreiben, sondern gemeinsame Protokolle und offene Standards zu entwickeln und die Interoperabilität zwischen konkurrierenden Implementierungen zu gewährleisten. Seine Gründung markierte den Übergang von einem CERN-Experiment zu einer transnationalen Arena, in der Akteure aus Wissenschaft, Industrie und Politik zusammenkamen.

DER WEG ZUM KOMMERZIELLEN UND ÖFFENTLICHEN WEB

Die Entstehung des World Wide Web fiel mit der zunehmenden Verbreitung von PCs und einer wachsenden Privatisierung der Internet-Infrastruktur zusammen, wie das Beispiel des Browsers Mosaic zeigt.[06] Der von den Programmierern Marc Andreessen, Eric Bina und ihren Kollegen am National Center for Supercomputing Applications in Illinois entwickelte und 1993 veröffentlichte Browser bot Versionen für die meisten gängigen PCs und bettete Bilder direkt in Webseiten ein. Damit war Mosaic nicht nur ein Meilenstein für das grafische Web, sondern machte das Surfen auch für Laien einfacher. 1994 schloss sich Andreessen mit Jim Clark zusammen, dem Gründer von Silicon Graphics, und gründete die Mosaic Communications Corporation, die wenig später in Netscape umbenannt wurde. Ihr Browser Navigator war schon bald enorm beliebt und auch kommerziell sehr erfolgreich. Eine sichere Kommunikation und Zahlungen über SSL (Secure Sockets Layer), interaktive und dynamische Seiten mit Javascript sowie Cookies trugen dazu bei, Webseiten in Transaktionsplattformen zu verwandeln, auf denen die Nutzerinnen und Nutzer nun Formulare absenden, einen Warenkorb füllen und sich authentifizieren konnten.

Es entstanden Verzeichnisse, die es ermöglichten, Webseiten durch das Durchsuchen von Kategorien zu finden, sowie Portale, die Zugang zu Online-Diensten und Informationen boten. Sie alle waren entscheidend für die Auffindbarkeit und die Entwicklung des Web – zu einer

04 Vgl. François Flückiger, Il y a trente ans, le Web naissait au CERN, 13.3.2019, www.lemonde.fr/sciences/article/2019/03/13/il-y-a-trente-ans-le-web-naissait-au-cern_5435153_1650684.html.

05 Vgl. Pascal Griset/Valérie Schafer, Hosting the World Wide Web Consortium for Europe: From CERN to INRIA, in: History and Technology 3/2011, S. 353–370.

06 Vgl. Janet Abbate, Privatizing the Internet. Competing Visions and Chaotic Events, 1987–1995, in: Institute of Electrical and Electronics Engineers Annals of the History of Computing 1/2010, S. 10–22.

Zeit, als die Funktionen der Suchmaschinen noch recht eingeschränkt waren. 1994 gründeten die Unternehmer Jerry Yang und David Filo Yahoo! als Verzeichnis von Webseiten. Zwei Jahre später ging Yahoo! bereits an die Börse und entwickelte sich rasch zu einem wichtigen und beliebten kommerziellen Ausgangspunkt für die Navigation im Web. In vielen Haushalten hielt das Internet über die Installations-CD eines Internetanbieters Einzug, und durch die Kommerzialisierung veränderte sich das Angebot an verfügbaren Diensten. In Deutschland kombinierte T-Online den Internetzugang mit einem Portal, während sich Web.de von einem Verzeichnis zu einem Portal und E-Mail-Anbieter entwickelte. Google wurde erst 1998 gegründet. Der Dotcom-Boom und vor allem das Platzen der Blase im Jahr 2000 bereiteten zwar so manchem Traum und Unternehmen ein jähes Ende, nicht jedoch der Web-Infrastruktur oder der Überzeugung, dass öffentliche und private Organisationen eine Internet- und Webpräsenz benötigten.

Der Bürgerrechtler John Perry Barlow hatte 1996 in seiner „Erklärung zur Unabhängigkeit des Cyberspace" Regierungen als Eindringlinge in diesen neuen Raum bezeichnet, was sie in der Praxis jedoch nicht davon abhielt, sich regulatorisch damit zu befassen. Die großen Kontroversen der 1990er Jahre – etwa um das Urheberrecht, die Regulierung von Inhalten, Datenschutz und die Verantwortung für Inhalte – zeigten, dass die Unabhängigkeit des Cyberspace ihre Grenzen hatte. Regierungen versuchten, nationale Regelungen zu Pornografie, extremistischen Inhalten, Urheberrecht und Datenschutz mit dem grenzüberschreitenden Austausch digitaler Informationen in Einklang zu bringen. In den Vereinigten Staaten sollte der Communications Decency Act von 1996 „obszöne oder unanständige" Online-Inhalte einschränken, um „Minderjährige vor schädlichem Material im Internet zu schützen", doch 1997 kippte der Oberste Gerichtshof das Gesetz mit der Erklärung, seine wesentlichen Bestimmungen würden gegen die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützte Rede- und Meinungsfreiheit verstoßen.[07] Auch in Deutschland beschäftigte man sich mit illegalen Inhalten und Haftungsfragen im Netz. Nachdem bayerische Ermittler verbotenes Material und Pornografie auf Compuserve entdeckt hatten, musste der Dienst den Zugang zu 200 Usenet-Gruppen sperren. Der Geschäftsführer wurde 1998 wegen der über das Netzwerk übertragenen Inhalte verurteilt, 1999 jedoch im Berufungsverfahren freigesprochen.[08] Der Fall sorgte für einige Unruhe bei den Anbietern, da ein lokaler Vermittler für Material zur Verantwortung gezogen wurde, das im Ausland gespeichert war und sich seiner praktischen Kontrolle entzog. Wie das Beispiel zeigt, war bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Offenheit des Internets und des Web umstritten.

ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Computertechnologie und Digitalisierung hatten bereits vor dem Aufkommen des Internets eine lange Geschichte in Deutschland, und auch das Web sollte vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Computerisierung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland betrachtet werden.[09] So bot der 1983 von der Deutschen Bundespost eingeführte Bildschirmtext einen kontrollierten Online-Dienst innerhalb einer in sich geschlossenen Infrastruktur an, erreichte jedoch nie eine breite Akzeptanz: Ende der 1980er Jahre zählte er etwa 25 000 Abonnenten und 3500 Dienste. Universitäten und Forschungsinstitute beteiligten sich an der akademischen Vernetzung, während der Chaos Computer Club technische Experimente bereits mit Diskussionen über Datenschutz, Sicherheit, Kryptografie und Staatsmacht verband.

Wie in vielen Ländern entwickelten sich auch in Deutschland die frühesten Webinitiativen aus

07 U.S. Supreme Court, Reno v. ACLU, 26.6.1997. Das Urteil ist einsehbar unter: https://tile.loc.gov/storage-services/service/ll/usrep/usrep521/usrep521844/usrep521844.pdf.

08 Vgl. Lothar Determann, Case Update: German CompuServe Director Acquitted on Appeal, in: Hastings International and Comparative Law Review 1/1999, S. 109–123.

09 Siehe zum Beispiel Corinna Schlombs, Built on the Hands of Women: Data, Automation, and Gender in the West German Financial Industry, in: Technology and Culture 1/2023, S. 63–89; Frank Bösch (Hrsg.), Wege in die digitale Gesellschaft. Computernutzung in der Bundesrepublik 1955–1990, Göttingen 2018; Martin Schmitt et al., Digitalgeschichte Deutschlands. Ein Forschungsbericht, in: Technikgeschichte 1/2016, S. 33–70; Julia Gül Erdogan, Avantgarde der Computernutzung. Hackerkulturen der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2021; Carmen Flury, Counting on Computers. New Information Technologies and Curricular Change in East Germany, 1960s to 1990, Berlin 2025.

wissenschaftlichen und universitären Netzwerken, bevor sie den Massenmarkt erreichten. Im September 1992 hatte der Elektroingenieur Thomas Finnern den Servercode des CERN auf eine Apollo-Workstation bei DESY übertragen und kompiliert und so die erwähnte experimentelle Adresse apollo3.desy.de geschaffen. 1993 wurde die DESY-Adresse zu info.desy.de, und bereits im Dezember empfahl der IT-Newsletter des Instituts den Einsatz von Mosaic. An der Universität des Saarlandes wurde auf Betreiben einer studentischen Initiative der Weg zum Internet über Gopher geebnet. Der erste Webserver der Universität wurde zu Weihnachten 1993 installiert, und bereits im Januar 1994 entstand Deutschlands erste Websammlung juristischer Informationen. Mit dem Digital Bibliography & Library Project, das 1993 an der Universität Trier entstand, wurde eine wichtige online verfügbare Bibliografie für den Bereich Informatik entwickelt. Der 1996 gestartete Virtuelle Katalog Karlsruhe nutzte eine Webschnittstelle, um Bibliothekskataloge verschiedener Einrichtungen zu durchsuchen. All diese Projekte knüpften an das ursprüngliche Konzept des Web zur Verbesserung des Informationsmanagements an.

Mit der kommerziellen Nutzung kam eine weitere Ebene hinzu. 1995 schloss sich der Medienkonzern Bertelsmann mit America Online zusammen und gründete AOL Europe, wodurch ein Online-Dienst nach US-amerikanischem Vorbild in einen direkten Wettbewerb mit T-Online der Deutschen Telekom und anderen inländischen Anbietern trat.

Auch wenn „Der Spiegel“ bereits im Oktober 1994 mit seiner Webseite online ging,[10] war das noch lange keine Revolution im Bereich der Publizistik. Die zögerliche Entwicklung der Online-Präsenz von Zeitschriften zeigt, dass das neue Medium Zeit brauchte.[11] Auch der Zugang blieb während der gesamten 1990er Jahre holprig. Man benötigte einen Computer, ein Modem, einen Telefonanschluss, einen Provider sowie die für die Einrichtung erforderliche Zeit und Sachkenntnis. Doch nach und nach sanken die Hardwarepreise, der Wettbewerb unter den Online-Providern nahm zu und Installations-CD-ROMs, Computerzeitschriften sowie gegenseitige Unterstützung unter Nutzerinnen und Nutzern erleichterten den Zugang. Ende der 1990er Jahre war das Web schließlich in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Die zentrale Registrierungsstelle für alle „.de“-Domains DENIC verzeichnete ab 1998 ein besonders rasantes Wachstum. Allerdings bedeutete eine registrierte Domain nicht automatisch auch eine aktive Webseite. Die Zahlen sind dennoch aufschlussreich: Ende Dezember 1993 waren 1123 Domains unter der Endung „.de“ registriert. Bis Ende November 1995 stieg ihre Zahl auf über 5000, Ende Dezember 1996 waren es schon über 50 000 und Ende Dezember 1999 sogar 1 554 374.[12] In dieser Zeit entwickelte sich auch ein „vernakuläres“ Web mit persönlichen Webseiten, die autobiografische Erzählungen, Fankultur, animierte GIFs, Hintergrundmusik und selbst geschriebenen HTML-Code kombinierten. Dank Beepworld, einem 1999 vom gerade einmal 16-jährigen David Finkenstädt entwickelten Baukastensystem, konnte man nun auch ohne technische Kenntnisse eine eigene Webseite erstellen. Bei der im selben Jahr in Karlsruhe gegründeten Online-Community Knuddels ging es um den Austausch Gleichgesinnter in Chaträumen. Diese Angebote, die chaotisch waren, aber oft auch charmant und sehr persönlich, erfüllten tatsächlich (zumindest teilweise) die früheren Versprechen: Die User waren nicht nur Publikum, sondern auch Schöpfer oder Gestalter.

Über die Wayback Machine findet man noch zahlreiche, wenn auch unvollständige Spuren des frühen deutschen Web, zudem fallen Webarchive unter den Erhaltungsauftrag der Deutschen Nationalbibliothek, die derzeit etwa 12 000 Momentaufnahmen pro Jahr sichert. Da man unmöglich alles sammeln kann, was als „deutsches Web“ gelten könnte, haben einige Archive und Bibliotheken vorgeschlagen, die Webarchivierung auszuweiten und eine Auswahl auf Grundlage einer „beispielhaften Vielfalt“ zu treffen.[13]

10 Siehe https://web.archive.org/web/19961223062446/http://www.spiegel.de.

11 Vgl. Christoph Neuberger, How Journalism Adapted the Internet in Germany: Results of Six Newsroom Surveys (1997–2014), in: Journalism 5/2024, S. 1070–1091.

12 Vgl. Deutsches Network Information Center, Statistics of .de domain, www.denic.de/en/products/statistics-about-de/monthly-domain-statistics-of-de.

13 Britta Woldering et al., Relevance and Diversity – Towards Selection Criteria for Archiving the German Web, in: LIBER Quarterly: The Journal of the Association of European Research Libraries 1/2026, https://doi.org/10.53377/lq.23531.

AUSBLICK

Das frühe Web ging mit Annahmen einher, die heute immer noch visionär, aber auch ein wenig naiv und veraltet wirken. Das offene Web ist nicht verschwunden, doch der Zugang wird heute von Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und App-Stores dominiert. Durch ihre Feeds und Empfehlungen wird Beteiligung zur Datenquelle, Aufmerksamkeit wird monetarisiert. Heutige Bedenken in Hinblick auf Polarisierung, Sucht und Desinformation sind daher nicht einfach nur eine Wiederkehr der Ängste aus den 1990er Jahren, insbesondere vor rechtsfreien Räumen und der Verbreitung illegaler Inhalte, sondern gründen auf der Konzentration wirtschaftlicher und algorithmischer Macht. Das 2017 verabschiedete deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Das Gesetz verpflichtet Anbieter sozialer Netzwerke mit zwei Millionen oder mehr registrierten Nutzerinnen und Nutzern in Deutschland, „offensichtlich rechtswidrige“ Inhalte innerhalb von 24 Stunden nach Eingang einer Nutzerbeschwerde zu entfernen. Während der Corona-Pandemie trat ein weiteres Problem zutage: Die Nutzung des Instant-Messaging-Dienstes Telegram durch die Bewegung „Querdenken“ zeigte, dass sich die Mobilisierung verlagert hat. Reguliert werden muss im digitalen Raum heute nicht mehr nur „das Web“ – falls es je so war.

Bereits 2010 hatte das US-amerikanische Tech-Magazin „Wired“ provokativ den Tod des Web verkündet: Statt über offene, verlinkte Seiten werde das Internet zunehmend über Apps und geschlossene Plattformen einzelner Konzerne genutzt („Plattformisierung“); im Zuge einer „digitalen Einhegung“ werden die Aktivitäten der Nutzerinnen und Nutzer immer weiter erfasst, privatisiert und kommerzialisiert und damit selbst zu einer ökonomisch wertvollen Ressource.[14] Das Aufkommen der generativen Künstlichen Intelligenz markiert einen neuen Wendepunkt. Generative Systeme werden mithilfe gewaltiger Datenmengen aus dem Netz trainiert und verweisen bei der Beantwortung von Fragen nicht immer auf die Webseiten, von denen das Wissen stammt. Die alten Probleme, deren Lösung durch das Web einfacher geworden war – etwa verlässliche Quellenangaben, kontextbezogene Zitate und dauerhafte Links –, waren plötzlich wieder da. 2024 sprach Tim Berners-Lee diese Bedenken in einem Artikel zum 35-jährigen Bestehen des Web an und erklärte, dass das Web zwar im ersten Jahrzehnt seiner Geschichte sein Versprechen der Dezentralisierung, Selbstbestimmung und anderer Werte erfüllt habe, im vergangenen Jahrzehnt jedoch „dazu beigetragen hat, diese zu untergraben“. Die Zukunft, argumentierte er, „hängt von unserer Fähigkeit ab, sowohl das derzeitige System zu reformieren als auch ein neues zu schaffen, das wirklich den Interessen der Menschheit im besten Sinne dient“.[15] Das Web ist nach wie vor lebendig, doch seine Zukunft bleibt ungewiss, solange diese Fragen nicht geklärt sind.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim

14 Chris Anderson, The Web is Dead. Long Live the Internet, in: Wired, 17.8.2010, Titelseite. Siehe auch Sebastian Gießmann, Internet- und Digitalisierungsforschung nach der Desillusionierung. Begriffe und Probleme, in: Navigationen – Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften 15/2015, S. 117–135.

15 Tim Berners-Lee, Marking the Web's 35th Birthday: An Open Letter, 12.3.2024, https://medium.com/@timberners_lee/ebb410cc7d42.

VALÉRIE SCHAFER
ist Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Université du Luxembourg und stellvertretende Leiterin des interdisziplinären Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History (C²DH).

ZWISCHEN IRAK UND AFGHANISTAN

Auslandsentsendungen der Bundeswehr als außen- und sicherheitspolitisches Instrument im vereinten Deutschland

Torsten Konopka

Gefühlt befindet sich die Bundesregierung außen- und sicherheitspolitisch im permanenten Krisenmodus. Das gilt für heute wie für die 1990er Jahre. Was die Konflikte in der Ukraine, in Gaza oder Iran für die Gegenwart sind, waren damals Jugoslawien, Somalia und der Irak. Vor diesem Hintergrund begann die Bundesregierung in den 1990er Jahren, deutsche Militärs über Ausbildungs- und Hilfsmaßnahmen hinaus im Rahmen von internationalen Missionen ins Ausland zu entsenden.[01] Augenscheinlich reagierte sie damit nicht mehr nur diplomatisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch auf außen- und sicherheitspolitische Ereignisse. Es schien wie eine „(Wieder-)Entdeckung militärischer Instrumente",[02] hatten die bundesdeutschen Streitkräfte bis zum Ende der Blockkonfrontation doch überwiegend der Abschreckung des Warschauer Pakts im Osten und dem Erhalt eines Mitspracherechts bei den Alliierten im Westen gedient.

Natürlich waren Auslandsengagements Anfang der 1990er Jahre nur ein Thema der Außen- und Sicherheitspolitik des geeinten Deutschlands. Bis zu den großen Kontingenteinsätzen in Südosteuropa und Afghanistan war auch nur ein Teil der Streitkräfte davon betroffen. Abrüstung, EU- und NATO-Osterweiterung, die Zukunft der ehemaligen Sowjetrepubliken und das Verhältnis zu Russland waren für das „Land im Herzen Europas"[03] Fragen von nicht minderer Tragweite. Keine davon war jedoch innenpolitisch so kontrovers wie „Auslandseinsätze", gab es doch allein bis 1994 vier Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Während zeitgenössische Kritiker diese Entwicklung als „Militarisierung der Außenpolitik" und als neues „Großmachtstreben" der Regierung bezeichneten, sprachen Befürworter von „Normalisierung" und einer neuen „Verantwortungspolitik". Doch welche Motive waren historisch gesehen ausschlaggebend für die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Missionen?

„ZEITENWENDE" 1989/90

„Einsätze" der Bundeswehr im Ausland beschäftigten die Bundesregierung seit den 1960er Jahren.[04] In Anlehnung an den 1968 formulierten Artikel 87a Absatz 2 Grundgesetz wurde hierunter die Verwendung von Soldaten „als Mittel der vollziehenden Gewalt" verstanden.[05] Aufgrund unterschiedlicher rechtlicher und politischer Auffassungen kam es aber erst nach 1989/90 im Rahmen der Vereinten Nationen, der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO zu militärischen Beteiligungen an multinationalen Missionen über finanzielle und logistische Hilfe hinaus. Nicht also das Thema an sich, sondern die Art der Umsetzung war neu, wobei sich die Bundesressorts bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juli 1994 scheuten, Auslandsengagements als „Einsätze" zu bezeichnen. Der Ausdruck ist somit ein Quellenbegriff, dessen Bedeutung variiert.

Prägend waren die Erfahrungen des Zweiten Golfkriegs. Noch bevor die Deutsche Einheit vollzogen war, überfielen irakische Truppen im August 1990 das Nachbarland Kuwait. Zwar unterstützte die Bundesregierung die UN-mandatierte, US-geführte Koalition zur Befreiung des Scheichtums mit über 17 Milliarden D-Mark, leistete umfangreiche materielle und logistische Hilfe und entsandte Einheiten der Bundeswehr zur Entlastung der Partner ins Mittelmeer und zur Abschreckung irakischer Angriffe in die Türkei, zum Bedauern der US-Administration waren aber keine deutschen Truppen im Kampf gegen die irakische Armee beteiligt. Weder erhielten die Deutschen so alle Informationen, noch hatten sie Einfluss auf die Operation. Vor allem die deutschen Militärs mit NATO-Bezug fühlten sich hierdurch als minderwertige Partner

und entwickelten eine Haltung des „nie wieder ohne uns“. Letzteres bewog die Entscheider im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) – und viele in der CDU/CSU –, sich wo immer möglich gegenüber den USA als verlässlicher Partner der weiterhin als relevant für die Sicherheit „für“ und „vor“ Deutschland angesehenen NATO beweisen und sich für die Unterstützung der vorherigen 40 Jahre revanchieren zu wollen.[06] Dies schloss die Entsendung von Streitkräften mit ein. Das BMVg strebte aber nicht von sich aus nach Auslandsentsendungen. Zwar plante es im Sinne der Lastenteilung im Bündnis, ab Herbst 1993 zwei Bataillone für UN-Maßnahmen bereitzuhalten, grundlegend blieb das BMVg aber zurückhaltend und auf die Schonung seiner Ressourcen bedacht. Dies galt vor allem bei Maßnahmen, die keinen bündnispolitischen Mehrwert versprachen.

Anders agierte das Auswärtige Amt (AA). Nach Überwindung einer anfänglichen Skepsis, insbesondere nach Ausscheiden des Weltkriegsveteranen Hans-Dietrich Genscher als Bundesaußenminister, der ab den 1980er Jahren öffentlich erklärt hatte, das Grundgesetz lasse „Einsätze“ der Bundeswehr im Ausland nicht zu, hielten immer mehr Diplomaten die Entsendung von Militärs für das einfachste Instrument, um sich vor allem im UN-Rahmen zusätzliches Gehör zu verschaffen. Es war daher das AA, das ab 1992 auf militärische Beteiligungen an UN-Missionen hoffte, um den im Herbst öffentlich geäußerten Wunsch eines permanenten Sitzes in einem reformierten UN-Sicherheitsrat zu legitimieren.

Dass es zu weniger Beteiligungen der Bundeswehr an UN-Missionen kam, als von den Diplomaten gewünscht, lag nicht nur an den zurückhaltenden Positionen des BMVg und des Bundesinnenministeriums, die Personal und Material stellen und die Risiken hätten tragen müssen. Der begrenzte Gestaltungsraum des AA lag auch am fehlenden Rückhalt aus dem Kanzleramt. Helmut Kohl (CDU) maß der deutschen und der europäischen Einheit sowie der Entwicklung in Russland größere Bedeutung bei als außereuropäischen Ereignissen. Auch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sah er nicht als vordringlich.

ERSTE ERFAHRUNGEN

Diese Interessenkonstellation bildete sich bereits im Anschluss an den Zweiten Golfkrieg heraus. War die im März 1991 zwischen den Ressorts rechtlich nicht unumstrittene, aber von den USA erbetene Minenräumung im Persischen Golf der Versuch des BMVg, sich doch noch als guter Partner zu präsentieren, versuchte das AA im April 1991 mit nationaler humanitärer Hilfe für die aus dem Irak in die Türkei und Iran geflüchteten Kurden, seinem gestiegenen Gestaltungswillen zu entsprechen. Dass es anschließend im Rahmen der United Nations Special Commission (UNSCOM) zur Zerstörung aller irakischen Massenvernichtungswaffen zur ersten Beteiligung uniformierter deutscher Soldaten an einer UN-Maßnahme kam, war dagegen Zufall.[07] Um ihr Abrüstungsprofil zu schärfen und einen zivilen Posten in der UNSCOM-Leitung zu erhalten, hatten die Diplomaten zunächst nur an die Entsendung einzelner Abrüstungsexperten gedacht. Weil diese Inspektoren unbewaffnet und in Zivil auftreten sollten, hielt das AA eine Beteiligung deutscher Militärs für möglich. Angesichts dieser Parameter – unbewaffnet und zivil – warben die Diplomaten im Mai auch um Zustimmung des BMVg, als der UNSCOM-Leiter um Transporthilfe durch Flugzeuge und Helikopter bat.

Das BMVg, das sich durch den UNSCOM-Einstieg einen Erfahrungs- und gegenüber den an der

01 Als den „klarste[n] Fall von Wandel in der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung“ bezeichnete diese Entwicklung zum Ende des Jahrzehnts Volker Rittberger, Deutschlands Außenpolitik nach der Vereinigung. Zur Anwendbarkeit theoretischer Modelle der Außenpolitik: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat?, in: Wolfgang Bergem/Volker Ronge/Georg Weißeno (Hrsg.), Friedenspolitik in und für Europa, Opladen 1999, S. 83–108, hier S. 105. Vgl. Patrick Merziger, Out of Area. Humanitäre Hilfe der Bundeswehr im Ausland (1959–1991), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 15/2018, S. 40–67.

02 Gunther Hellmann, Sicherheitspolitik, in: ders./Siegmar Schmidt/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 605–617, hier S. 609.

03 Helmut Kohl, Die Erfüllung eines geschichtlichen Auftrags, in: FAZ, 2. 10. 1990, S. 3.

04 Vgl. Jéronimo L. S. Barbin/Torsten Konopka, Militärische Zurückhaltung oder militärisches Engagement? Entstehung und Entwicklung der strategischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland bis 1990 im Lichte von Archivquellen, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 4/2023, S. 327–353.

05 Zit. nach Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) V/2873, 9. 5. 1968, S. 13.

06 Vgl. Michael Staack, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik, Berlin–Boston 2023, S. 179–231, hier S. 189.

07 Vgl. Torsten Konopka, Die Beteiligung der Bundeswehr an der Sonderkommission der Vereinten Nationen (UNSCOM) im Irak, 1991–1996, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift (MGZ) 2/2023, S. 352–389.

Region interessierten USA einen Imagegewinn als handlungsbereiter Akteur versprach, sagte zu und stellte neben zwei Transportflugzeugen und 13 Soldaten in Bahrain drei Helikopter mit rund 35 Soldaten in Bagdad bereit. Dass letztere trotz anderer Absprachen nach kurzer Zeit vom BMVg angewiesen wurden, Uniformen zu tragen, diente offiziell ihrem Schutz und der Identifikation gegenüber den irakischen Sicherheitskräften. Nur weil das Engagement im Interesse der darüber irritierten deutschen Diplomaten lag, blieb es bei dieser ersten, letztlich fünf Jahre andauernden uniformierten Beteiligung der Bundeswehr an einer UN-Maßnahme.

Ein „Einsatz" im Sinne des Grundgesetzes war das für die Ressorts aber nicht. Für sie handelte es sich um die technische Unterstützung einer Abrüstungsmaßnahme. Einen Kabinetts- oder Bundestagsbeschluss gab es nicht. Noch wurden solche Maßnahmen allein als Zuständigkeit der Exekutive und hier der zuständigen Ressorts eingeordnet. Zwar billigte Bundeskanzler Kohl die zuvor vom AA und BMVg ausgehandelte Absicht, aufgrund anderer Prioritäten mischte er sich aber nicht weiter in das Vorhaben ein.

Das änderte sich auch nicht, als das AA Ende 1991 Interesse zeigte, sich am Friedensprozess in Kambodscha zu beteiligen.[08] Weil die Vereinten Nationen hier ihre bis dahin teuerste Mission aufstellten, schien eine Beteiligung Deutschlands als einer der größten UN-Beitragszahler obligatorisch. Angesichts der Vorbehalte des Außenministers dachten die Diplomaten zunächst aber an die Entsendung ziviler Sanitätskräfte. Nur weil diese für das AA zu teuer waren und sich die Zivilkräfte nicht den ihnen zu militärisch erscheinenden Strukturen der UN-Missionen unterordnen wollten, wurde das BMVg gefragt. Dass die Bundeswehr im Rahmen der United Nations Advance Mission in Cambodia (UNAMIC) bis zu 15 und bei der anschließenden United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) in drei Kontingenten jeweils rund 150 Sanitätskräfte stellte, war somit mehr aus der Not geboren und folgte keiner Strategie.

Erzwingen wollte das BMVg eine Beteiligung im Übrigen nicht. Auch wenn das Engagement als weiteres positives Beispiel für die neue Aufgabenvielfalt der Bundeswehr gesehen wurde, scheiterte es fast an der Finanzierung von zehn Millionen D-Mark; weder das AA noch das BMVg wollten die Kosten tragen. Nur weil bereits deutsche UNAMIC-Soldaten vor Ort waren und der außenpolitische Schaden bei einer UNTAC-Nichtteilnahme absehbar war, fanden die Ressorts einen Kompromiss, zumal der im April 1992 zum neuen Verteidigungsminister ernannte Volker Rühe (CDU) aus bündnispolitischen Erwägungen von der Notwendigkeit weltweiter Engagements überzeugt war.

Aus politischen Gründen durfte die Beteiligung aber erneut kein „Einsatz" im Sinne des Grundgesetzes und keine „Teilnahme" an einer UN-Mission, sondern lediglich ein „humanitärer Einsatz" und die „Unterstützung" einer UN-Mission sein.[09] Diese Doppeldeutigkeit erschwert nicht nur die wissenschaftliche Nutzung des Einsatzbegriffs, sondern führte auch zeitgenössisch zu Missverständnissen. So interpretierten die entsandten Sanitätskräfte ihren Auftrag zum Teil falsch und behandelten zur Irritation des UN-Sekretariats nicht nur UN-Personal, sondern auch kambodschanische Zivilisten. Kurzzeitig erwogen die Beamten in New York den Abzug des deutschen Verbands, ehe das AA eigene Mittel für die Zivilversorgung bereitstellte.

NÜCHTERNE ABWÄGUNGEN

Dass die Entscheidungen für solche Entsendungen wenig mit der Lage vor Ort zu tun hatten, zeigt sich an Somalia. Zwar beteiligte sich das BMVg nach einer UNICEF-Anfrage und auf Bitten des AA ab Sommer 1992 an einer Luftbrücke zur Versorgung der unter Krieg und Hunger leidenden Bevölkerung. An der United Nations Operation in Somalia (UNOSOM) teilnehmen wollte das BMVg aber nicht. Kurz zuvor hatte die SPD gegen die Entsendung von Marinekräften in die Adria zur Unterstützung eines UN-mandatierten Waffenembargos gegen die im April von Serbien und Montenegro gegründete Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Vor der rechtlichen Klärung wollte das BMVg auf weitere, militärpolitisch weniger relevant erscheinende Entsendungen wie nach Somalia verzichten, um die Urteilsfindung nicht negativ zu beeinflussen.

08 Vgl. ders., Auf dem Weg zur „Armee im Einsatz". Die Entsendung der Bundeswehr nach Kambodscha, 1991/92, in: MGZ 2/2025, S. 357–393.

09 Zit. nach Unterausschuss Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen 12/7, 29.4.1992, S. 5f. (Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages 3104).

Als Ende 1992 jedoch die USA in Somalia intervenierten, fühlten sich die deutschen Militärs an den Zweiten Golfkrieg erinnert. Insbesondere Generalinspekteur Klaus Naumann trat in der Folge als Fürsprecher eines deutschen militärischen Somalia-Engagements in Erscheinung, um sichtbar neben den Partnern zu stehen. Konkret von den USA zur Beteiligung aufgefordert war die Bundesrepublik indes nicht. Dass den Vereinten Nationen bis zu 1500 Logistik- und Unterstützungskräfte angeboten wurden, lag auch nicht an einem festen Plan zur schrittweisen Vergrößerung der Auslandsengagements. Die Dimensionen der Partnerkontingente waren schlicht größer; allein die USA entsandten rund 28 000 Soldaten. Um bündnispolitisch sichtbar zu sein, musste das deutsche Angebot größer sein als in Kambodscha.

Weil das BMVg nun Interesse am Engagement hatte, war es bei der Umsetzung auch sehr flexibel. Trotz vorheriger Ablehnung stimmte es im Mai 1993 zu, andere UN-Truppen zu versorgen und nicht in einem eigenen Zuständigkeitsbereich im Norden, sondern in Zentralsomalia eingesetzt zu werden. Mit Beginn der deutschen Stationierung endete aber die Flexibilität. Der Erfolg der Mission war zweitrangig. Trotz Bitten der UNOSOM-II-Führung blieb es dem deutschen Verband verboten, die überforderte Mission logistisch in der umkämpften Hauptstadt Mogadischu zu entlasten. Weil das deutsche Engagement kein „Einsatz“ sein durfte, sollte es nur in einer „befriedeten Region“ erfolgen.[10] Auch war den deutschen Soldaten die Anwendung militärischen Zwangs untersagt, obwohl die Mission diese Befugnis besaß. Nach der US-Ankündigung zum Abzug bis März 1994 weigerte sich das BMVg im Herbst 1993 trotz Fortbestand der UN-Mission zudem, seine Kräfte in eine andere Region zu verlegen. Obwohl der Logistikbedarf der Vereinten Nationen größer war als je zuvor, erwirkte das BMVg zum Bedauern des AA den Abzug der Bundeswehr bis März 1994. Die Truppe hatte die internen Ziele des BMVg erfüllt. Dass sich die Lage in Somalia erneut verschlechterte, änderte nichts an dessen positiver Bewertung.

Dass Menschenrechtsvergehen kein hinreichendes Kriterium für deutsches militärisches Handeln waren, zeigt der Genozid an den Tutsi in Ruanda. Trotz der Ermordung von bis zu einer Million Menschen kam es 1994 – noch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – zu keiner militärischen Beteiligung der Bundeswehr an den dortigen UN-Missionen, obwohl die Weltorganisation Bedarf hatte und das AA für militärische Hilfe offen war. Bereits 1993 hatte das BMVg mehrere Bitten des AA abgelehnt, die UN-Missionen in Ruanda mit eigenem Personal zu unterstützen; weder waren die USA mit Truppen vertreten, noch war der Rechtsstreit entschieden. Selbst als im Frühjahr 1994 bereits Hunderttausende ermordet worden waren und das UN-Sekretariat um Unterstützung bat, kam es zu keinem militärischen Engagement. Ende April fand die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht statt. Aus prozesstaktischen Gründen stellte sich vor allem das Bundesjustizministerium gegen eine Beteiligung. Die deutsche Tatenlosigkeit während des Genozids war somit eine bewusste Entscheidung.[11]

Auch der Völkermord im bosnischen Srebrenica 1995 war kein Wendepunkt der deutschen Einsatzgeschichte.[12] Helmut Kohl hatte eine Stationierung deutscher Soldaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien 1991 mit Verweis auf die Allianzen in der Region vor Beginn des Ersten und die dort während des Zweiten Weltkriegs von deutschen Kräften begangenen Verbrechen abgelehnt.[13] Da die USA Jugoslawien als europäisches Problem sahen und sich nicht mit eigenen Truppen engagierten, bestand für die Bundesressorts zunächst auch keine Dringlichkeit, sich personell an der United Nations Protection Force (UNPROFOR) zu beteiligen. Dies hatte vor allem Konsequenzen für das AA. Stand die Bundesrepublik durch die Anerkennung von Kroatien und Slowenien 1991 noch im Zentrum des internationalen Handelns, mussten sich die deutschen Diplomaten bei Bosnien und Herzegowina in „Zurückhaltung“ üben, weil „wir keine Truppen vor Ort haben“.[14] Anders gestaltete sich dies

10 Zit. nach Vermerk Referat IV A 2 im Bundesministerium der Justiz, Betr.: Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen in Somalia, 18. 12. 1992 (Bundesarchiv B 141/125512).

11 Vgl. Torsten Konopka, Failure to Act or Deliberate Decision? Germany's Military Non-Participation in the United Nations Missions in Rwanda, 1993/94, in: Zeitschrift für Genozidforschung 2/2024, S. 185–215.

12 Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2023, S. 1169.

13 Vgl. Agilolf Keßelring, Die Bundeswehr auf dem Balkan. Zwischen Krieg und Friedenseinsatz, Göttingen 2023, S. 238–247.

14 Zit. nach Drahtbericht 6343, Referat VN 10 im Auswärtigen Amt an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, 27. 5. 1995 (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B30, ZA-Bd. 180385).

ab 1992 bei den Embargoüberwachungen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien in der Luft und zur See. Diese wurden von der NATO und der WEU geführt und verlangten einen Bündnisbeitrag.

An Land änderte sich die deutsche Haltung erst mit dem verstärkten US-Engagement. Da die US-Regierung nach den Somalia-Erfahrungen in Südosteuropa auf die NATO-Strukturen setzte, sahen sich die Bundesressorts im Dezember 1994 zur Wahrung des Bündniszusammenhalts gezwungen, einen NATO-Beitrag für einen möglichen UNPROFOR-Abzug zu leisten. Zu Letzterem kam es aber nicht. Im Gegenteil brachten die Partner im Juni 1995 noch mehr Ressourcen im UN-Rahmen zum Einsatz, sodass die unter Konformitätsdruck stehenden Bundesressorts zustimmten, die gegenüber der NATO angezeigten Heereskräfte nach Kroatien – aus Furcht vor Zusammenstößen mit serbischen Kräften nicht nach Bosnien und Herzegowina – zu entsenden. Die Entscheidung zum Engagement fiel aus bündnispolitischen Erwägungen, bevor es im Juli 1995 in Srebrenica zum Genozid kam.

Auch die Ausweitung der Beteiligung Ende 1995 ging auf das Handeln der Partner zurück. Allein die USA stellten rund 20 000 einer etwa 60 000 Soldaten umfassenden Implementation Force (IFOR), sodass die Bundesressorts von Beginn an mit bis zu 4000 eigenen Soldaten planten, um sichtbar zu bleiben. Der Völkermord in Srebrenica war nur für Teile der Opposition relevant. Insbesondere der spätere Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) befürwortete vor diesem Hintergrund die IFOR und die folgende Stabilisation Force (SFOR).

KEIN MARSCHBEFEHL

Noch ehe es zum Engagement in Südosteuropa kam, hatte das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 sein Urteil über Auslandseinsätze der Bundeswehr gefällt und diese nach vorherigem Beschluss des Bundestags für rechtens erklärt, insofern sie im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgten. Obwohl damit die Rechtslage geklärt war und die Regierung nach Abzug der letzten russischen Truppen aus der ehemaligen DDR einige Wochen später so viel Handlungsspielraum besaß wie nie zuvor, bestand Uneinigkeit, zu welchem Zweck und wohin Militärs entsandt werden sollten. Verteidigungsminister Rühe votierte für eine Beschränkung von Entsendungen der Bundeswehr auf Europa und angrenzende Gebiete. Insbesondere UN-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent wollte er nicht mehr unterstützen.[15] Trotz Bitten des AA kam es daher nie zu einem militärischen Engagement in den Konfliktländern Angola oder Mosambik. Im Unterschied zu den Diplomaten interessierte sich das BMVg nicht für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Das Urteil von Karlsruhe war somit kein „Marschbefehl"; lange Zeit sollte es zu überhaupt keinem größeren deutschen militärischen UN-Engagement mehr kommen. Weil die USA bei Interventionen fortan auf die NATO setzten, wurde die Allianz ab Mitte der 1990er Jahre die maßgebliche Organisation für deutsche militärische Auslandsbeteiligungen; hier lagen die Interessen des BMVg.

Der Regierungswechsel im Bund 1998 änderte daran wenig. Die Teilnahme am umstrittenen NATO-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien und der anschließenden Kosovo Force (KFOR) wurde der rot-grünen Regierung praktisch aufgedrängt. Obwohl eine legitimierende UN-Resolution fehlte, hatte noch der alte Bundestag für eine militärische Unterstützung der zuvor auch vom AA und vom BMVg als Drohgebärde mitgeplanten NATO-Maßnahmen zur Beendigung des Kosovo-Konflikts gestimmt. Ohne Verlust der bündnispolitischen Glaubwürdigkeit konnte die designierte Bundesregierung nicht von den Zusagen zurücktreten und musste sich an den Luftangriffen und dem Einmarsch ins Kosovo beteiligen.[16]

Dass aber auch die neue Bundesregierung Militär für ihre eigenen Ziele nutzte, zeigt das Afghanistan-Engagement nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel sprach von einem „Wendepunkt".[17] Einher ging dieser mit einem zuvor nie gesehenen Engagement des Kanzlers: Gerhard Schröder (SPD) verknüpfte die Beteiligung in Afghanistan mit der Vertrauensfrage. Wie in Somalia waren deutsche Soldaten aber

15 Vgl. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Altenburg, 25. 1. 1995, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1995, Berlin 2026, Dok. 16, S. 73–86, hier S. 82 f.

16 Vgl. Hans-Peter Kriemann, Hineingerutscht? Deutschland und der Kosovo-Krieg, Göttingen 2021.

17 Zit. nach Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/192, 11. 10. 2001, S. 18684.

auch hier nicht ausdrücklich von den USA erbeten worden. Sie wurden dennoch geboten, um die enge Bindung an die USA und politischen Gestaltungswillen zu demonstrieren. Mit dem Einsatzland zu tun hatte das Engagement aber erneut nichts.[18]

BILANZ

Die Entscheidungsfindung hinter den Auslandsentsendungen der Bundeswehr in den 1990er Jahren war komplex. Drei Dinge gilt es rückblickend zu beachten.

Erstens sollte die Bundesregierung bei der Entscheidung zur Entsendung von Streitkräften nicht als monolithischer, rational handelnder Akteur begriffen werden, der ein Ziel verfolgt und effiziente Lösungen sucht. Die Regierung ist vielmehr als Zusammenschluss von interessengeleiteten Individuen zu begreifen, die von ihrer Position im bürokratischen System und ihren Ressorts geprägt sind, deren Arbeitsebene über deutliche Gestaltungsmacht verfügt.

Zweitens sind bei der Bewertung von Auslandsengagements nicht nur sichtbare Handlungen zu betrachten, sondern auch interne Prozesse, die den Entsendungen vorausgingen. Primäres Ziel war häufig nicht die Erfüllung messbarer (militärischer) Ziele. Die Entsendungen schienen unter Sicherheitsaspekten nicht nötig, aus politischer Sicht aber nützlich. Absicht der meist auf Ereignisse reagierenden Bundesressorts war es in den 1990er Jahren oft, überhaupt sichtbar an der Seite der Partner beziehungsweise unter dem Schirm internationaler Organisationen zu agieren, um deren Kohäsion zu stärken und sich Mitsprache als verlässlicher Akteur zu sichern.[19] Diese Logik führte dazu, dass die Lösung der Konflikte, wegen derer die multinationalen Missionen aufgestellt wurden, an denen die Bundeswehr teilnehmen sollte, zweitrangig für den deutschen Erfolg war. Das sichtbare Engagement und dessen antizipierte politische Wirkung waren bereits der Erfolg, weswegen Beteiligungen wie in Somalia, die nicht zur Konfliktlösung beitrugen, intern dennoch positiv bewertet wurden.

Dies führt *drittens* dazu, dass die Handlungen des entsandten Personals gesondert zu bewerten sind. Obwohl die Aktivitäten vor Ort oft zweitrangig für die Bundesressorts waren, konnten sie für die Individuen erfüllend sein.

Vor allem das BMVg und das AA wurden derweil von unterschiedlichen Vorstellungen geleitet. Kräfte der Bundeswehr wurden nicht zwangsläufig entsandt, weil sie die beste Lösung für die jeweiligen Konflikte boten. Meist handelte es sich um reaktiv getroffene Kompromisse nach Abwägung eigener Vor- und Nachteile. Streitkräfte waren nur ein politisches Instrument von vielen, um ressortspezifische Ziele zu erreichen. Ab 1992 waren die Diplomaten sogar öfter bereit, Militärs in UN-Missionen zu entsenden, als das zurückhaltendere Verteidigungsressort, das das Risiko und den Aufwand tragen musste. Ob bis zur Jahrtausendwende eine „Kultur der Zurückhaltung“ herrschte,[20] ist daher differenziert zu bewerten, verhinderte das BMVg zum Frust des AA doch etliche Beteiligungen an UN-Missionen. Das Bild eines militärischen „Sicherheitsexporteurs“ lässt sich für Deutschland in den 1990er Jahren dadurch nur schwer zeichnen.[21]

Auch wenn die „Ära der großen Kontingenteinsätze“ nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung vorbei zu sein scheint,[22] sind Auslandsengagements weiter möglich. Die symbolische Entsendung von Marineeinheiten zur Straße von Hormus 2026 ist das beste Beispiel. Die historische Erforschung von Bundeswehr-Auslandsverwendungen hilft, die dahinterliegenden Prozesse besser zu verstehen.

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

TORSTEN KONOPKA
ist Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam und forscht in Kooperation mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zur Einsatzgeschichte der Bundeswehr.

18 Vgl. Philipp Münch, Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen, Freiburg/Br. 2015.

19 Vgl. Marco Overhaus, Die deutsche NATO-Politik, Baden-Baden 2009.

20 Rolf Clement, Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: APuZ 11/2004, S. 40–46, hier S. 44.

21 Vgl. Hubert Zimmermann, Von der Lastenteilung zum Sicherheitsexport. Eine funktionale Erklärung der Sicherheits- und Bündnispolitik Deutschlands und Japans, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 4/2006, S. 1325–1348.

22 Vgl. Thorsten Loch/Martin Rink, Formen- und Funktionswandel der Bundeswehr in der deutschen Sicherheitsarchitektur seit 1990, in: MGZ 2/2025, S. 305–321, hier S. 307.

Zahlen, bitte!

Wirtschaftspolitik auf den Punkt gebracht

Jetzt **Newsletter** abonnieren

bpb:

Seit 1952 gut informiert.

Die schwarzen Hefte im neuen Design – ab jetzt auch mit Newsletter.



Newsletter



bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Heft und Newsletter kostenfrei abonnieren auf bpb.de/izpb

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. November 2026

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Julia Heinrich
Sascha Kneip
Baran Korkmaz
Johannes Piepenbrink
Peer Morten Pröve (Volontär)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.

APuZ
Nächste Ausgabe
49–50/2026,
28. November 2026

SOCIAL MEDIA

APuZ
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE
www.bpb.de/apuz